

Diskussionsentwurf

1

2

3

4

5

6 Landtagswahlprogramm

6

7 DIE LINKE Rheinland-Pfalz

7

| | | |
|----|--|----|
| 8 | Vorwort: | |
| 9 | DIE LINKE: Solidarität ist die Antwort..... | 5 |
| 10 | Wirtschaft sozial..... | 7 |
| 11 | Gute Arbeit – Gute Löhne..... | 7 |
| 12 | Wirtschaftsdemokratie..... | 8 |
| 13 | Öffentliche Beschäftigung statt 1-Euro-Jobs: Ein Aktionsprogramm für 10.000 Jobs im ÖBS | 9 |
| 14 | Zukunftsinvestitionsprogramm für Rheinland-Pfalz: 20 Milliarden Euro für Infrastruktur, Bildung, Verkehr und | |
| 15 | Umwelt..... | 10 |
| 16 | Gleichwertige Lebensverhältnisse in Rheinland-Pfalz schaffen | 11 |
| 17 | Verbraucherschutz ausbauen | 11 |
| 18 | Soziale Gerechtigkeit | 12 |
| 19 | Öffentliche Daseinsvorsorge..... | 12 |
| 20 | Für eine solidarische und sichere Rente | 13 |
| 21 | Senior*innen – Armut verhindern und Teilhabe ermöglichen | 14 |
| 22 | Gesundheit und Pflege | 14 |
| 23 | Bezahlbare Wohnungen für Rheinland-Pfalz..... | 16 |
| 24 | Infrastruktur und Umwelt | 20 |
| 25 | Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen | 20 |
| 26 | Bus und Bahn – seit langem vernachlässigt..... | 20 |
| 27 | Das Auto – mit Vollgas in die Sackgasse | 21 |
| 28 | Güter auf die Bahn statt immer mehr LKW-Fernverkehr | 22 |
| 29 | Flughäfen und Binnenschifffahrt: Begrenzen und Fördern..... | 22 |
| 30 | Die sozial-ökologische Verkehrswende anstoßen – besser heute als morgen | 23 |
| 31 | ÖPNV-Abgabe finanziert Angebotserweiterung und Ticketfreiheit | 23 |
| 32 | Strecken und Bahnhöfe wiederbeleben und modernisieren | 23 |
| 33 | Verkehrsplanung überregional vernetzen | 24 |
| 34 | Für den rheinland-pfälzischen Fernbus | 24 |
| 35 | Landesweites Semesterticket – jetzt! | 24 |
| 36 | Verkehrsverbände auflösen | 25 |

| | | |
|----|--|----|
| 37 | Straßen sanieren, Neubau möglichst vermeiden | 25 |
| 38 | Die Städte autofrei! | 25 |
| 39 | Verkehr kleinräumig entwickeln: Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, E-Mobilität | 26 |
| 40 | Güter auf Schiene und Wasserstraßen..... | 26 |
| 41 | Nach den ersten Schritten – unsere Ziele in den nächsten fünf Jahren | 26 |
| 42 | Fünf Modellprojekte „Ticketloser ÖPNV bis 2022“ | 27 |
| 43 | Unser Ziel – ticketloser ÖPNV und Rückgewinnung des öffentlichen Raums | 27 |
| 44 | Nachhaltiger Tourismus für Rheinland-Pfalz | 28 |
| 45 | Ökologie und Soziales verbinden | 29 |
| 46 | Linke Umweltpolitik – demokratisch und sozial | 30 |
| 47 | Tierschutz: Für Verbandsklagerecht, gegen Tierversuche | 31 |
| 48 | Finanzen und Steuern | 32 |
| 49 | Für eine gerechte Finanzpolitik mit Zukunft: Einnahmen erhöhen statt Ausgaben kürzen | 32 |
| 50 | Kurzfristige Maßnahmen für Rheinland-Pfalz | 33 |
| 51 | Kommunen in Not – Gemeindefinanzreform dringend notwendig | 34 |
| 52 | Kinder, Jugend, Bildung und Wissenschaft | 38 |
| 53 | Jugend als eigenständige Lebensphase anerkennen | 38 |
| 54 | Jedes Kind vor Armut schützen | 39 |
| 55 | Ausbau und Verbesserung der Kinderbetreuung..... | 39 |
| 56 | Bildung ist Zukunft - eine Schule für Alle..... | 40 |
| 57 | Ausbildung – wichtiger denn je | 43 |
| 58 | Kinder- und Jugendhilfe stärken und ausbauen..... | 43 |
| 59 | Schule und Wirtschaft..... | 44 |
| 60 | Studium: Für eine selbst bestimmte Bildung | 44 |
| 61 | Demokratie und Bürgerrechte | 47 |
| 62 | Mehr direkte Demokratie für Rheinland-Pfalz | 47 |
| 63 | Mehr direkte Demokratie auch in den Kommunen | 47 |
| 64 | Bürgerschaftliches Engagement stärken | 48 |
| 65 | Demokratie braucht Meinungsfreiheit und Vielfalt | 49 |

| | | |
|----|--|----|
| 66 | Selbstbestimmung statt Überwachungsstaat | 50 |
| 67 | Verhältnismäßigkeit bei der Polizei..... | 50 |
| 68 | Gleichstellung aller Geschlechter: Für ein gleichberechtigtes Miteinander | 51 |
| 69 | Gleiche Rechte für alle Lebensweisen | 53 |
| 70 | Vielfältige Familienformen respektieren und anerkennen | 54 |
| 71 | Behindertenpolitik - Barrierefreiheit auf allen Ebenen..... | 54 |
| 72 | Integration statt Ausgrenzung und Diskriminierung | 55 |
| 73 | Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete | 56 |
| 74 | Kein Mensch ist illegal! | 56 |
| 75 | Faschismus und Nationalismus bekämpfen!..... | 57 |
| 76 | Zugang zu Medien und Kultur für Alle ermöglichen | 58 |
| 77 | Internet und digitale Gesellschaft..... | 59 |
| 78 | - barrierefreie Internetzugänge in allen öffentlichen Einrichtungen. | 60 |
| 79 | Für Frieden, Abrüstung und Konversion - Für ein Friedensland Rheinland-Pfalz | 61 |
| 80 | DIE LINKE, die einzige Friedenspartei | 61 |
| 81 | Zivilgesellschaft stärken - Keine Bundeswehr im Inneren..... | 61 |
| 82 | Bundeswehr raus aus den Schulen und öffentlichen Räumen | 62 |
| 83 | Konversion statt Kriegsvorbereitung: Für ein Friedensland Rheinland-Pfalz..... | 62 |
| 84 | Für den demokratischen Sozialismus!..... | 64 |
| 85 | | |

86 DIE LINKE: Solidarität ist die Antwort

87

88 Rot-Gelb-Grün hat abgewirtschaftet: Schon vor der Corona-Pandemie hat die Landesregierung nur noch
89 schlecht verwaltet, anstatt überzeugend zu gestalten: Trotz langanhaltendem Aufschwung waren die
90 meisten Langzeitarbeitssuchenden auch Anfang 2020 immer noch arbeitssuchend. Von den
91 wirtschaftlichen Folgen der Eindämmung der Corona-Infektion sind vor allem solche Menschen
92 betroffen, die ohnehin nicht über Reichtümer verfügen: Die Arbeitslosigkeit ist um rund 20 Prozent
93 gestiegen, Kurzarbeit und Unterbeschäftigung sind explodiert, kleine Unternehmen und
94 Soloselbständige mussten extreme Einnahmeverluste hinnehmen. Die Landesregierung hat kaum
95 eigenes Geld in die Hand genommen, um die Wirtschaft und die Menschen zu unterstützen – und wenn,
96 waren vor allem Großunternehmen die Nutznießer. Die Firmen haben dieses Geld ohne Auflagen wie
97 Beschäftigungsgarantien, Einhaltung des Tarif- und Mindestlohns und wegweisende ökologische
98 Auflagen erhalten. Die Beschäftigten haben davon nur sehr wenig profitiert, wer die Arbeit verloren hat
99 oder mit Kurzarbeitergeld auskommen musste, hatte aus Mainz gar nichts zu erwarten. Die sozialen
100 Folgen dieser Krise sind nicht in ein paar Monaten zu ändern – aber jetzt müssen die Weichen gestellt
101 werden, damit eine soziale und ökologische Wende möglich wird.

102 Doch stattdessen sollen nun die die Kosten der Krise tragen, die von ihr am schlimmsten gebeutelt
103 worden sind – und nicht die, die davon profitieren. Anstatt endlich eine nennenswerte und gerechte
104 Vermögensabgabe und Erbschaftssteuer einzuführen, wird in der CDU die Absenkung des Mindestlohns
105 diskutiert. Und die Landesregierung unternimmt auch im Bundesrat nichts, um die dramatischen
106 sozialen Folgen der Krise zu mildern und für ein Investitionsprogramm in das Gesundheitswesen, den
107 Bau von bezahlbaren Wohnungen, die Verkehrs- und Informationsinfrastruktur, das Bildungswesen und
108 die Kultur zu sorgen.

109 Hinzu kommt die schon lange bestehende und auch in Zeiten des Aufschwungs nicht kleiner werdende
110 Kluft zwischen Arm und Reich: Der Geldbeutel der Eltern entscheidet nach wie vor darüber, ob ein Kind
111 studiert oder ohne Schulabschluss starten muss. In den Kitas wird der gesetzliche Anspruch auf einen
112 Platz längst nicht überall erfüllt und oft sind die geforderte Betreuung und Bildung nur eine Verwahrung.
113 Armut verfestigt sich, der Graben zwischen Armen und Mittelstand wird immer tiefer und
114 unüberwindlicher. Während die Einkommen und Vermögen der Millionäre weiter überdurchschnittlich
115 wachsen, muss sich die große Mehrheit wieder vor Krankheit und Alter fürchten.

116 Rheinland-Pfalz hat immer noch die ärmsten Kommunen, die Landesregierung weigert sich beharrlich,
117 Städte und Kreise ausreichend zu finanzieren: Nicht einmal die kommunalen Kosten für die Bekämpfung
118 der Corona-Pandemie will die Landesregierung vollständig übernehmen, sie bleiben an den ohnehin
119 klammen Kommunen hängen. Gleichzeitig erklärt die Landesregierung den Öffentlichen
120 Personennahverkehr zur kommunalen Pflichtaufgabe und verweigert auch hier irgendeine zusätzliche
121 Finanzierung: Sportstätten, Schwimmbäder, Büchereien, Stadtranderholung, Jugendbetreuung und viele
122 Beratungsstellen und die Frauenhäuser stehen deshalb genau wie die Kultur bei den anstehenden
123 Haushaltsberatungen in Städten und Kreisen auf der Streichliste ganz oben.

124 Wohnen wird in den Ballungsgebieten zunehmend unbezahlbar, auf dem Land sind kleinere Wohnungen
125 für Singles zu reinem Wunschdenken geworden. Immer mehr Rentner*innen müssen nach
126 jahrzehntelanger Arbeit Angst vor einem Lebensabend an der Armutsgrenze haben, Alleinerziehende
127 geraten bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, beim Einkommen und der Alterssicherung unter die Räder
128 – und mit ihnen ihre Kinder. Landauf landab stehen Kliniken vor dem Aus, Geburtshilfeabteilungen
129 schließen reihenweise, der Ärztemangel auf dem Land ist vielerorts Realität: Ohne Auto sind Fachärzte
130 kaum noch zu erreichen.

131 Die Liste lässt sich fast beliebig fortsetzen: Wirksame Schritte gegen den Klimawandel werden erst
132 verschleppt und dann die Kosten gerade denen aufgebürdet, die außer minimaler Hilfe in Notlagen oder
133 dem jährlichen Steuerbescheid sowieso nichts mehr von ihrem Staat erwarten. Wer Autofahren für alle

134 teurer macht ohne echte Alternativen anzubieten, bestraft diejenigen, die täglich zur Arbeit fahren
135 müssen und ohne Auto keine Möglichkeit dazu hätten. Und gleichzeitig lässt er diejenigen fast
136 ungeschoren, die mit großkalibrigen Karossen, drei Fernreisen im Jahr und 300 Quadratmetern
137 Wohnfläche einen viel größeren ökologischen Fußabdruck hinterlassen.

138 Die soziale Spaltung und das Gefühl, abgehängt zu werden, erfassen breite Bevölkerungsschichten. Das
139 stärkt Rechtspopulisten. Und deren Propaganda, ihre Hassreden und Fakenews ermutigen Einzelne und
140 Gruppen, Gewalt anzuwenden. Wer Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und -terror den Boden
141 entziehen will, muss Antworten auf die soziale Frage finden, muss der AfD und ihrer Hetze entschlossen
142 entgegentreten, Appelle und hohle Phrasen reichen nicht aus.

143 Rheinland-Pfalz braucht eine neue soziale Idee! DIE LINKE steht für soziale Gerechtigkeit und
144 Chancengleichheit, mehr direkte Demokratie, für ein gerechtes Bildungssystem und Arbeit, von der man
145 leben kann. DIE LINKE will den Kapitalismus, er mit seinem Wachstumswahn die Ressourcen der Erde
146 immer rascher verschlingt und die Interessen der großen Mehrheit der Menschen nicht berücksichtigt,
147 abschaffen. Und zwar mit demokratischen Mitteln. Dafür wollen wir möglichst viele Menschen
148 überzeugen, dass eine gerechtere, ökologischere und friedlichere Welt möglich ist und dass sie mit
149 demokratischer Politik erreichbar ist: Deswegen machen wir konkrete Vorschläge, was unsere Fraktion
150 im Landtag von Rheinland-Pfalz bewegen will.

151 Für kostenlose Busse und Bahnen
152 Mobilität muss für alle möglich sein und ist ein Baustein für ein besseres Klima. Für uns ist der
153 kostenlose ÖPNV ein Muss und die bessere Anbindung von Stadt-Land ist für uns der nächste
154 Schritt zu einer sozialen und ökologischen Verkehrswende in Rheinland-Pfalz
155

156 Für den rheinland-pfälzischen Mietendeckel
157 Wohnen ist Menschenrecht, da gibt es für uns keine Debatten. Spekulation, Mietwucher und
158 Leerstand müssen ein Ende haben: Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen.
159

160 Für die demokratische Kontrolle systemrelevanter Bereiche
161 Die Versorgung der Bürger*innen muss an vorderster Stelle stehen. In der Krise haben wir
162 gesehen, was der Markt mit Gesundheit, Pflege und vielen anderen Bereichen der
163 Daseinsvorsorge gemacht hat. Öffentliche und demokratische Kontrolle bedeutet
164 Versorgungssicherheit.
165

166 Für zukunftsfähige Arbeitsplätze
167 Das Flächen- und Pendlerland Rheinland-Pfalz muss mehr für zukunftssichere Arbeitsplätze tun.
168 Gut bezahlt versteht sich. Der Mindestlohn bei Vergaben muss auf mindestens 12 Euro steigen,
169 wir wollen Zukunftsland werden, anstatt fast ausschließlich auf Tourismus zu setzen.
170

171 Für den Abzug des Militärs
172 Ein friedliches Rheinland-Pfalz ist für uns nicht verhandelbar. Wir wollen
173 Konversionsprogramme, die den Regionen Ausstiegsmöglichkeiten bieten, damit
174 Drohenstützpunkte und Atombomben endlich Geschichte werden.
175

176 Für „Eine für Alle“
177 Wir wollen Chancengleichheit in der Bildung endlich umsetzen und den Flickenteppich
178 beseitigen. Wir halten an der Gemeinschaftsschule und kleinen Schulen auch im ländlichen
179 Raum fest, damit Bildungserfolg und Chancen, gute Arbeit zu finden, nicht vom Geldbeutel der
180 Eltern abhängen.
181

182 Unser Land – lebenswert für alle!
183

184 Wirtschaft sozial

185 Gute Arbeit – Gute Löhne

186 Armutslöhne, Hartz-IV-Aufstockung, die Zunahme prekärer Beschäftigung, der Rückgang der Lohnquote
187 und die großflächige Verringerung der Tarifbindung sind weiter auf dem Vormarsch. Die Corona-Krise hat
188 diese Entwicklung noch verschärft - arm trotz Arbeit, darunter leiden auch in Rheinland-Pfalz mehr und
189 mehr Menschen. Diese Entwicklung gefährdet die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sowie
190 der öffentlichen Infrastruktur und führt zu einer Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile vom öffentlichen
191 Leben.

192 Nach amtlichen Statistiken arbeitet rund ein Viertel der abhängig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz in
193 sogenannten atypischen Beschäftigungsformen. Hierzu gehören die befristete oder geringfügige
194 Beschäftigung und Teilzeitarbeit mit zwanzig oder weniger Stunden. Nach Angaben des Statistischen
195 Landesamtes in Bad Ems stieg die Zahl der abhängig Beschäftigten in Teilzeit zwischen 2007 und 2017
196 von 241.00 auf knapp 400.000. Damit gehen die wachsenden Beschäftigtenzahlen fast ausschließlich
197 auf das Konto prekärer, also nicht auskömmlicher Beschäftigungsformen.

198 DIE LINKE fordert:

199 - die Demokratisierung der Wirtschaft durch die Förderung von Beteiligungsmodellen und die
200 Koppelung von Subventionen an Mitbestimmungsrechte der Belegschaften

201 - die Wirtschaft in den Dienst der Menschen zu stellen – nicht umgekehrt. Deshalb sehen wir in
202 der gezielten Förderung der Gemeinwirtschaft, von Genossenschaftsmodellen und regionalen
203 Wirtschaftskreisläufen einen besonderen Schwerpunkt unserer Politik.

204 - kleine und mittlere Unternehmen sowie das lokal ansässige Handwerk als Basis und Rückgrat der
205 wirtschaftlichen Entwicklung des Landes besser zu fördern und die bisher eingerichteten Fonds
206 und Programme deutlich aufzustocken.

207 - Unternehmen, die unverschuldet in Not geraten sind, gezielt mit Hilfen des Landes zur Selbsthilfe
208 zu unterstützen. Die Einrichtung eines Liquiditätsfonds und von Zins- und Darlehensmoralorien
209 ist zu prüfen und bei der kommunalen Wirtschaftsförderung anzusiedeln. Über die Vergabe von
210 Fördermitteln sollen demokratisch legitimierte Gremien unter transparenten Bedingungen und
211 unter Beteiligung der Bürger*innen entscheiden.

212 - den Aufbau einer leistungsfähigen Versorgung des Landes mit schnellen mobilen und festen
213 Breitbandnetzen und damit sowohl Handwerk und Gewerbe als auch privaten Nutzern den Zugang
214 zu den Informationstechnologien zu ermöglichen

215 - die Abschaffung der Ausbaubeiträge und die Finanzierung von Straßen aus Steuermitteln des
216 Landes

217 - die Förderung genossenschaftlicher und kommunaler Wohnungsbaugesellschaften mit
218 mindestens 1 Milliarde Euro in den nächsten fünf Jahren

- 219 - einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde. Das ist gerecht und gut für die
- 220 Binnenwirtschaft.
- 221 - Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen.
- 222 - ein Vergabegesetz, das allgemeinverbindlichen Tarifverträgen Vorrang einräumt, wenn diese
- 223 höhere Löhne als den Mindestlohn vorsehen.
- 224 - Leih- und Zeitarbeit auf ein Mindestmaß zu beschränken und Leiharbeiter*innen mit den im
- 225 Unternehmen direkt Beschäftigten gleich zu stellen.
- 226 - den Kündigungsschutz zu verbessern.
- 227 - Befristungen auf Ausnahmen zu beschränken.
- 228 - 1 Euro Jobs zu verbieten.

229

230 Wirtschaftsdemokratie

231 Die Corona-Krise hat auch viele rheinland-pfälzische Unternehmen getroffen. Zahlreiche der für unsere
 232 Wirtschaft wichtigen klein- und mittelständischen Betriebe mussten Kurzarbeit beantragen oder
 233 Mitarbeiter*innen entlassen, um sich vor der drohenden Insolvenz zu retten. Einmal mehr hat der
 234 Kapitalismus bewiesen, dass er keine krisenfeste und nachhaltige Wirtschaftsordnung produziert,
 235 sondern nur maximale Profitmöglichkeiten für Einzelne und Großunternehmen. Dem wollen wir
 236 entgegenwirken. Wenn Betriebe vor dem Aus stehen, weil Investoren sich zurückziehen, Banken nur
 237 unzureichend Kredite vergeben oder krisenbedingt die Absatzmärkte wegbrechen, kann das Land nicht
 238 tatenlos zusehen. Deswegen muss die rot-gelb-grüne Landesregierung endlich eigenes Geld investieren
 239 und die Bundeshilfen für von der Corona-Krise betroffene Unternehmen und Selbständige wirksam
 240 ergänzen. Solo-Selbständige und klein- und mittelständischen Unternehmen und ihre Belegschaften
 241 haben in den letzten Jahrzehnten den Reichtum unseres Landes geschaffen. Diese Unternehmen sind von
 242 fundamentaler Bedeutung für unsere Wirtschaft, sie gilt es zu fördern, zu erhalten und auszubauen. DIE
 243 LINKE wird sich dafür einsetzen, die vielen klein- und mittelständischen Unternehmen im
 244 Konkurrenzkampf mit multinationalen, kapitalistischen Großunternehmen zu stärken. Das fördert die
 245 regionale Wertschöpfung, schafft Arbeit, begünstigt eine positive Lohnentwicklung und belebt die
 246 heimische Binnenkonjunktur nachhaltig.

247 Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Demokratie im Betrieb verwirklicht wird. In der Verfassung des
 248 Landes Rheinland-Pfalz ist festgelegt, dass bei Entscheidungen, die die grundlegenden Interessen der
 249 Mitarbeiter*innen betreffen, auch die Betriebsvertretung mitwirken muss. Dies gilt ganz besonders bei
 250 Betriebsverlagerungen oder -schließungen.

- 251 - DIE LINKE fordert: Steuergelder nur gegen Mitsprache und öffentliches Eigentum. Eine
- 252 Belegschaftsbeteiligung in größeren Unternehmen garantiert Mitbestimmung für die
- 253 Beschäftigten. Das Mitarbeitermodell garantiert, dass die Betroffenen auch diejenigen sind, die
- 254 mitentscheiden. Damit werden wir Arbeit sichern, industrielle Strukturen erhalten, ausbauen und
- 255 modernisieren sowie die Demokratisierung der Wirtschaft einleiten.

256 - DIE LINKE setzt sich im Landtag dafür ein, diesen Prozess durch entschiedene Maßnahmen zu
257 unterstützen, dafür benötigen Betriebsleitungen und Mitarbeiter*innen das entsprechende
258 Wissen. Für beides soll das Land über die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)
259 Geld, Expertise und sonstige Ressourcen zur Verfügung stellen.

260 - DIE LINKE fordert die verbindliche Einführung von Betriebsräten in allen Unternehmen, bei denen
261 dies von der Belegschaft gefordert wird. Die Realisierung der Mitwirkungsmöglichkeiten der
262 Betriebsvertretung muss in einem Gesetz umgesetzt werden.

263

264 Öffentliche Beschäftigung statt 1-Euro-Jobs: Ein Aktionsprogramm für 10.000 Jobs im ÖBS

265 Unabhängig von Corona-Krise und Konjunktur gibt es in Rheinland-Pfalz eine hohe Arbeitslosigkeit mit
266 vielen älteren und Langzeit-Erwerbslosen. Insbesondere in den strukturschwachen Regionen in der Pfalz,
267 der Eifel, dem Westerwald und Hunsrück ist die Arbeitslosigkeit dramatisch. Gleichzeitig existiert ein
268 großer Bedarf an notwendiger Arbeit im öffentlichen Bereich.

269 Seit der Umsetzung der Hartz-Gesetze sind in Rheinland-Pfalz mindestens 10.000 reguläre,
270 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze durch den rechtswidrigen Einsatz von 1-Euro-Jobbern
271 vernichtet worden. Damit wurden in Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich die meisten Arbeitsplätze
272 vernichtet. Die Arbeitsplätze wurden direkt oder indirekt abgebaut, verdrängt oder nicht wieder besetzt.
273 Betroffen ist der öffentliche Dienst bei der Pflege von Grünanlagen, Schulen und Bürgerhäusern. Auch
274 Küchenpersonal und Aushilfen in Kindertagesstätten und weitere Wirtschaftszweige wie in den
275 Pflegeberufen, dem Maler- u. Baunebengewerbe oder dem Gartenlandschaftsbau sind betroffen.

276 Der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an allen Beschäftigten ist mittlerweile selbst in den
277 USA höher als in Deutschland, in Frankreich ist er doppelt so hoch. Hätte Deutschland denselben Anteil
278 an Beschäftigten im öffentlichen Dienst wie Dänemark, würde dies 5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze
279 bedeuten.

280 DIE LINKE kämpft für reguläre Stellen im öffentlichen Dienst. Deswegen fordern wir:

281 - Abschaffung der 1-Euro-Jobs und stattdessen tarifliche entlohnte, sozialversicherungspflichtige
282 Stellen im öffentlichen Dienst

283 - Zusätzlich zu diesen Stellen 10.000 Stellen im Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS)

284 Was heißt das konkret? Der ÖBS soll **genau dort Beschäftigung schaffen, wo der „Markt“ sie nicht erzeugt**,
285 ein Bereich, der aber trotzdem von gesellschaftlicher Bedeutung ist. Das bedeutet, dass die rechtswidrige
286 Praxis, reguläre Beschäftigung beispielsweise im Handwerk oder in der Kindererziehung durch 1-Euro-
287 Jobs zu ersetzen, mit Einführung des ÖBS nicht fortgesetzt wird.

288 Ursprünglich sollten die 1-Euro-Jobs – und daran erinnert sich heute kaum noch jemand – durch
289 zusätzliche Beschäftigung eine Eingliederung in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt erleichtern. Und
290 genau solche Jobs wollen wir nicht als 1-Euro-Jobs, sondern als repressionsfreie Stellen im ÖBS, die die
291 Würde des Menschen achten und gesellschaftliche Bedürfnisse professionell und anständig entlohnt
292 befriedigen. Durch den ÖBS sollen gesellschaftliche Tätigkeiten wie beispielsweise in der Freiwilligen

293 Feuerwehr, in der Jugendarbeit, in interkulturellen Projekten, in Kunst und Kultur, in Sportvereinen oder
294 in Ökologieprojekten, die gegenwärtig liegen bleiben oder ehrenamtlich erledigt werden,
295 sozialversicherungspflichtige Stellen entstehen. Zur Ausgestaltung der Arbeitsplätze im ÖBS werden die
296 Betroffenen aktiv mit einbezogen.

297

298 Zukunftsinvestitionsprogramm für Rheinland-Pfalz: 20 Milliarden Euro für Infrastruktur, Bildung,
299 Verkehr und Umwelt

300 Um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Zukunft zu schaffen, Arbeitsplätze zu sichern und
301 die Lebensqualität zu verbessern, fordern wir ein Infrastrukturprogramm für Rheinland-Pfalz. Eine
302 lebenswerte Zukunft für alle Menschen in unserem Land erfordert mehr öffentliche Investitionen. Unser
303 Zukunftsinvestitionsprogramm umfasst die Bereiche Bildung und Wissenschaft, Wohnen, Verkehr und
304 Umwelt, Industrie und Tourismus sowie die kommunale Daseinsvorsorge. Hier wollen wir jedes Jahr
305 zusätzlich 4 Mrd. Euro über einen Zeitraum von 5 Jahren investieren.

306 Das rheinland-pfälzische Bildungssystem entspricht weder bundesweiten Standards, noch stellt es allen
307 Kindern die Bildungschancen zur Verfügung, die für ein selbst bestimmtes Leben nötig sind. Die
308 Verkehrsinfrastruktur, insbesondere im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), ist weit hinter den
309 Anforderungen und Bedürfnissen zurückgeblieben. Viele Kommunen sind pleite und können ihren
310 Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge kaum noch nachkommen: Schwimmbäder werden abgerissen,
311 in den Schulen fällt der Putz von den Wänden, Straßenschäden werden nur noch provisorisch behoben,
312 wenn überhaupt.

313 Die LINKE in Rheinland-Pfalz will in Absprache mit den Kommunen, den angrenzenden Ländern, dem Bund
314 und der Europäischen Union durch groß angelegte Investitionen Arbeit schaffen, das Land modernisieren
315 und die sozial-ökologische Wende einleiten. Um das Land für die zentralen Herausforderungen der
316 Zukunft optimal aufzustellen, muss investiert werden, und zwar in:

- 317 - den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs,
- 318 - den Bau bezahlbarer Wohnungen in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum
- 319 - die Förderung einer ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft,
- 320 - die ökologisch nachhaltige Konversion veralteter Wirtschaftsbranchen,
- 321 - die Förderung alternativer Energien,
- 322 - Bildung und Wissenschaft,
- 323 - die Erneuerung der kommunalen Infrastruktur.

324 Viele dieser Aufgaben berühren unterschiedliche staatliche Ebenen. Hierzu zählt insbesondere die
325 Steuerpolitik. Ohne eine radikale Wende hin zu einer deutlich stärkeren Besteuerung von
326 Spitzeneinkommen und Vermögen sind die notwendigen Zukunftsinvestitionen nicht finanzierbar.
327 Deshalb soll sich das Land Rheinland-Pfalz über den Bundesrat insbesondere für die

328 - Einführung einer Vermögens- bzw. Millionärsteuer,
329 - die Gemeindefortschrittssteuer und
330 - die Anhebung des Spitzensteuersatzes sowie
331 - die Entschuldung der Kommunen stark machen.

332 Alleine die Millionärssteuer von 5 Prozent auf Vermögen über 1 Million Euro brächte 3,5 Milliarden Euro
333 jährlich für Rheinland-Pfalz. Ein Zukunftsinvestitionsprogramm ist finanzierbar.

334

335 Gleichwertige Lebensverhältnisse in Rheinland-Pfalz schaffen

336 Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ist Verfassungsauftrag. Aber
337 Rheinland-Pfalz ist durch ein deutliches soziales, wirtschaftliches und strukturelles Ost-West-Gefälle
338 gekennzeichnet. Während die Regionen am Rhein – insbesondere die Regionen um Ludwigshafen, Mainz
339 und Koblenz, wo der größte Teil des rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet wird –
340 boomen und vielversprechende wirtschaftliche Entwicklungspotentiale haben, sind die Regionen in der
341 Pfalz, dem Westerwald und Hunsrück und der Eifel von dieser Entwicklung abgeschnitten.

342 Die Landesregierungen der letzten Jahre haben es versäumt, auf den Wandel in der Wirtschaft eine
343 strukturpolitische Antwort zu geben. Sowohl in der Verkehrspolitik als auch in der regionalen
344 Strukturpolitik wird dies sichtbar. Der Landesentwicklungsplan und seine Fortschreibungen sind
345 Dokumente des Scheiterns und der Arbeitsverweigerung. Es ist Aufgabe der Politik, den Strukturwandel
346 politisch zu gestalten.

347 DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich für die soziale und wirtschaftliche Teilhabe aller Menschen
348 einsetzt.

349 - Deswegen wollen wir, dass das Land Schwerpunktcluster in den strukturschwachen Regionen
350 fördert und die Ansiedlung neuer Technologien, u.a. im Bereich der ökologischen Landwirtschaft
351 sowie der erneuerbaren Energien, unterstützt.

352 Hierfür steht die gesamte Palette der Wirtschaftsförderung zur Verfügung: Subventionen, Gründung von
353 öffentlichen Forschungseinrichtungen und Fachhochschulen in den Schwerpunktclustern, Forschungs-
354 und Technologieförderung sowie die Schaffung von Infrastruktur.

355

356 Verbraucherschutz ausbauen

357 Verbraucherschutz muss einen höheren Stellenwert bekommen. Dazu müssen die Menschen in
358 Rheinland-Pfalz einen Zugang zu neutralen Informationen und Beratung erhalten. Der Nachweis
359 gesundheitlicher Unbedenklichkeit muss vom Produkthersteller durch unabhängige Institute erbracht
360 werden. Die Lebensmittelkennzeichnung muss für Verbraucher transparent und verständlich sein.

361 DIE LINKE fordert:

- 362 - unregelmäßige, unangekündigte Kontrollbesuche in den lebensmittelverarbeitenden und
363 produzierenden Unternehmen
- 364 - personellen und sachlichen Ausbau der Gesundheits- und Veterinärämter
- 365 - Transparente und verständliche Lebensmittelkennzeichnung und
- 366 - ein Verbot von Geschmacksverstärkern in Kindernahrung und von hormonell wirksamen
367 Chemikalien in Lebensmitteln.

368

369 Soziale Gerechtigkeit

370 Öffentliche Daseinsvorsorge

371 In den Kommunen werden zahlreiche Entscheidungen getroffen, die unser Leben unmittelbar berühren.
372 Die Städte, Gemeinden und Kreise übernehmen zentrale Aufgaben bei der Daseinsvorsorge. Wegen der
373 Steuerpolitik der vergangenen Jahrzehnte stehen heute viele Kommunen vor dem finanziellen Ruin und
374 können dies nur noch eingeschränkt. Mit der fortschreitenden Privatisierung kommunalen Eigentums
375 entziehen sich die Kommunen ihrer Verantwortung und berauben sich politischer
376 Gestaltungsmöglichkeiten.

377 Die öffentliche Daseinsvorsorge wird ausgedünnt: Schwimmbäder werden abgerissen, Bibliotheken,
378 Theater, Museen schließen, andere öffentliche Einrichtungen insbesondere die Betriebe zur öffentlichen
379 Daseinsvorsorge werden privatisiert. Stellen in der öffentlichen Verwaltung werden abgebaut, soziale
380 Dienstleistungen zurückgefahren und Vereinen aus Kultur, Sport und soziale Initiativen werden die
381 Zuwendungen gestrichen. Gerade in den ländlich geprägten Regionen fehlt es zunehmend an
382 grundlegenden Einrichtungen für die Aufrechterhaltung von öffentlichen Dienstleistungen in den
383 Bereichen Gesundheit, Pflege und Bildung.

384 Die Patentrezepte der neoliberalen Privatisierungsideologie haben sich für die meisten Kommunen als
385 Flop erwiesen. Cross-Border-Leasing-Modelle haben sich ebenso wie „Public Private Partnership“-
386 Projekte als unsolide und sehr teuer erwiesen. Gerade bei PPP-Projekten werden elementare Bereiche
387 unserer Lebensgrundlage wie Bildung, Gesundheit, Energie, Wasser, Straßen, aber auch Gefängnisse und
388 Friedhöfe zu Finanzprodukten und zu Spekulationskapital. Hierbei werden langfristige Verträge über Bau,
389 Unterhalt und Betrieb unterschiedlicher öffentlicher Einrichtungen mit Privatunternehmen geschlossen.
390 Die umfassenden Vertragswerke werden geheim gehalten, die parlamentarische Kontrolle wird
391 ausgeschaltet. Während die Kommunen zahlen und das Risiko tragen, erwirtschaften die Unternehmen
392 über 30 Jahre Gewinne. Einfallstor der PPP-Lobby ist die durch die neoliberale Politik erzeugte Verarmung
393 der Kommunen in Verbindung mit der gesetzlich verankerten Schuldenbremse.

394 DIE LINKE setzt sich ein für:

- 395 - Auflistung und Offenlegung aller PPP-Verträge und Beschlüsse und
- 396 - die Stärkung der Prüfungsrechte der Rechnungshöfe.

397 Bezahlbare Versorgung der Bürger*innen mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen muss abseits von
398 PPP und sonstigen Finanzierungsstrukturen umgesetzt werden.

399 Wir fordern:

400 - keine weitere Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen.

401 - die Rekommunalisierung privatisierter oder teilprivatisierter Betriebe der Daseinsvorsorge.

402 - die Stärkung der Kommunen durch einen Schuldenschnitt und eine verfassungskonforme
403 Finanzausstattung.

404 - Sozialtarife für bezahlbare Energieversorgung und eine

405 - bessere Versorgung des ländlichen Raums (ÖPNV, schnelle Telekommunikation).

406 Die Gewerbesteuer ist die wichtigste, weil ergiebigste Einnahmequelle der Kommunen. Die Corona-Krise
407 zeigt aber einmal mehr, dass sie nicht kalkulierbar und extrem konjunkturabhängig ist. Wir wollen deshalb
408 eine Gemeindefinanzsteuer, die dauerhafte, verlässliche und höhere Einnahmen für die Kommunen
409 erbringt. Alle unternehmerisch Tätigen sind bei angemessenen Freigrenzen steuerlich zu erfassen und die
410 Bemessungsgrundlage anzuheben. Um den ruinösen Wettbewerb um Wirtschaftsstandorte insbesondere
411 zwischen großen Städten und umliegenden Gemeinden zu unterbinden, fordern wir eine
412 Gemeindegebietsreform in den rheinland-pfälzischen Oberzentren bei Beibehaltung und Ausbau einer
413 wohnortnahen Verwaltung für die Bürger*innen.

414

415 Für eine solidarische und sichere Rente

416 Heute erreichen immer mehr Männer und Frauen ein hohes Alter und sind nach dem Ausscheiden aus
417 dem Beruf länger gesund, aktiv und autonom. Dies ist eine der großen Leistungen der Zivilisation und ein
418 gesellschaftlicher Reichtum, der bewahrt und gestärkt werden muss.

419 Dem gegenüber sind immer mehr Rentner*innen von Altersarmut betroffen. Die jetzigen
420 Rentenreformmaßnahmen werden diesen Trend weiter fortführen. Die zunehmende Privatisierung der
421 Altersvorsorge sehen wir mit großer Sorge.

422 DIE LINKE setzt sich über Bundesratsinitiativen dafür ein, dass:

423 - die gesetzliche Rentenversicherung wieder Maßstab der Altersversorgung wird.

424 - alle Bürger*innen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.

425 - die Beitragsbemessungsgrenze aufgehoben wird.

426 - die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre zurückgenommen wird.

427 - die Kürzungsfaktoren abgeschafft werden.

428 - Frauen einen gerechten Rentenanspruch erwerben, insbesondere durch stärkere Anerkennung
429 von Kindererziehungs- und Pflegezeiten

430 - die Grundsicherung im Alter nach der Erwerbsarbeit ein Leben in Würde ermöglicht.

431

432 Senior*innen – Armut verhindern und Teilhabe ermöglichen

433 Altersarmut ist ein wachsendes Problem in Deutschland. Viele Senior*innen können von ihrer Rente nicht
434 leben und müssen sich im Alter weiter mit Jobs über Wasser halten. Durch die Corona-Krise hat sich die
435 Situation für viele ältere Menschen weiter verschärft. Nebenjobs sind weggefallen und
436 Unterstützungsstrukturen wie die Tafel waren vielerorts geschlossen. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz kämpft
437 dafür, dass niemand im Alter in Armut leben muss. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Mindestrente
438 von 1.050 Euro im Monat und eine Stärkung der gesetzlichen Rente ein.

439 Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben für alle Menschen im Alter ein. DIE LINKE.
440 Rheinland-Pfalz steht für ein positives Bild des Alters. Das Alter ist ein Lebensabschnitt mit
441 eigenständigen Bedürfnissen, Ansprüchen, Vorstellungen und Erlebnismöglichkeiten.

442 Wir wollen, dass alle Senior*innen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Deshalb setzen wir
443 uns für eine barrierefreie und zugängliche Gestaltung des öffentlichen Raums und von Wohnungen ein.
444 Dazu zählt das Wohnumfeld, das Pflege- und Gesundheitssystem, der öffentliche Personennahverkehr
445 und Begegnungsorte für Senior*innen. Gesellschaftliche Teilhabe und der Kampf gegen Einsamkeit im
446 Alter funktioniert nur, wenn Orte des öffentlichen Lebens für alle zugänglich sind.

447 Senior*innen haben einen Schatz an Lebenserfahrungen, den sie häufig auch im Alter einbringen
448 möchten. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass Senior*innen in allen gesellschaftlichen
449 Bereichen und auf allen Ebenen mitbestimmen können. Wir wollen, dass Seniorenbüros und
450 Seniorenbeiräten flächendeckend im ganzen Land vorhanden sind. Dazu wollen wir ihre Arbeit besser
451 unterstützen und die Mitgestaltungsmöglichkeiten verbessern. Denn sie helfen älteren Menschen bei den
452 Herausforderungen des alltäglichen Lebens und bringen ihre Perspektive und Bedürfnisse in die politische
453 Entscheidungsfindung ein.

454 Senior*innen sind in besonderem Maße auf gesellschaftliche Solidarität angewiesen. Das zeigt sich nicht
455 zuletzt in der aktuellen Corona-Krise. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz kämpft entschieden gegen jede
456 Altersdiskriminierung und setzte sich dafür ein, dass die Belange und Bedürfnisse von älteren in der Politik
457 mehr Gehör erhalten, gerade in Krisenzeiten.

458

459 Gesundheit und Pflege

460 Gesundheits- und Pflegepolitik ist nicht erst seit Corona eines der zentralen Themen der Sozialpolitik.
461 Wer krank oder pflegebedürftig ist spürt, wie teuer unser Gesundheitssystem ist. Auch, wenn die
462 Praxisgebühr von 10 Euro u.a. dank unseres langjährigen Protests endlich Geschichte ist - bei
463 Medikamenten werden Zuzahlungen fällig, wer ins Krankenhaus muss, zahlt 10 Euro am Tag. Die Kosten

464 der zahnmedizinischen Versorgung explodieren und sind für Menschen mit niedrigem oder keinem
465 Einkommen kaum zu bezahlen.

466 Gesundheitspolitik ist eine vielschichtige Aufgabe: So obliegt die Krankenhausfinanzierung den Ländern.
467 Im Bundesländervergleich liegt Rheinland-Pfalz aber nur auf Platz 12. Landesweit sollen Kliniken
468 schließen, die Geburtshilfe ist schon heute vielerorts nicht mehr vorhanden. Gleichzeitig fallen die Löhne
469 in den Gesundheitsberufen. Um gute Qualität im Gesundheitswesen und den Pflegeberufen zu bewahren,
470 braucht es gute Löhne für qualifiziertes Personal: Einmalzahlungen oder der Applaus vom Balkon sind
471 weder nachhaltig noch ausreichend.

472 Das Gesundheitssystem muss solidarisch finanziert werden. Eine Bürgerversicherung, in die jede*r
473 einzahlt – vom Arbeiter über den Beamten, die Selbständigen bis zum Abgeordneten – halten wir für sozial
474 gerecht. Pflege muss für Alle zugänglich und sozial gerecht finanziert sein. Deshalb setzen wir uns für die
475 Wiedereinführung und den Ausbau der umlagefinanzierten Sozialversicherung ein. DIE LINKE spricht sich
476 außerdem gegen die Einführung der Kapitaldeckung in der Pflege aus. Der Bedarf an professioneller Pflege
477 ist immens. Die vorhandenen Bemessungsinstrumente reichen nicht aus.

478 DIE LINKE fordert:

- 479 - den Einsatz analytischer Personalbemessungsinstrumente in der Pflege,
- 480 - mehr Investitionen in Krankenhäuser, Ausstattung und Personal,
- 481 - den Ausgleich der regionalen Unterschiede in der Gesundheitsversorgung

482 DIE LINKE ist gegen Privatisierungen im Gesundheitssystem.

483 - Wir wollen die Pflegeversicherung ausbauen. Die Leistungen der Pflegeversicherung müssen in
484 einem ersten Schritt so angehoben werden, dass der Wertverlust der letzten Jahre ausgeglichen
485 wird. Die Pflegeversicherung muss mehr sein als eine »Teilkaskoversicherung«.

486 - Menschen mit demenzieller Erkrankung müssen angemessen in die Pflegeversicherung
487 einbezogen werden, damit sie umfassend und kompetent versorgt werden können.

488 - Angehörige müssen entlastet werden. Menschen, deren Angehörige plötzlich pflegebedürftig
489 werden, sind in einer solchen Situation häufig überfordert. Wir dürfen die Menschen in einer
490 solchen Situation deshalb nicht allein lassen. Das Angebot der LINKEN ist eine sechswöchige
491 bezahlte Pflegezeit für Erwerbstätige, die der Organisation der Pflege und der ersten
492 pflegerischen Versorgung von Angehörigen dient. Beschäftigte erhalten beitragsfinanzierte
493 Lohnersatzleistungen, die den Lohn in Höhe des Arbeitslosengelds I bei vollem Kündigungsschutz
494 ersetzen.

495 - Die professionelle Pflege muss aufgewertet werden. Für die vielen Beschäftigten muss gelten:
496 Gute Ausbildung - Gute Arbeit - Gutes Geld – Gutes Leben!

497 - Wir wollen die solidarische Bürger*innenversicherung in Gesundheit und Pflege.

498 - Wir wollen das Leben für Pflegebedürftige und Senior*innen vor allem in den ländlichen Regionen
499 mit ihren speziellen Problemen angenehmer gestalten. In vielen Gemeinden gibt es Bürgerhäuser
500 mit eingerichteten, aber wenig genutzten, Großküchen. Hier wollen wir darauf hinwirken, dass die
501 Menschen ein tägliches Mittagsessen in geselliger Umgebung bekommen können. Mit dieser
502 Maßnahme wollen wir erreichen, dass mehr pflegebedürftige und ältere Menschen in ihrer
503 gewohnten Umgebung verbleiben können und nicht in Pflegeheime umziehen müssen. Der
504 Vereinsamung im Alter wird damit effektiv entgegengewirkt, ein solidarischer Umgang
505 miteinander gefördert.

506 Medizinische Versorgungszentren sind keine Profitcenter von Unternehmen und Freiberuflern. Eine
507 flächendeckende, in angemessener Zeit erreichbare Versorgung mit Arztpraxen und Krankenhäusern ist
508 zu gewährleisten. Die integrierte Versorgung nach dem Vorbild der Polikliniken muss weiterentwickelt
509 und kommunale Gesundheitsdienste müssen ausgebaut werden. Die Krankenhausfinanzierung seitens
510 des Landes muss ausgebaut werden. Privatisierungen und Teilprivatisierungen lehnen wir ab!

511

512 Bezahlbare Wohnungen für Rheinland-Pfalz

513 Immer mehr Menschen können sich in den rheinland-pfälzischen Ballungsgebieten die steigenden Mieten
514 nicht mehr leisten. Gleichzeitig sind Wohnungen auf dem Land oft nicht vermietbar und sogar
515 unverkäuflich. Beiden Herausforderungen begegnet die rot-grün-gelbe Landesregierung mit unwirksamen
516 Konzepten.

517

518 1) Mietpreisbremse in Mainz, Landau, Speyer und Trier wirkungslos

519 Die gesetzliche Mietpreisbremse bleibt wirkungslos, weil es zu viele Ausnahmen gibt (Neubau ab 2014,
520 umfassende Modernisierung, hohe Vormiete). Gerade der letzte Punkt ist absurd: War die Vormiete schon
521 höher als es die Neumiete nach Mietpreisbremse sein dürfte, bleibt die Vermietung zur überhöhten
522 Vormiete trotzdem legal – was soll die Mietpreisbremse da bremsen? Hinzu kommt: Verstöße gegen die
523 Mietpreisbremse sind nicht strafbar, nicht einmal ein Ordnungsgeld ist vorgesehen: Wer würde sich an
524 Parkverbote halten, wenn es keine Bußgelder gäbe?

525

526 2) Privat finanzierter Neubau schafft keinen günstigen Wohnraum

527 Genau da, wo günstiger Wohnraum fehlt, in den Ballungsgebieten, wird für die einkommensstärksten und
528 vermögenden Bevölkerungsschichten neu gebaut. Durchschnittsverdiener haben in Innenstädten, am
529 Rhein- oder Moselufer und sonstigen gesuchten Lagen keine Chance. Gerade weil die geringen Zinsen für
530 Geldanlagen viel Geld in Immobilien treiben, steigen die Preise und damit die Mieten. Finanzielle Hilfen
531 aus öffentlichen Kassen für privat finanzierten Neubau verschärfen diese Entwicklung anstatt ihr zu
532 begegnen.

533

534 3) Der soziale Wohnungsbau in Rheinland-Pfalz ist völlig unzureichend

535 Gerade einmal etwas mehr als 52.000 Sozialwohnungen gibt es im Land, allein 2018 fielen mehr als 4.800
536 Wohnungen aus der Sozialbindung, nur 412 neue Sozialwohnungen sind im gleichen Zeitraum gebaut
537 worden. Nicht einmal zehn Prozent des Verlustes konnten damit ausgeglichen werden, von einem
538 Zuwachs an günstigem Wohnraum konnte schon gar keine Rede sein. Mit dem DGB gehen wir davon aus,
539 dass mindestens 50.000 neue Sozialwohnungen nötig wären. Die Landesregierung hat ein Ziel von 20.000
540 verkündet und wird es voraussichtlich weit verfehlen. Die Übertragung der Zuständigkeit für den sozialen
541 Wohnungsbau vom Bund auf die Länder (Föderalismusreform 2009) hat in RLP zum faktischen Ende des
542 sozialen Wohnungsbaus geführt, die SPD-geführten Landesregierungen haben das dafür vom Bund
543 bereitgestellte Geld für andere Zwecke ausgegeben.

544

545 4) Wohneigentum auf dem Land: Alterssicherung oder Klotz am Bein?
546 In unserem Land lebt ein Großteil der Menschen auf dem Land und eine Mehrheit lebt im eigenen Haus.
547 Dafür haben die Menschen jahrzehntelang gearbeitet, nicht zuletzt in der Hoffnung, sich damit eine
548 zusätzliche Alterssicherung zu schaffen. Immer häufiger aber wird aus der erhofften Alterssicherung ein
549 Klotz am Bein: Mangelnde Verkehrserschließung, steinzeitliches Internet, lange Wege zu Arbeit und
550 Einkauf, schlechte medizinische Versorgung und natürlich das mangelnde Angebot an Arbeitsplätzen
551 machen viele Häuser unverkäuflich. Die Landesregierung bietet dafür außer schönen Worten ohne Gehalt
552 keinerlei Antworten.

553
554 Was will DIE LINKE?

555
556 1) Wohnungsbau fördern – nicht Renditewünsche
557 DIE LINKE will bezahlbare Wohnungen fördern – und nicht die Renditewünsche von Investor*innen.
558 Deshalb ist der Bau von Sozialwohnungen unter den derzeitigen gesetzlichen Bedingungen langfristig
559 genauso wenig zielführend wie die Zahlung von Wohngeld: Sozialwohnungen fallen nach 15 Jahren aus
560 der Mietpreisbindung und werden dann zu marktüblichen Preisen, also Wuchermieten, vermietet. Diese
561 Frist muss mindestens auf 25 Jahre verlängert werden. Das Wohngeld hilft den Einzelnen, die Miete zu
562 bezahlen, treibt aber die Preisentwicklung und nutzt am Ende vor allem den Vermietern.
563 Deswegen wollen wir genossenschaftlich und öffentlich finanzierten Wohnungsbau über kommunale
564 Wohnungsbaugesellschaften fördern. Würde das Land einen Teil des Haushaltsüberschusses von 2019,
565 beispielsweise eine Milliarde Euro, als Grundstock für die Gründung solcher Genossenschaften und
566 Wohnungsbaugesellschaften einbringen, wäre bei der aktuellen Zinssituation ein breit angelegter Neubau
567 bezahlbarer Wohnungen möglich. Sinnvollerweise gehören solche Wohnungsbaugesellschaften auf die
568 Stadt-, Verbandsgemeinde- und Kreisebene, denn kommunale Wohnungsgesellschaften und
569 Genossenschaften sind dem Gemeinwohl verpflichtet, private Wohnungsunternehmen den
570 Renditeerwartungen der Eigentümer.

571
572 2) Erbpacht statt Verkauf
573 Land und Kommunen müssen ihren Grundstücksbesitz nachhaltig und zukunftsgerichtet verwalten. Das
574 heißt vor allem: Der Verkauf städtischer öffentlicher Grundstücke kann nur noch im absoluten
575 Ausnahmefall in Frage kommen. Standard muss die Vergabe von Grundstücken in Erbpacht und zu
576 Schaffung von Wohnraum werden. Dabei muss ein Anteil bezahlbarer Wohnungen von mindestens 50
577 Prozent vereinbart werden. Insbesondere darf hier der Anteil der Miete am verfügbaren
578 Haushaltseinkommen 30 Prozent nicht übersteigen. Bevorzugt werden bei der Bebauung innerstädtischer
579 öffentlicher Flächen kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften. Privatinvestoren
580 kommen erst nachrangig zum Zuge.

581
582 3) Mietpreisdeckel jetzt – Berlin macht es vor!
583 Berlin hat einen der teuersten Wohnungsmärkte der Republik und die Wohnungsbausenatorin der LINKEN
584 macht vor, wie man der Mietpreisexplosion einen Riegel vorschiebt: Mietpreisdeckel heißt das
585 Zauberwort. Und die zum Teil schrille Kritik der Profiteure der Mietpreisexplosion zeigt jedem
586 Interessierten: Katrin Lompscher und ihr rot-rot-grüner Senat haben offenbar viel richtig gemacht

587
588 4) Sparen auf Kosten der Ärmsten beenden
589 Rheinland-Pfalz ist in vielen wirtschaftlichen Punkten Mittelmaß oder Schlusslicht, bei einem Thema sind
590 wir aber ganz vorne: In Rheinland-Pfalz müssen im bundesweiten Vergleich die meisten Bezieher*innen
591 von Sozialleistungen aus den Mitteln zum Lebensunterhalt für die Miete zu zahlen. Die von den Kommunen
592 akzeptierten Kosten der Unterkunft (KdU) decken nicht annähernd die tatsächlich zu zahlenden Mieten.
593 Und nicht nur das: In RLP zahlen nicht nur die meisten Leistungsbezieher zu, sie tragen auch noch die im
594 Bundesvergleich durchschnittlich höchsten Zuzahlungen. Dabei ist Rheinland-Pfalz nicht annähernd in der
595 Spitzengruppe der Wuchermieten. Unter dem Strich heißt das: Bezieher von Sozialleistungen müssen sich
596 die Miete vom Munde absparen, weil die für die KdU zuständigen Kommunen angesichts der eigenen

597 Haushaltsmisere bei den Ärmsten sparen. Und die von der rot-grün-gelben Landesregierung instruierte
598 Kommunalüberwachung Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) achtet sorgsam darauf, dass das
599 auch so bleibt. Wir wollen stattdessen, dass grundsätzlich nach der aktuellen Wohngeldtabelle zzgl. eines
600 Aufschlags von maximal 30 Prozent verfahren wird. Davon unberührt bleiben Gebiete mit besonders
601 hohen Mieten, in denen qualifizierte Mietpreisspiegel o. ä. Instrumente existieren, die die Betroffenen
602 besserstellen.

603
604 5) Spekulation mit Leerstand und Bauland und Zweckentfremdung stoppen
605 Auch wenn Immobilienbesitzer und ihr Interessenverband Haus- und Grund Zeter und Mordio schreien:
606 Der Kampf gegen Immobilienspekulation zulasten der Allgemeinheit ist keine Enteignung, sondern fordert
607 die Sozialbindung des Eigentums ein. Dauerhafte Leerstände von Wohnraum müssen deswegen ebenso
608 beendet werden können, wie die jahrelange Spekulation mit innerstädtischen Baugrundstücken, die nicht
609 bebaut werden, solange die Preise steigen. Leerstand von Wohnungen lässt sich dadurch verringern, dass
610 nach angemessenen Fristen eine Zwangsbelegung der Wohnung erfolgen kann – natürlich gegen Zahlung
611 einer angemessenen Miete. Das muss so rechtssicher gestaltet werden, dass schon die glaubhafte
612 Drohung mit Zwangsbelegung dazu führt, dass sich Eigentümer tatsächlich um eine Vermietung bemühen
613 und nicht weiter mit Leerstand spekulieren.

614 Die Nicht-Nutzung von Baugrundstücken in Innenstädten muss künftig schwieriger werden: Wir wollen,
615 dass Kommunen mit hohen Mieten die gesetzliche Möglichkeit nutzen, Grundstücksbesitzer per Baurecht
616 mit einem Baugebot zur Bebauung zu zwingen.

617 Vor kurzem hat der Landtag ein Gesetz gegen Wohnraumzweckentfremdung beschlossen: Kommunen mit
618 hohen Wohnungsmieten können demnach Satzungen verabschieden. DIE LINKE wird in den
619 Kommunalparlamenten von Mainz, Trier, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Koblenz, Speyer, Neuwied und
620 Landau entsprechende Anträge einbringen. Auch wenn wir zahlreiche Einzelheiten des neuen Gesetzes
621 kritisieren: Es ist zumindest ein erster kleiner Schritt, um der Umwandlung von Wohnungen in Büros oder
622 Gewerbeflächen einen Riegel vorzuschieben.

623
624 6) Mieterhöhung dank energetischer Sanierung begrenzen
625 Private Immobilienunternehmen nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, die Mieten nach energetischen
626 Sanierungen zu erhöhen, schamlos aus. Deshalb sind solche Sanierungen praktisch eine Genehmigung
627 zum Gelddrucken: Die Sanierung steigert den Wert der Immobilie, bezahlt wird sie aber ausschließlich
628 von den Mieter*innen. Und nicht nur das: Die Miete darf dauerhaft so stark erhöht werden, dass die
629 Mieter*innen ein Mehrfaches der tatsächlichen Sanierungskosten bezahlen müssen. Viele können sich
630 das nicht leisten, ziehen aus und bei Neuvermietung langen die Immobilienkonzerne richtig hin. DIE LINKE
631 fordert deshalb die Landesregierung auf, endlich einen Antrag im Bundesrat zu stellen, damit dieser
632 Missbrauch ein Ende hat. Im Sinne der Betroffenen fordern wir, dass sich die SPD-Bundestagsfraktion in
633 der Bundesregierung entsprechend zu Wort meldet: Sofortige Mietpreiserhöhungen um 100 Prozent,
634 begründet mit Sanierungen, müssen verboten werden. Stattdessen wäre eine der steuerlichen
635 Abschreibung von 50 Jahren angenäherte jährliche Mieterhöhung vertretbar, dies wären zwei Prozent,
636 ggfls. zzgl. Verzinsung.

637
638 7) Studierendenwohnungen und -wohnheime öffentlich finanzieren
639 Private Investor*innen haben einen neuen Goldesel entdeckt: Die Wohnungssituation für Studierende ist
640 landesweit schlecht bis verheerend. In Koblenz reagiert der Markt: Es sollen Studierendenwohnungen
641 gebaut werden, die mehr als 20 Euro Miete pro Quadratmeter kosten sollen. Das wollen wir nicht zulassen:
642 DIE LINKE fordert, Studierende zu bezahlbaren Preisen mit angemessenem Wohnraum zu versorgen. Weil
643 dies nur öffentlich finanziert geht, müssen die Studierendenwerke dazu mit öffentlichen Mitteln
644 ausgestattet werden. Der Goldgräberstimmung in diesem Bereich muss wirksam ein Ende bereitet werden
645 – denn sonst studiert künftig nur noch, wer sich Wuchermieten leisten kann.

646
647 8) Ein- und Mehrfamilienhäuser zu Senior*innen-WGs
648 Auf dem Land bangen viele ältere Menschen, wie lange sie sich das eigene Haus noch leisten können, wie

649 lange sie selbständig, ggf. mit ambulanter Hilfe, in den eigenen vier Wänden leben können. Denn geht das
650 nicht mehr, führt der letzte Umzug ins Senioren- oder Pflegeheim. Dass dies nicht sein muss, beweisen
651 Initiativen zur Gründung von Senior*innen-WGs: Einfamilienhäuser werden von Älteren ohne große
652 Umbauten als Wohngemeinschaft genutzt: Jede und jeder hat ein eigenes Zimmer, Wohnzimmer, Küche,
653 Bad und WC werden gemeinsam genutzt. Wer so wohnt, ist in aller Regel begeistert oder mindestens
654 zufrieden – aus freien Stücken ins Heim geht so gut wie niemand. Auch Projekte wie „Wohnen für Hilfe“
655 wollen wir unterstützen, bei dieser Art Generationsübergreifender WG bekommt ein junger Mensch ein
656 mietfreies WG-Zimmer, z. B. im Haus von Senioren. Als Gegenleistung hilft der junge Mensch einige
657 Stunden in der Woche aus.
658 Kommunen sollte, auch bei angespannter Haushaltslage, gestattet werden, zumindest das Geld, das
659 durch die im Vergleich zur Heimunterbringung wesentlich günstigeren Kosten eingespart wird, in die
660 Förderung solcher Projekte zu stecken: Vielen Menschen kann der ungeliebte Umzug ins Heim für lange
661 Zeit, oft sogar für immer, erspart werden. Ein- oder Mehrfamilienhäuser stehen nicht leer, sondern werden
662 genutzt, Eigentümer erhalten Miete, Mieter kommen preisgünstig unter oder im Fall von „Wohnen für
663 Hilfe“ sparen Studierende die Mietkosten. Viele, die sich einen Heimaufenthalt gar nicht leisten können,
664 können die Teilmiete in der WG leicht tragen, haben frei verfügbares Geld übrig und sind nicht von
665 staatlicher Unterstützung abhängig. Für viele Menschen ein wesentlicher Aspekt. Und Kommunen können
666 viel Geld für die Heimunterbringung sparen und stattdessen in die kleinteilige Vor-Ort-Versorgung
667 investieren. Für Menschen, die teilzeitberufstätig sein wollen oder die keine Berufsausbildung haben,
668 bieten sich Beschäftigungschancen: Mit geringem Aufwand und bei geringeren Kosten viel Gewinn für die
669 Region: Dafür werden LINKE vor Ort eintreten.
670

671 Wir setzen uns ein für:

- 672 - den Erhalt und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und die Verlängerung der Zweckbindung,
- 673 - bezahlbaren Wohnraum für einkommensschwächere Menschen und Familien mit Kindern durch
674 die Förderung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften und von
675 Wohnungsbaugenossenschaften,
- 676 - altersgerechtes und barrierefreies Wohnen,
- 677 - Mehrgenerationenhäuser und betreute Wohnformen und
- 678 - die Ausweitung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“

679

680 Infrastruktur und Umwelt

681 Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen

682 Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für das wirtschaftliche und öffentliche Leben. Wer auf fossile
683 Brennstoffe als Energieträger setzt, erhebt Mobilität zum Privileg für Besserverdienende. Denn gerade
684 untere und mittlere Einkommensschichten sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Für DIE LINKE
685 ist der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) der Verkehrsträger Nummer 1 der Zukunft, weil er
686 Mobilität für alle sicherstellt und dies mit ökologischer Nachhaltigkeit verbindet.

687 Die Landesregierungen der letzten Jahrzehnte haben es verpasst, den ÖPNV in Rheinland-Pfalz
688 entsprechend auszubauen. Schienennetze wurden stillgelegt, Buslinien privatisiert und den
689 Profitinteressen der Unternehmer unterworfen. Dies rächt sich nun massiv: Verschärft durch die Corona-
690 Krise beklagen Busunternehmen landesweit extreme Einnahmeverluste durch ausbleibende
691 Ticketverkäufe. Damit überhaupt ein rudimentärer öffentlicher Nahverkehr bestehen bleibt, müssen die
692 Kommunen einspringen. Die rot-gelb-grüne Landesregierung hat mit dem neuen Nahverkehrsgesetz zwar
693 einen im Prinzip richtigen Schritt getan und den ÖPNV zur gesetzlichen Aufgabe der Kommunen erklärt.
694 Aber einmal mehr haben Ministerpräsidentin Malu Dreyer und ihr Kabinett „vergessen“, das dafür
695 notwendige Geld bereitzustellen und wollen einen ÖPNV nach kommunaler Kassenlage.

696 DIE LINKE setzt sich dem gegenüber für einen Ausbau des öffentlichen Nah-, Regional- und Fernverkehrs
697 in Rheinland-Pfalz ein. Neue Strecken müssen gebaut, alte modernisiert und Fahrzeuge auf den neuesten
698 Stand der Technik gebracht werden. Dies soll im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms erfolgen.

699 Umweltverträglich geht nur sozial:

700 Vorfahrt für den Öffentlichen Nah-, Fern- und den schienengebundenen Güterverkehr

701
702 Der Status quo – marodes Verkehrsnetz in Rheinland-Pfalz
703 Die herrschenden Verkehrsverhältnisse sind ungerecht. Die Belastung durch Autos und LKWs trifft vor
704 allem diejenigen, die es sich nicht leisten können, von der Hauptverkehrsstraße wegzuziehen. Die
705 Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in der Logistikbranche sind oft miserabel. Automobilkonzerne
706 profitieren vom Abgasbetrug - der Schaden wird auf die Bevölkerung und auf die Beschäftigten abgewälzt.
707 Für Öl und andere Rohstoffe werden weltweit Kriege geführt, einheimische Bevölkerungsgruppen
708 vertrieben und ausgebeutet.

709

710 Bus und Bahn – seit langem vernachlässigt

711 Verkehr dient dem Transport von Gütern und Menschen: Die Hauptverkehre sind auch in Rheinland-Pfalz
712 der motorisierte Individualverkehr, der Güterverkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft und der
713 öffentliche Personennah- und fernverkehr. Was für die einen Alltag ist, wird für die anderen spätestens
714 seit dem Erstarken der ökologischen Frage wieder aktuell. . Bus und Bahn werden immer beliebter bei
715 Jung und Alt. Die jüngere Generation nutzt Bus und Bahn besonders zahlreich, auch auf Langstrecken und
716 im Ausland.

717 Dieser Zuspruch ist kein Zufall: Er ist viel mehr die Folge der Verbesserung des ÖPNV durch den 1994
718 eingeführten Rheinland-Pfalz-Takt und kann als Indiz für das Potential des hiesigen Bus- und Bahnverkehrs
719 gesehen werden. In Kooperation mit den Partnern der Verkehrsbünde Karlsruhe (KVV), Region Trier (VRT),
720 Rhein-Mosel (VRM), Rhein-Nahe (RNN) und Rhein-Neckar (VRN) sollten Nahverkehrszüge mit möglichst
721 wenig Umstiegs- und Wartezeit getaktet und eine Verschränkung der Verkehrsmittel vorgenommen
722 werden. Wegen ihrer Bedeutung wurden auch die großen Landesbuslinien (RegioLinien) berücksichtigt.

723 Deshalb wurden Prognosen des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) von 1994-2003 um 82%
724 übertroffen. Wer Angebote schafft, findet Nutzer*innen.
725 Auch mehr Komfort sollte wachsende Fahrgastzahlen garantieren: Klimatisierung und Neigetechnik
726 brachten den neuen RegioExpresszügen einen nennenswerten Vorteil sowie eine Einnahmensteigerung
727 um rund 20%. Die Fahrgastzuwächse bezogen sich jedoch überwiegend auf den Freizeitverkehr und auf
728 Personen ohne Führerschein; die gewünschte Steigerung bei Berufspendler*innen blieb aus. Und
729 schließlich sollte das Bahnhofsmanagement der DB AG zeitgemäß modernisiert werden. Doch statt
730 zukunftsorientierter Planung, kam es insgesamt nur an 60 Bahnhöfen und Haltepunkten zu
731 Ausbesserungen und Renovierungen, die mehr der Instandhaltung als der Modernisierung und Gestaltung
732 dienten. Die Kosten gingen größtenteils auf Kosten der Steuerzahler*innen und der Fahrgäste, deshalb
733 zahlten Bahnkund*innen doppelt. Die Profite strichen weiterhin die Teilhaber*innen ein.
734 Einige Strecken, wie z.B. die einst stillgelegte Strecke zwischen Grünstadt und Eisenberg, weisen nach
735 der Reaktivierung eine Steigerung der Anzahl der Beförderten im Vergleich zur vorher verkehrenden
736 Buslinie um 82% auf. Weitere Reaktivierungen wurden geplant, doch scheiterten meist schon in der
737 Erkundungsstufe. Von ursprünglich sieben geplanten Strecken wurde lediglich eine bis zum
738 Fahrplanwechsel 2015 reaktiviert. Realisiert wurden hingegen die Pläne für diverse weitere Haltepunkte
739 entlang bereits bestehender Strecken.
740 Laut einer Studie des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) könnten 212 KM Bahnstrecke in
741 Rheinland-Pfalz reaktiviert werden. Darunter die "Weststrecke" bei Trier sowie die Strecke „Worms-
742 Monsheim-Langmeil-Kaiserlautern“, die aufkommensstarke Räume miteinander verbinden könnten. Doch
743 noch bleibt es bei der Planung.
744 Die jahrelange Misswirtschaft im rheinland-pfälzischen Streckennetz, die nach der Privatisierung in den
745 frühen 90er Jahren begann, zeigt heute deutlicher denn je ihre Spuren. Defekte an Weichen sowie
746 fehlende Investitionen in Schienen und Transportnetze sind nur einige der Folgen. Heruntergekommene
747 und stillgelegte Strecken, Geisterbahnhöfe und verwilderte Anlagen zeigen das Ausmaß einer verfehlten,
748 profitorientierten Mentalität gegenüber dem Allgemeingut Bahn!
749
750 Auch die geographische Verteilung der vorhandenen Strecken weist große Defizite auf. Die
751 Streckenkonzentration im Osten von Rheinland-Pfalz, übergehend zur Metropolregion Rhein-Neckar, im
752 Anschluss zum Netz in der Pfalz, zeigt ein relativ dichtes Netz, das über die Strecke Mannheim-Worms-
753 Mainz bis Wiesbaden und Frankfurt einen Großteil der östlichen Knotenpunkte bedient. Je weiter wir gen
754 Nord-Westen blicken, desto deutlicher erhalten wir eine deutlich abgespeckte Version. Fernab der großen
755 Zentren dünnt sich das Schienennetz aus und ein dürftig geführter Linientackt wird teils gar nicht, teils
756 nur sehr langsam ausgebaut. So stellt sich das geplante „ÖPNV Konzept Nord“, konzipiert vom
757 „Zweckverband Verkehrsbund Trier“ im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft
758 und Weinbau, als hilflose Maßnahme dar, die, neben einer blumigen Broschüre, nur eine Neuauflage der
759 Informationen des Rheinland-Pfalz Takttes darstellt.
760

761 Das Auto – mit Vollgas in die Sackgasse

762 Der Autoverkehr wird auch in Rheinland-Pfalz in jeder Hinsicht bevorzugt, entstehende Kosten werden
763 vergesellschaftet oder gar nicht erst berechnet. Aus dem Status Quo entstehen reale gesellschaftliche
764 Machtverhältnisse: Die Automobilindustrie ist angesichts ihrer wirtschaftlichen Bedeutung einer der
765 zentralen Player in jeder Verkehrsdebatte, Automobilvereine machen die Phalanx der Autobefürworter
766 komplett.
767 Mit 2.449.404 zugelassen PKWs bei einer Bevölkerungsstärke von 4.066.053 Menschen besitzt
768 durchschnittliche jede*r zweite*r Einwohner*in ein Auto. In einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz
769 scheint das angesichts des Verhältnisses von Stadt- und Landbevölkerung nicht verwunderlich.
770 Betrachtet man allein die Länge der Straßen außerhalb von Stadtgebieten, kommen wir auf 18.370 km,
771 aufgeteilt in 7.374 km Kreisstraßen, 7.254 km Landesstraßen sowie 2.865 km Bundesstraßen und 877

772 km Bundesautobahn. Fast alle dieser Strecken eint ihre mangelhafte Instandhaltung und Sanierung
773 aufgrund der verfehlten Politik der sogenannten „Schwarzen Null“.
774 Der Zustand von über einem Drittel der Kreisstraßen in Rheinland-Pfalz ist schlecht. Rund 35,2 Prozent
775 des Netzes von fast 7000 Kilometern - das sind 2400 Kilometer - erhielten bei der jüngsten derartigen
776 Prüfung 2016 die Note 4,5 bis 5“. Ein erschreckendes Ergebnis fehlgeleiteter Sparpolitik. „Damit war der
777 Schwellenwert überschritten, bei dem Handlungsbedarf für Baumaßnahmen oder Einschränkungen für
778 den Verkehr besteht. Rund 1300 Kilometer oder fast 19 Prozent des Netzes erhielten die Note 3,5 bis
779 unter 4,5 - das ist der Warnwert. Im Vergleich zur vorherigen Zustandserfassung von 2011 hat sich die
780 Situation noch verschlechtert: Damals hatten 31 Prozent der Kreisstraßen die schlechteste Note erhalten.
781 2006 war der Anteil mit 40 Prozent allerdings noch höher gewesen [...]. Bei der Prüfung von 2016 wurden
782 rund 99 Prozent der Kreisstraßen erfasst. Die nächste Erfassung ist für das Jahr 2021 geplant.
783 Fast genauso schlimm gestaltet sich der Zustand der Brücken in Rheinland-Pfalz. Von den 7.500 Brücken
784 in unserem Bundesland bekamen bei der letzten Prüfwellen gerade mal zwei Brücken die Note 1. Jede 5.
785 Brücke ist in schlechtem Zustand. Die Landesregierung jedoch trägt den Investitionsstau wie einen
786 Hauptgewinn vor sich her und gibt nur mühsam und tröpfchenweise Projekte frei. Das subjektive Gefühl,
787 dass unsere Straßen Schlaglochpisten sind, hat somit objektive Ursachen.
788

789 Güter auf die Bahn statt immer mehr LKW-Fernverkehr

790 Die massive Belastung durch den schweren Güterverkehr auf den Straßen unseres Landes trägt
791 erhebliche Mitschuld an den Zuständen und wird für Rheinland-Pfalz als Durchfahrtsland zu einem
792 wiederkehrenden, finanziellen Mammutprojekt. Wir lehnen den Transport mit Gigalintern auf
793 rheinlandpfälzischen grundsätzlich ab. Die weitere Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schienen darf
794 unter anderen deshalb nicht vernachlässigt werden. Bislang werden circa 40 Millionen Tonnen jährlich
795 auf diese Weise durch Rheinland-Pfalz transportiert. Um diesen Wert auszubauen, ist schnelles Handeln
796 gefordert. Auch wenn sich die Rheintalstecke Rhein-Main-Cargo immer noch in einer der aktiven
797 Planungsphasen befindet, zeichnet sich durch die Öffnung des Gotthard-Basistunnels 2016 ein
798 erheblicher Entwicklungsdruck ab. Die Bahn muss hier innovativ sein und die Fehlentscheidungen der
799 vergangenen Jahrzehnte, die insbesondere die Streckenstilllegungen in der Fläche darstellten, rückgängig
800 machen. Passiert dies nicht, droht sie abgehängt zu werden. In den letzten 25 Jahren wurde das Netz
801 jedoch aufgrund von Sparmaßnahmen und Profitorientierung regelrecht fahrlässig nur als Pflichtaufgabe
802 und vor allem durch Wartung betreut. Das erkennt man sofort, wenn man das deutsche Schienennetz
803 verlässt und sich in anderen europäischen Ländern mit der Bahn bewegt. Der (erneute) Anschluss
804 weiterer Betriebe ist eine vordringliche Aufgabe öffentlicher Infrastruktur und soll im Rahmen eines
805 notwendigen, umfassenden Ausbaus des Schienenverkehrs erfolgen. Dementsprechend sind Anreize zur
806 Verlagerung von Transporten auf die Schiene zu schaffen, LKW-Verkehr, der die Infrastruktur Straße
807 deutlich leiden lässt, muss teurer werden.
808

809 Flughäfen und Binnenschifffahrt: Begrenzen und Fördern

810 Rheinland-Pfalz hat nur noch einen echten Verkehrsflughafen, den Flughafen Hahn. Der Flughafen
811 Zweibrücken beendete 2014 den Geschäftsbetrieb und auch der Hahn scheint wirtschaftlich, trotz
812 Nachtfluggenehmigung, nach wie vor in Turbulenzen zu sein. Die unendliche Geschichte der Hahn-
813 Skandale führt hier zu weit – aber als Anlieger der Großflughäfen Frankfurt/Main und Köln/Bonn sind
814 Teile des Landes unmittelbar vom Luftverkehr und seinen Auswirkungen betroffen: Fluglärm und
815 Kerosinbelastung sind dabei die drängendsten Probleme. Nach dem Hype um Regionalflughäfen scheint
816 jetzt mehr Realismus in die Köpfe eingezogen zu sein: Luftverkehr hat in unserem Land nur eine
817 untergeordnete Bedeutung, sowohl was die Fracht- und Passagierzahlen als auch was die daran
818 hängenden Arbeitsplätze betrifft. In jedem Fall muss auch am Hahn ein Nachtflugverbot her, damit auch
819 die Menschen im Hunsrück ruhige Nächte verbringen können. Das Nachtflugverbot muss überall von
820 22:00 - 6:00 Uhr gelten.

821 Mit dem Rhein, der Mosel, der Saar und der Lahn fließen vier Flüsse durch Rheinland-Pfalz, die für die
822 Binnenschifffahrt erschlossen und gut an das europäische Wasserstraßennetz angeschlossen sind. Diese
823 Chance gilt es intensiver als bisher nutzbar zu machen, um den Güterverkehr von den Straßen zu holen
824 und Orte und Menschen an den Ufern der Flüsse miteinander zu verbinden.
825

826 Die sozial-ökologische Verkehrswende anstoßen – besser heute als morgen

827 Uns ist bewusst, dass die sozial-ökologische Verkehrswende eine Aufgabe ist, die Jahre in Anspruch
828 nimmt. Aber die Klimakrise, das Recht auf Mobilität ohne Auto im ländlichen Raum, die
829 Generationengerechtigkeit und das Recht auf Mobilität auch für Menschen mit geringen Einkommen
830 lassen kein Zögern mehr zu: die rot-grün-gelbe Landesregierung hat, wie die SPD-geführten
831 Vorgängerregierungen, den notwendigen Politikwechsel verschlafen.
832 Wer eine sozial-ökologische Verkehrswende will, kommt an einem starken ÖPNV nicht vorbei. Hier muss
833 den Kommunen mehr Spielraum zum Ausbau des Liniennetzes, der Preisgestaltung der öffentlichen
834 Verkehrsunternehmen, etc. gegeben werden. Der ÖPNV darf nicht nur zur kommunalen Pflichtaufgabe
835 erklärt werden – die Landesregierung muss auch für eine ausreichende Finanzierung sorgen. Das klingt
836 nur auf den ersten Blick unbezahlbar – schon heute wird der Nahverkehr zu großen Teilen aus Steuern
837 finanziert. Wir wollen einen gut ausgebauten, ticketlosen und umlagefinanzierten Öffentlichen
838 Personennahverkehr: Der erste Schritt sind flächendeckende Sozialtickets, die vorerst das vom
839 Bundesverfassungsgericht bestätigte Recht auf Mobilität für alle sichern.

840

841 ÖPNV-Abgabe finanziert Angebotserweiterung und Ticketfreiheit

842 Bei einer bundesweiten Befragung gaben 75,2% der Befragten Nicht-ÖPNV-Nutzer*innen und sogar 59,5%
843 derer, die regelmäßig auf Bus und Bahn zurückgreifen, an, dass die Abstände zwischen den Abfahrtszeiten
844 zu groß sind. Hieraus lässt sich unschwer ableiten, wie groß die Lenkungswirkung einer Verbesserung
845 des Angebots, insbesondere im ländlichen Raum, wäre. Diese Ausweitung des Angebots kann auch durch
846 den Einsatz kleinerer, im Unterhalt günstigerer Fahrzeuge möglich gemacht werden.
847 Auch die Berechtigung der Kommunen, eine ÖPNV-Abgabe zu erheben, die 60 Euro pro Person und Jahr
848 nicht überschreiten darf, nach Einkommen gestaffelt ist und dem Ausbau des Liniennetzes sowie der
849 Qualitätssteigerung und Preissenkung zukommt, wäre im Bereich des Möglichen. Hier könnten
850 beispielsweise Unternehmen, die von der ÖPNV-Anbindung profitieren, zur Abgabe herangezogen
851 werden. Um außerdem dem Ziel eines ticketlosen ÖPNV näherzukommen, muss Rheinland-Pfalz eine
852 Vorreiterrolle übernehmen: über Bundesratsinitiativen könnten zielführende Gesetzesänderungen und
853 Entschlüsse auf den Weg gebracht werden. Beispielsweise eine Novelle des
854 Personenbeförderungsgesetzes, die den Kommunen mehr Freiräume für Modellprojekte lässt, und gute
855 Arbeitsbedingungen und Bezahlung für die Beschäftigten der (privaten und öffentlichen)
856 Verkehrsbetriebe festschreibt. Ausschreibungen von Buslinien müssen ökologische Kriterien und
857 Klimaschutzmaßnahmen unbedingt berücksichtigen! Tariftreue muss eingefordert und überprüft werden!
858 Arbeitstechnische Zwangspausenzeiten müssen als Arbeitszeit angerechnet werden. Auch für ein
859 Bundesprogramm, das Jugendlichen unter 18 Jahren sowie Empfänger*innen von Transferleistungen die
860 kostenlose Nutzung des Nahverkehrs ermöglicht, könnte hier geworben werden. Sollte dies nicht
861 erfolgreich sein, müssen auf Landesebene die Möglichkeiten ausgelotet werden, ein kostenloses
862 Schüler*innenticket und kostenlose Tickets für Auszubildende zu schaffen, insbesondere um
863 finanzschwache Familien zu entlasten.
864

865 Strecken und Bahnhöfe wiederbeleben und modernisieren

866 Mit einer sinnvoll nutzbaren Abgabe auf kommunaler Ebene ist es allerdings noch nicht getan. Die im
867 Rahmen des Rheinland-Pfalz-Takts erfolgte Belegung der Westtrasse im Raum Trier begrüßen wir. Sie
868 muss jedoch in eine mit den Kommunen verzahnte Wiederbelegung weiterer stillgelegter Bahnstrecken,
869 beispielsweise der Eifelquerbahn, eingebunden sein. Auch neue Strecken müssen erschlossen werden,
870 um insbesondere den Westen des Landes besser mit der Landeshauptstadt Mainz zu vernetzen. Alle
871 Bahnstrecken sind elektrifiziert zu planen und alle noch nicht-elektrifizierten Strecken bis 2025
872 umzurüsten. Weil diese Maßnahmen mehrere Jahre benötigen, muss mit der Planung jetzt begonnen
873 werden. Auch die Aufwertung bestehender Bahnhofsareale muss in diesem Kontext als Aufgabe begriffen
874 werden. Der Bahnhof der Zukunft wird als Schnittstelle intermodaler Netze dienen und ist damit
875 wirtschaftlich und sozial auch Treffpunkt und Drehscheibe progressiver Verkehrsentwicklung fernab des
876 Individualverkehrs.

877

878 Verkehrsplanung überregional vernetzen

879 Die Verkehrsplanung darf jedoch nicht an der Landesgrenze halt machen. Es braucht eine bessere
880 Vernetzung mit den Verkehrsbünden-, -unternehmen und anderen Verantwortungsträger*innen
881 angrenzender Bundesländer (Saarland, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg) und Staaten
882 (Luxemburg, Frankreich, Belgien). Wir wollen eine institutionalisierte Form des Austauschs, ähnlich dem
883 Konzept des Rheinland-Pfalz-Taktes, die eine bessere Abstimmung der Taktung – auch im Hinblick auf
884 den Übergang von Nah- zu Fernverkehr – ermöglicht. Hier muss ein Fokus zudem auf dem Aspekt der
885 Intermodalität, also der Kombination unterschiedlicher Verkehrsmittel, liegen, die insgesamt bei der
886 Verkehrsplanung zu wenig Beachtung findet. Grenzüberschreitende Ruf-Sammeltaxi-Systeme wären in
887 diesem Kontext ein ebenso lohnendes Pilotmodell, wie die flächendeckende Stationierung von Leihrädern
888 an Bahnhöfen, die auch über Grenzen hinweg genutzt und abgegeben werden können. Dies könnte zur
889 Steigerung der Attraktivität der Grenzregionen, insbesondere für Pendler*innen, beitragen.

890

891 Für den rheinland-pfälzischen Fernbus

892 Der Bau eines umfassenden Schienennetzes in Rheinland-Pfalz ist aufgrund der lange vernachlässigten
893 Planung erst mittel- bis langfristig zu schaffen. Für den Übergang und auch zur zukünftigen Ergänzung
894 des Schienenverkehrs ist ein landesweites Fern(schnell-)busverkehrsnetz zu schaffen. Ein solches
895 umfasst notwendigerweise die Anbindung aller urbanen Räume und deren Verbindung mit den
896 Großstädten in hoher Frequenz, so dass es einen wirksamen Ersatz zum MIV bieten kann. Überall dort,
897 wo es keine Bahnverbindung (mehr) gibt, soll analog zu möglichen Strecken ein schneller Busverkehr
898 eingerichtet werden auf dem bis in die späten Abendstunden auch die Möglichkeit zur Befriedigung
899 sozialer und kultureller Bedürfnisse im städtischen Raum besteht.

900

901 Landesweites Semesterticket – jetzt!

902 Die Einführung eines landesweiten Semestertickets, das auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben
903 wurde, und in einem Solidarmodell realisiert werden muss, läuft zu schleppend. Hier müssen weitere
904 Unterstützungsmöglichkeiten des Landes ausgelotet werden. Außerdem muss das Saarland Teil eines
905 Gesamtpaketes sein, ist das Ticket doch nur so wirklich attraktiv, indem es Nord- und Süd-Rheinland-
906 Pfalz verbindet, der großen Anzahl saarländischer Studierender an den hiesigen Hochschulen sowie der
907 Rolle des Saarlandes als Knotenpunkt für das Schienennetz des Südwestens Rechnung trägt. Parallel
908 dazu fordern wir landesweite Tickets für Auszubildende.

909 Notwendig ist schließlich eine Imagekampagne, die den ÖPNV im Zeitgeist verankert und ihn als
910 fortschrittliche, bequeme und zuverlässige Alternative der Zukunft in das Bewusstsein hebt.

911

912 Verkehrsverbände auflösen

913 Die bisherige Struktur der kleinräumigen Verkehrsverbände ist aufzulösen. Dieses System ist wesentlich
914 mit dafür verantwortlich, dass es weder ein landesweites Semesterticket noch ein jenseits davon
915 existierendes Landesticket existiert. Auch die überhöhten Preise im ÖPNV lassen sich in erheblichem
916 Maße auf die Zersplitterung in zahlreiche Verkehrsverbände zurückführen. Verkehr muss landesweit
917 einheitlich und zentral organisiert werden, um anstehende Aufgaben wie ein Landesticket adäquat
918 umsetzen zu können und eine aufeinander abgestimmte ÖPNV-Taktung auf allen Ebenen einführen zu
919 können.
920

921 Straßen sanieren, Neubau möglichst vermeiden

922 Der bereits angesprochene Investitionsstau auf den Straßen unseres Landes ist enorm. Der
923 Landesrechnungshof spricht von fast einer Milliarde Euro, die allein in die Sanierung der Landesstraßen
924 fließen müssten. Zwar investiert das Land in dieser Legislatur kontinuierlich mehr über das
925 Landesstraßenbauprogramm (2019 und 2020 fließen 250 Millionen Euro in das Programm), die
926 Prioritätensetzung ist jedoch völlig falsch. Die Strategie muss – entgegen der Strategie der die
927 Verkehrswende bremsenden FDP – Erhalt vor Neubau sein. Wir wollen daher, dass mindestens 80% der
928 zur Verfügung gestellten Mittel in den Erhalt der Landesstraßen fließen, um deren katastrophalen Zustand
929 zu beheben. Hierbei müssen dauerhafte Kernsanierungen, statt lediglich kosmetischer Maßnahmen, im
930 Vordergrund stehen.

931 Um des Investitionsstaus auf den Kreisstraßen Herr zu werden, ist eine verfassungskonforme
932 Ausfinanzierung der Kommunen, für die sich DIE LINKE seit Jahren einsetzt, unumgänglich.

933

934 Uns ist klar, dass die Zukunft der Mobilität nicht im Individualverkehr liegen darf und wird. Dennoch
935 sind wir uns bewusst, dass insbesondere im ländlich geprägten Rheinland-Pfalz viele Menschen auf das
936 Auto angewiesen sind, auch weil viele Dörfer für den Bus- und Bahnverkehr bisher kaum erschlossen
937 oder in den vergangenen Jahrzehnten gar abgekoppelt wurden. Wir wollen die Effektivität der Nutzung
938 des PKW solange steigern, bis er obsolet geworden ist. Hierfür fordern wir ein Förderprogramm zum
939 Aufstellen sogenannter Mitfahrer*innenbänke in den Gemeinden sowie die Entwicklung einer App im
940 Auftrag des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums, mit der nicht-kommerzielle Mitfahrgelegenheiten,
941 beispielsweise in das nächste Oberzentrum, geboten und gesucht werden können. So würde nicht nur
942 ein bereits florierender Markt durch ein entsprechendes Angebot aus öffentlicher Hand demokratisiert
943 werden, sondern auch die Effizienz der PKW-Nutzung gesteigert, sind Autos im ländlichen Raum heute
944 doch häufig nur mit 1,1 Personen besetzt. Und schließlich muss das Bus- und Bahnangebot in und um
945 die großen Zentren so verbessert werden, dass öffentlicher Nahverkehr eine gute Alternative zum Auto
946 ist. Ergänzt um (Einkaufs)Bringdienste und Transportangebote für sperrige Gegenstände, könnte so das
947 Auto Schritt für Schritt aus den Städten verdrängt werden. Städte, Kreise und Verbandsgemeinden
948 werden verpflichtet, Mobilitätsbeauftragte zu bestimmen. Diese sorgen dafür, dass Menschen mit
949 Beeinträchtigungen, Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und dem ÖPNV absoluter Vorrang eingeräumt
950 wird gegenüber dem Individualverkehr.

951 In den Städten heißt das: der Straßenraum wird für den fahrenden wie für den parkenden
952 Individualverkehr drastisch eingeschränkt. Stattdessen entstehen Fuß- und Radwege und Plätze zum
953 Aufenthalt. Barrierefreiheit ist ein Muss. Auf dem Lande heißt das zusätzlich: es wird ein
954 alltagstaugliches Radwegenetz zwischen den Orten geschaffen. Keine Straßeninstandsetzung findet
955 mehr ohne Berücksichtigung der Belange der Radfahrer*innen und Fußgänger*innen statt. An Straßen
956 ohne Radwege (z.Zt. z.B. Kreisstraßen), wird die Geschwindigkeit deutlich reduziert und das Überholen
957 von Radfahrer*innen bei Gegenverkehr ist untersagt.

958

959 Die Städte autofrei!

960 Der motorisierte Individualverkehr ist im städtischen Raum überkommen und überflüssig. In Anbetracht
961 der drohenden Klimakatastrophe ist er schrittweise aus den Städten zu verdrängen und durch Fahrrad-,
962 Bus-, Bahn- und Fußgänger*innenverkehr zu ersetzen. Die durch die Abschaffung des Bedarfs an Park-
963 und Stellflächen wieder für die Allgemeinheit nutzbar gewordenen Räume, sind sowohl im Sinne des
964 Wohnraummangels, wie auch im Sinne des zu hohen Flächenverbrauchs und für das sich katastrophal
965 entwickelnde Mikroklima zu nutzen. Die Luft- und Lebensqualität in den Städten wird sich mit der
966 Reduzierung des MIV deutlich verbessern. Zur Nutzung der Städte von außerhalb sind, so lange noch
967 notwendig, umfassende kostenfreie Park & Ride-Plätze zu schaffen, angebunden mit hochfrequenten Bus-
968 und Bahnverbindungen, um auch der aus ländlichem Raum kommenden Bevölkerung Teilhabe am
969 städtischen Leben ermöglicht.

970

971 Verkehr kleinräumig entwickeln: Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, E-Mobilität

972 Verkehr findet zum größten Teil in gut erreichbaren und nahegelegenen Räumen statt. Für den Verkehr
973 bis 5km ist die Vermeidung allen MIV anzustreben und prioritär Radfahrer*innen wie Fußgänger*innen zu
974 fördern. Gerade auf zwischenörtlichen Verbindungen benachbarter Orte, wie auch innerstädtisch, sind
975 der Platzverbrauch des Autoverkehrs zu reduzieren und zugunsten von ökologischen Fortbewegungsarten
976 umzuwidmen. Systematisch sind sichere Radverbindungen auf/an allen Land- und Bundesstraßen
977 auszubauen und bequem nutzbare Fußwege anzulegen. Radwege sind dabei nicht nur auf
978 zwischenörtlichen Verbindungen auszubauen, sondern auch in die Orts- und Stadtmitte zu führen.
979 Systematisch ist insbesondere kleinräumig der Waren- und Lastentransport durch Muskelkraft z.B.
980 Lastenfahrräder auszubauen. E-Mobilität kann dagegen nur im eng begrenzten Rahmen eine ergänzende
981 Alternative dazu darstellen, die aber vorrangig über die Kommunen zu regeln ist. Die aktuelle Praxis
982 kommerzieller Anbieter*innen, E-Roller überall aufzustellen, löst verkehrstechnische Bedürfnisse nicht
983 auf, sondern verlagert ökologische Probleme mitunter, was sich beispielsweise an der unregelmäßigen
984 Entsorgung der nach ca. einem halben Jahr verbrauchten E-Roller zeigt.

985

986 Güter auf Schiene und Wasserstraßen

987 Das Thema Verkehr umfasst jedoch nicht nur den Personen-, sondern auch den Güterverkehr. Wir wollen
988 den Verkehr von der Straße auf die Schiene und das Wasser verlagern. Hierzu braucht es zum einen das
989 bereits angesprochene, ausgebaute Schienennetz, aber auch weitere Anreize. Beispielsweise die
990 Ausweitung der LKW-Maut auf Land- und Bundesstraßen, was zudem die Lärmbelastigung der
991 Anwohner*innen sowie die Abnutzung der Straßen mildern würde. Gleichzeitig müssen Anwohner*innen
992 der Trassen – beispielsweise im Mittelrheintal - mit wirksamen Lärmschutzmaßnahmen vor
993 Gesundheitsschäden geschützt werden. Hier gilt es im Bundesrat die Initiative für eine weitere
994 Verschränkung des Güterverkehrs auf der Schiene und dem Wasser anzustreben.

995

996 Nach den ersten Schritten – unsere Ziele in den nächsten fünf Jahren

997 Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen sind zeitintensiv. Neben einer steten Erfolgs- und
998 Qualitätskontrolle muss nach drei Jahren Bilanz gezogen und gegebenenfalls nachgesteuert werden.
999 Einige Ziele sind jedoch aufgrund der drängenden Priorität und schnellen Umsetzbarkeit auf jeden Fall bis
1000 zum besagten Zeitraum auf Basis des oben Genannten zu vollenden. Durch Ausbau des Angebots sowie
1001 einer optimierten, intermodalen Taktung darf es keinen Ort mehr geben, aus dem die Fahrt in das nächste
1002 Mittel- oder Oberzentrum mehr als 60 Minuten dauert. Auch muss der Investitionsstau auf den
1003 Landesstraßen bis dahin um mindestens 300 Millionen Euro gesenkt sein. Als Indikator eines
1004 attraktiveren ÖPNV muss die Zahl der jährlichen PKW-Neuzulassungen stark rückläufig und bis 2022 um
1005 20 % im Vergleich zum Jahr 2018 gesunken sein.

1006

1007 Fünf Modellprojekte „Ticketloser ÖPNV bis 2022“

1008 Bis 2022 muss es zudem mindesten fünf Modellkommunen in Rheinland-Pfalz geben, in denen die
1009 Lenkungswirkung des ticketlosen ÖPNV sowie weitere Voraussetzungen für die flächendeckende
1010 Realisierung erprobt werden. Beim Bund muss weiter für Förderprogramme, die den Weg hin zum
1011 ticketlosen ÖPNV begleiten, gekämpft werden. Die öffentlichen Verkehrsunternehmen müssen außerdem
1012 derart wettbewerbsfähig sein, dass sie private Anbieter bei der Bedienung von Linien weiter
1013 zurückzudrängen. Nur in öffentlichen Unternehmen können die Arbeitsbedingungen gut überwacht,
1014 können Mitbestimmung und demokratische Rechte der Mitarbeiter*innen gesichert werden. Auch
1015 müssen mittelfristig Nahverkehrs- und Fahrgastbeiräte effektiv in die Entscheidungsfindung der
1016 Unternehmen eingebaut werden. Die Kommunen müssen darüber hinaus finanziell befähigt sein, den bis
1017 dahin durch zunehmend autofreie Quartiere entstehenden Platz zur Begrünung und die bessere
1018 Anbindung an und den Ausbau von bestehenden Fahrradwegen zu nutzen. Stillgelegte, nicht mehr
1019 zeitgemäße Bahnanlagen müssen zur konzeptionellen Überplanung den Gemeinden und Städten
1020 zurückgegeben werden.

1021 Sollten die Maßnahmen für die Reorganisation des Güterverkehrs nicht ausreichend greifen, obwohl
1022 Alternativen existent sind, müssen weitere ordnungspolitische Maßnahmen getroffen werden,
1023 beispielsweise Fahrverbote für besonders unter der Belastung leidende Straßenabschnitte.

1024

1025 Unser Ziel – ticketloser ÖPNV und Rückgewinnung des öffentlichen Raums

1026 Rheinland-Pfalz braucht einen „Verkehrsplan 2025“. Bis dahin muss ein ticketloser ÖPNV Realität sein.
1027 Neben der bisherigen Steuerfinanzierung durch das Land und der Haushaltsabgabe muss der Bund
1028 Pflichten übernehmen. Die Streichung von Subventionen in Diesel-Technologien, die Abkehr von der
1029 schwarzen Null und eine Sonderabgabe der Automobilindustrie schaffen hier Spielraum.

1030 Nur, wenn öffentlicher Nah- und Fernverkehr ein gutes, barrierefreies Mobilitätsangebot machen, sind
1031 harte Maßnahmen gegen den motorisierten Individualverkehr sozialpolitisch vertretbar und überhaupt
1032 durchsetzbar. Denn mit der gesellschaftlichen Akzeptanz steht und fällt die sozial-ökologische
1033 Verkehrswende.

1034 Der öffentliche Verkehr erfordert eine öffentliche und intelligente Verkehrsplanung. Bahn und regionale
1035 Verkehrsbetriebe sind nicht nur Dienstleister für die Gesellschaft, sondern Arbeitsplatz für viele
1036 Menschen.

1037 - Deswegen lehnt DIE LINKE jegliche Form der Privatisierung ab und fordert gute Löhne und
1038 Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

1039 - DIE LINKE will Mobilität für Alle bezahlbar gewährleisten. Dazu gehören auch die
1040 Mittelrheinfähren - konsequent in öffentlicher Hand.

1041 - um allen Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu Mobilität zu ermöglichen, setzt sich DIE
1042 LINKE perspektivisch für den ticketlosen, umlagefinanzierten Öffentlichen Nahverkehr ein.

1043 Der Flughafen Hahn darf nicht weiter zu Lasten der Einwohner*innen der Region und zu Lasten der
1044 Steuerzahler*innen in Rheinland-Pfalz subventioniert werden. Das Flugaufkommen ist zu reduzieren und
1045 die Subventionen sind zum Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur der Region insbesondere für eine
1046 Förderung von nachhaltigem Tourismus und den Wiederaufbau wohnortnahen Einzelhandels zu nutzen.
1047 Der Ausstieg aus dem Hahn soll schrittweise vorgenommen werden, um den damit verbundenen
1048 Arbeitsplatzabbau auf dem Hahn mit dem Ausbau einer kleinteiligeren und umweltschonenden
1049 wirtschaftlichen Infrastruktur kompensieren zu können.

1050 Als erste Schritte fordern wir:

1051 - keine militärische Nutzung des Flughafens Hahn!

1052 - Nachtflugverbot von 22 bis 7 Uhr

1053 - die Einbeziehung der Bevölkerung in der Region bei allen grundlegenden Entscheidungen, die den
1054 Flughafen sowie die Infrastruktur betreffen.

1055 DIE LINKE meint es ernst mit einem ökologischen Umbau des Verkehrssystems. „Global denken, lokal
1056 handeln!“ muss auch für Rheinland-Pfalz Gültigkeit haben. Durch den Flughafen Hahn wird ein nicht
1057 nachhaltiger Massentourismus in fernen Regionen gefördert, auf Kosten der Tourismusförderung in der
1058 Region selbst. Straßenbau, Lärm und Luftverschmutzung zerstören die ursprüngliche Attraktivität der
1059 Landschaft und setzen die Menschen gesundheitlichen Belastungen aus.

1060 DIE LINKE setzt sich für die **Bewahrung des UNESCO Weltkulturerbes „Oberes Mittelrheintal“** ein und für
1061 den Erhalt und Ausbau der Rheinfähren zwischen Koblenz und Mainz.

1062 Darüber hinaus wird sich DIE LINKE für eine Intensivierung der Bemühungen einsetzen, den Bahnlärm im
1063 Mittelrheintal durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung und technische Verbesserungen der Züge sowie
1064 durch Lärmschutzwälle deutlich zu minimieren. Effektive und moderne Lärmschutzmaßnahmen dienen in
1065 erster Linie einer Verbesserung der Lebensqualität der Anwohner, aber sie fördern auch die
1066 Weltkulturlandschaft und den Tourismus.

1067

1068 Nachhaltiger Tourismus für Rheinland-Pfalz

1069 Die Tourismusbranche in Deutschland und gerade auch in Rheinland-Pfalz ist abhängig von einer intakten
1070 Umwelt. Sieht man sich die Schwerpunkte des rheinland-pfälzischen Tourismusgewerbes an, so wird dies
1071 besonders deutlich. Diese sind vor allem der Weintourismus, der Wander- und Fahrradtourismus, sowie
1072 der Wassertourismus an Rhein und Mosel. Um diese langfristig erhalten zu können, schreibt sich DIE
1073 LINKE die Förderung des sanften Tourismus auf ihre Fahne. Die gleichzeitige Analyse und Ermahnung
1074 Enzensbergers: „Der Tourismus zerstört das, was er sucht, indem er es findet“ darf sich nicht in Rheinland-
1075 Pfalz bewahrheiten. Darüber hinaus lehnt DIE LINKE die forcierte Ansiedelung industrieller
1076 Tourismusfabriken entschieden ab. Solche Projekte gefährden schon heute in erheblichem Maße eine
1077 verträgliche soziale und ökologische Entwicklung der Tourismusbranche in unserem Land, machen
1078 Kommunen erpressbar und schaffen vermehrt prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

1079 In Rheinland-Pfalz werden derzeit immer wieder touristische Großprojekte auf Landes- und
1080 Kommunalebene als Heilsbringer gefeiert, und entpuppen sich doch stets als Büchse der Pandora. Es
1081 wird versprochen, dass durch sie regionale Arbeitsplätze entstünden, mehr Geld in die Taschen der
1082 Menschen vor Ort flösse und die Region gestärkt würde. Doch dies ist ein Trugschluss, wie nicht nur das
1083 Projekt „Grüne Hölle“ am Nürburgring beweist. Denn die **hauptsächlichen Charakteristika** solcher
1084 Projekte sind nicht die ihrer Verheißungen, sondern in erster Linie Zerstörung großer Umweltflächen
1085 aufgrund ihres Platzbedarfes, das Aussaugen der Wertschöpfung aus der umliegenden Region, und damit
1086 die Zerstörung des organisch gewachsenen touristischen Familienbetriebes und des Mittelstandes.

1087 DIE LINKE fordert deswegen:

1088 - Förderung touristischer Projekte, die ökologisch nachhaltig sind und sich in die wirtschaftlichen
1089 und kulturellen Gegebenheiten einfügen.

1090 - Projekte dürfen der Natur nicht schaden und sollen so wenig wie möglich auf die bereiste Natur
1091 einwirken.

1092 - Projekte dürfen die kulturellen Gegebenheiten der Region nicht gefährden.

1093 - touristische Großprojekte lehnen wir in der Regel ab, weil sie die Natur, die Kultur und die
1094 mittelständischen und Familienbetriebe der Regionen zerstören.

1095 DIE LINKE setzt sich für einen naturnahen und sanften Tourismus ein. Zwischen den großen Zentren
1096 Ruhrgebiet und Rhein-Main bietet sich die rheinland-pfälzische Kulturlandschaft als ideales
1097 Naherholungsgebiet an. Dieses touristische Potential gilt es zu fördern und auszubauen, da dadurch viele
1098 neue Arbeitsplätze vor allem in den ländlichen Regionen entstehen können.

1099

1100 Ökologie und Soziales verbinden

1101 Seit einigen Jahrzehnten reift das Bewusstsein, dass die Ressourcen endlich sind, aus denen der Mensch
1102 schöpft. Trotzdem wird jeder Daseinsbereich immer systematischer auf Verwertbarkeit überprüft. Es
1103 scheint, dass Gewinnsteigerung über alles ginge.

1104 Die Natur, Grundlage allen Lebens, wird dabei ebenso rücksichtslos geplündert und aufs Spiel gesetzt,
1105 wie die Menschen selbst.

1106 Die Aussicht auf Schaffung oder Erhalt von Arbeitsplätzen ist dabei regelmäßig vor allem ein Mittel, um
1107 einen Teil der lohnabhängigen Bevölkerung unter Druck zu setzen oder gar zu erpressen, um so den
1108 Widerstand gegen immer weitere Profitmaximierung und weiteren Raubbau an der Natur zu erschweren.
1109 Wirtschaftswachstum muss umweltverträglich sein und jede*r muss von ihm profitieren können. Diese
1110 zwei Aspekte zusammen zu denken, ist unser Ziel.

1111 Erhalt, Pflege und die Wiederherstellung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, sind ebenso wichtig wie
1112 Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Umweltpolitik ohne sozialen Bezug ist nicht sinnvoll. Neue
1113 Technologien müssen jedem zur Verfügung stehen und nicht nur den Reichen und Wohlhabenden
1114 zugänglich sein. Der stromsparende Kühlschrank und das Elektroauto sind heute nur mit hohem
1115 Einkommen bezahlbar. Eine starke Umweltpolitik muss daher immer auch mit sozialer Gerechtigkeit
1116 verbunden sein.

1117 Unser Bundesland hat eine vielfältige Naturlandschaft, die es nicht nur aus ökologischen, sondern auch
1118 aus ökonomischen Gründen zu schützen gilt. Für DIE LINKE sind der Schutz der Umwelt sowie der Einsatz
1119 für eine nachhaltige und gerechte Nutzung der Ressourcen untrennbar verbunden mit dem Kampf für
1120 soziale Gerechtigkeit. Umwelt- und Naturschutz kann nur mit den Menschen, nicht gegen sie gelingen.

- 1121 Aus diesem Grunde setzt sich DIE LINKE für die Verbindung von Umweltschutz, Wirtschaftspolitik und
 1122 sozialer Gerechtigkeit ein.
- 1123
- 1124 Linke Umweltpolitik – demokratisch und sozial
- 1125 Kernforderungen der LINKEN sind:
- 1126 - Verstärkte Förderung der Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien
 - 1127 - Keine neuen Kohlekraftwerke
 - 1128 - Konsequente Förderung privater und genossenschaftlicher Investitionen in erneuerbare Energien
 1129 – hier auch die Verstromung von Biogas aus Biomüll
 - 1130 - Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden
 - 1131 - Einführung eines Sozialtarifs für Strom und Gas
- 1132 Land- und Forstwirtschaft spielen in Rheinland-Pfalz u.a. auch eine Rolle beim Erhalt der Kulturlandschaft.
 1133 Aber Land- und Forstwirtschaft müssen auch auskömmlich sein. Die LINKE setzt sich ein für die:
- 1134 - Förderung von Betrieben und Genossenschaften des Biolandbaus
 - 1135 - Förderung der regionalen Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse z.B. durch
 1136 Genossenschaften
 - 1137 - Förderung einer regionalen nachhaltigen Landwirtschaft und einer artgerechten Tierhaltung.
 - 1138 - Förderung der Züchtung und Haltung von gefährdeten Nutz- und Haustierrassen, sowie „alter“
 1139 Obst- und Gemüsesorten
- 1140 Darüber hinaus sind regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern und eine dezentrale Produktionsweise zu
 1141 unterstützen.
- 1142 DIE LINKE setzt sich dafür ein,
- 1143 - dass den Beschäftigten in der Landwirtschaft ein ausreichendes Einkommen garantiert wird,
 - 1144 - dass Tiertransporte so weit wie möglich eingeschränkt werden,
 - 1145 - dass faire Milchpreise für die Erzeuger durchgesetzt werden,
 - 1146 - dass eine nachhaltige und ökologische Bewirtschaftung des Forstes ohne Personalabbau in den
 1147 Forstbehörden gefördert wird und
 - 1148 - dass bodenschonende Abbaumethoden angewendet werden.

1149 Nur so kann hohe Qualität landwirtschaftlicher Güter garantiert und kommenden Generationen eine
1150 intakte Umwelt übergeben werden.

1151 Zu einer intakten Umwelt gehören außerdem die Wald- und Wiesenflächen in Rheinland-Pfalz. Da die
1152 rheinland-pfälzische Landesfläche zu 42 Prozent mit Wald bedeckt ist, muss auch dieser vor einseitigen
1153 ökonomischen Interessen und weiteren großflächigen Versiegelungen geschützt werden. DIE LINKE wird
1154 sich für den Schutz, den Erhalt und für eine naturnahe und nachhaltige Bewirtschaftung der großen
1155 heimischen Wälder einsetzen. Soonwald, Pfälzer Wald und Westerwald gehören zur rheinland-pfälzischen
1156 Kulturlandschaft und sind von enormer Bedeutung für viele heimische Tiere und Pflanzen.

1157

1158 Tierschutz: Für Verbandsklagerecht, gegen Tierversuche

1159 Die Gestaltung des ländlichen Raums, die Förderung von Regional- und Kreislaufwirtschaft, würdige
1160 Arbeitsbedingungen, ökologischer Landbau und der nachhaltige Schutz von Wild-, Nutz- und Haustieren
1161 muss durch eine Änderung im Werte- und Rechtssystem erreicht werden. Dies bedingt vor allem eine
1162 Umkehr der bisherigen Subventionspolitik hin zur Förderung artgerechter Tierhaltung.

1163 DIE LINKE setzt sich für das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine ein. Nur mit diesem
1164 Recht kann gegen Tierschutzverstöße auch aufgrund wirtschaftlicher oder wissenschaftlicher Interessen
1165 mit der Aussicht auf Erfolg geklagt werden. DIE LINKE bringt einen entsprechenden Antrag in den Landtag
1166 ein.

1167

1168 Finanzen und Steuern

1169 Für eine gerechte Finanzpolitik mit Zukunft: Einnahmen erhöhen statt Ausgaben kürzen

1170 DIE LINKE will eine solide Finanzpolitik. Allerdings werden wir eine weitere Staatsverschuldung nicht
1171 aufhalten können, wenn Bund, Land und Kommune in der Krise sparen und somit die Binnenwirtschaft
1172 abwürgen. Die Krise der öffentlichen Finanzen ist hausgemacht, die öffentlichen Kassen wurden durch
1173 Steuergeschenke geplündert und das Gemeinwesen durch fehlende öffentliche Investitionen und
1174 Umverteilung von unten nach oben geschwächt.

1175 Die Etats der Länder sind im Durchschnitt zu einem hohen Prozentanteil durch Schuldendienst und
1176 Finanzausgleich bestimmt. Alle anderen Parteien versuchen daher erfolglos, Staatsverschuldung durch
1177 Privatisierung und Kürzungen im Sozialbereich abzubauen. Die wichtigen Einnahmequellen für Länder,
1178 wie die im internationalen Vergleich viel zu geringe Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie die
1179 Einkommens- und Unternehmenssteuern, wurden jedoch systematisch geschwächt.

1180 Wir gehen einen anderen Weg: DIE LINKE will eine Erhöhung der Einnahmen statt Kürzung der Ausgaben
1181 und Investitionen. Daher fordern wir eine Bundratsinitiative für die höhere Besteuerung großer
1182 Einkommen, Erbschaften und Vermögen. Eine Steuer von fünf Prozent auf Vermögen über eine Million
1183 Euro brächte 3,5 Milliarden Euro jährlicher Einnahmen für Rheinland-Pfalz. Wir wollen den
1184 Spitzensteuersatz wieder auf 53 Prozent wie unter der Regierung Kohl anheben - jedoch bei deutlicher
1185 Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen. Damit die Kommunen ihre Aufgaben wieder wahrnehmen
1186 können, fordern wir die Einführung einer Gemeindefinanzsteuer. Um die Spekulationen an den
1187 Finanzmärkten zu unterbinden und Finanzhaie zur Kasse zu bitten, muss eine Börsenumsatz- sowie eine
1188 Finanztransaktionssteuer eingeführt werden.

1189 Solange das Land Rheinland-Pfalz nicht über solide Einnahmen für die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben
1190 verfügt, sprechen wir uns für die Aufnahme weiterer Kredite aus, um Investitionen zu tätigen und die
1191 Wirtschaft zu stabilisieren. Einer kurzfristigen höheren Verschuldung der öffentlichen Hand wird mittel-
1192 und langfristig durch die von uns geforderten Veränderungen bei den Steuergesetzen entgegengewirkt.
1193 Kürzungen in den Bereichen Soziales und Umwelt wird es mit uns nicht geben, ebenso wenig den Abbau
1194 öffentlicher Infrastruktur oder Personalabbau im öffentlichen Dienst. Grundlage unserer Finanzpolitik ist
1195 die bedingungslose Ablehnung der Privatisierung öffentlichen Eigentums. Wenn der Finanzminister
1196 „Sparen“ sagt, dann meint er Kürzen. Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben sind ein Irrweg, den es
1197 zu stoppen und umzukehren gilt.

1198 Die staatlichen Handlungsmöglichkeiten werden aber nicht von der „Großen Koalition des Sozialabbaus“
1199 aller anderen Parteien auf der Bundesebene, sondern auch konkret in Rheinland-Pfalz selbst
1200 eingeschränkt. So gibt es Initiativen der Landesregierung, die sogenannte Jagdsteuer abzuschaffen.
1201 Gerade die Jagdsteuer ist eine Steuererhebung, die überwiegend wohlhabendere Bürger trifft und den
1202 Kommunen zu Gute kommt. Eine Abschaffung dieser Steuer würde erheblich in die Autonomie der
1203 kommunalen Selbstverwaltung eingreifen und wiederum nur Reiche bevorzugen.

1204 Die von Bund und den Ländern beschlossene Schuldenbremse ist eine Wachstumsbremse.

1205 Daher fordert DIE LINKE:

- 1206 - die Stabilisierung und Regulierung der Finanzpolitik,
- 1207 - eine Erhöhung der Einnahmen statt einer Kürzung der Ausgaben und Investitionen,
- 1208 - Privatisierung stoppen und Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge kontrollieren und
- 1209 rekommunalisieren,
- 1210 - eine Bundesratsinitiative für die höhere Besteuerung großer Einkommen, Erbschaften und
- 1211 Vermögen,
- 1212 - eine Börsenumsatz- sowie eine Finanztransaktionssteuer,
- 1213 - dass alle deutschen Staatsangehörigen unbeschränkt steuerpflichtig sind – gleich in welchem
- 1214 Staat sie leben,
- 1215 - Beibehaltung der Jagdsteuer,
- 1216 - die Schuldenbremse abzuschaffen und endlich durch eine sozial und wirtschaftspolitisch
- 1217 verantwortungsvolle Steuerpolitik die Einnahmen zu erhöhen, um in Arbeit, Bildung und
- 1218 öffentliche Infrastruktur zu investieren,
- 1219
- 1220 Kurzfristige Maßnahmen für Rheinland-Pfalz
- 1221 Obwohl die Richtlinienkompetenz in der Finanzpolitik beim Bund liegt, können auch kurz- bis mittelfristig
- 1222 erste Maßnahmen auf Landesebene ergriffen werden. Der Personalbestand der Finanzbehörden liegt
- 1223 deutlich unter ihrem Bedarf. So kommt es zu einem ungleichmäßigen Vollzug der Steuergesetze, der sich
- 1224 auch in einem deutlichen Nord-Süd-Gefälle zwischen den Bundesländern ausdrückt. Das ist
- 1225 verfassungswidrig. Ein zusätzlicher Betriebsprüfer bringt dem Fiskus im Durchschnitt eine Million Euro
- 1226 jährlich. DIE LINKE fordert deshalb die Personalausgaben der Länder für die Steuerverwaltung beim
- 1227 Länderfinanzausgleich besonders zu berücksichtigen. Das soll sicherstellen, dass Länder mit besserer
- 1228 Personalausstattung nicht auch noch für ihr Bemühen um Mehreinnahmen und um eine wirksamere
- 1229 Durchsetzung der Steuergesetze bestraft werden. Dazu muss die Ausstattung der Betriebsprüfung
- 1230 personell und technisch verbessert werden.
- 1231 Unsere Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben sich in der Krise im Unterschied zu privaten
- 1232 Banken und Landesbanken mit ihrem soliden regionalen Geschäftsmodell behauptet. Vertikale Fusionen
- 1233 im Bereich des staatlichen Bankensektors lehnen wir ab. DIE LINKE will Geschäfts- und Landesbanken
- 1234 über der kommunalen Ebene langfristig in Regional-Sparkassen überführen, die sich auf ihre Kernfunktion
- 1235 beschränken und größere Investitionsvorhaben finanzieren. Die Kernfunktionen sind Zahlungsverkehr,
- 1236 Einlagensicherung und Finanzierung sinnvoller Investitionen der realen Wirtschaft. Auf diese Weise kann
- 1237 eine auf regionale Erfordernisse und insbesondere kleine und mittelständische Firmen ausgerichtete
- 1238 Innovations- und Strukturpolitik betrieben werden.
- 1239 Wir wenden uns gegen alle Versuche, die Sparkassen zu privatisieren. Die Sparkassen müssen darauf
- 1240 verpflichtet werden, jedem Bürger ein kostenloses Girokonto zur Verfügung zu stellen. Derzeit bekommen

- 1241 ausgerechnet die Ärmsten kein Girokonto, und wenn doch, belasten die Kontoführungsgebühren ihren
1242 Geldbeutel.
- 1243 DIE LINKE fordert daher:
- 1244 - bessere personelle und technische Ausstattung der Betriebsprüfung,
 - 1245 - keine vertikalen Fusionen im staatlichen Bankensektor,
 - 1246 - langfristig die Überführung von Landes- und Geschäftsbanken in Regional-Sparkassen,
 - 1247 - keine Privatisierung der Sparkassen,
 - 1248 - kostenlose Girokonten für alle Bürger*innen,
 - 1249 - Investitionen in Bildung, Umwelt oder technologische Innovationen.
- 1250
- 1251 Kommunen in Not – Gemeindefinanzreform dringend notwendig
- 1252 Die Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz zerfällt zusehends, denn die Schuldenbremse in der
1253 derzeitigen Form stranguliert das Land. Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Straßen und Brücken
1254 sind teilweise in einem miserablen Zustand. Deshalb wollen wir mit einem landesweiten
1255 Investitionsprogramm gegensteuern. Daher lehnen wir die sogenannte Schuldenbremse ab, die dafür
1256 keinerlei Spielräume eröffnet. Auch der Investitionsstau, den wir in Form einer maroden Infrastruktur
1257 auf kommende Generationen übertragen, wird von unseren Kindern bezahlt werden müssen. Jede
1258 Investition, die heute unter dem Diktat der „schwarzen Null“ und durch Schuldenbremsen verhindert
1259 wird, wird sich morgen auf der Schuldenseite wiederfinden, nur noch teurer. Weder der Kommunale
1260 Entschuldungsfonds noch wirkungslose Reformversuche des Kommunalen Finanzausgleichs haben den
1261 Städten, Kreisen und Gemeinden die vom Land versprochene Entlastung gebracht.
- 1262 Seit 2004 ist das strikte Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, bezahlt“ in der Verfassung des Landes
1263 Rheinland-Pfalz verankert. Dies bedeutet, dass den Kommunen übertragene Pflichtaufgaben
1264 auskömmlich gegenfinanziert sein müssen. Von der Aufgabenübertragung haben Bund und Land
1265 ausgiebig Gebrauch gemacht, nicht jedoch von der Übertragung der entsprechenden finanziellen Mittel.
1266 Das ist fortgesetzter Verfassungsbruch und ein seit Jahrzehnten anhaltender politischer Skandal, der
1267 nur durch einen Politikwechsel beendet werden kann. Dafür steht DIE LINKE.
- 1268 Besonders dramatisch ist die Schuldenlast der Kommunen in den Landesteilen, die mit hoher
1269 Arbeitslosigkeit und Strukturproblemen zu kämpfen haben und viele Menschen auf Sozialleistungen
1270 angewiesen sind. So verwundert es nicht, dass durchschnittlich 80 Prozent der kommunalen Schulden
1271 aus den Defiziten der Sozialhaushalte stammen, die über Liquiditätskredite finanziert werden müssen.
- 1272 Die Schuldenlast der Kommunen in Rheinland-Pfalz ist aber nicht nur ein finanzielles Problem, sondern
1273 gefährdet die Demokratie. In Artikel 28 des Grundgesetzes ist die kommunale Selbstverwaltung als
1274 eines der höchsten Güter des föderalen Rechtsstaats verankert: Städte und Gemeinden entscheiden
1275 über ihre Angelegenheiten selbst und unabhängig. In den Schuldenhochburgen des Landes tendiert die
1276 kommunale Selbstverwaltung jedoch gegen Null: Schwimmbäder und Bibliotheken werden geschlossen,

1277 die Infrastruktur verrottet, Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge werden ausgedünnt und für die
1278 steigende Zahl armer Menschen in Rheinland-Pfalz ist erst Recht kein Geld da! Es regiert die Not, nicht
1279 der politische Gestaltungswille. Für das eigene politische Versagen und die ungedeckten Kosten des
1280 Arbeitsplatzabbaus in der Wirtschaft hält man sich selbst bei den schwächsten Gliedern in der Kette
1281 schadlos, während Konzerne, Reiche und Besserverdienende nur völlig unangemessen zur Finanzierung
1282 des Sozialstaats herangezogen werden. Die Ungleichheit wächst, Vermögen konzentriert sich in immer
1283 weniger Händen, Gewinne werden privatisiert und Kosten sozialisiert. Das ist eine Politik gegen die
1284 Mehrheit.

1285 DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die Kommunen durch ein Gemeindefinanzierungsgesetz
1286 unabhängig von der aktuellen Wirtschaftsentwicklung mit dem notwendigen Geld ausgestattet werden -
1287 so, wie es unsere Landesverfassung vorschreibt. Selbstverwaltung und öffentliche Daseinsvorsorge sind
1288 Bestandteil unserer Verfassung und unter Beachtung des Konnexitätsprinzips zu finanzieren. Wir
1289 unterstützen deshalb die Klagen der Kommunen gegen das Land, die die Umsetzung erzwingen soll.
1290 Gefragt ist jedoch ebenfalls der Bund, denn insbesondere die Sozialgesetzgebung ist
1291 Bundesangelegenheit. Die Bundesregierung kann sich deshalb nicht aus der Verantwortung stehlen und
1292 auf die formale Zuständigkeit der Länder verweisen. Über kommunale Entschuldungsmodelle wird seit
1293 Jahren diskutiert, werden Bündnisse geschmiedet und Resolutionen verfasst. Die Menschen im Land
1294 haben davon endgültig genug und wollen eine tatsächliche Verbesserung ihrer Lebensumstände
1295 erfahren. Aber offensichtlich haben einige den Schuss immer noch nicht gehört: Wenn wir Demokratie
1296 und Rechtsstaat nicht endgültig den rechten Demagogen zum Fraß vorwerfen wollen, dann müssen nun
1297 endlich Lösungen auf den Tisch!

1298 DIE LINKE Rheinland-Pfalz setzt sich deshalb für einen Schuldenschnitt in den kommunalen
1299 Sozialhaushalten ein. Dies bedeutet konkret, dass die Schuldenstände der Kommunen zu einem
1300 festzulegenden Stichtag komplett und ohne Eigenfinanzierungsanteil abgelöst werden. Dazu wird ein
1301 gemeinsamer Fonds des Bundes und der Länder eingerichtet. Die jeweiligen Finanzierungsanteile der
1302 Geldgeber richten sich nach dem Verursacherprinzip. Dafür ist eine genaue Analyse der
1303 Schuldenentwicklung notwendig. Was gar nicht geht, ist eine Neuauflage des rheinlandpfälzischen
1304 Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF) unter anderem Namen. Dieses Instrument ist erkennbar
1305 gescheitert. Die Kommunalverschuldung ist seit der Einführung 2012 nicht gesunken, sondern weiter
1306 dramatisch angestiegen. Durch die Festlegung eines Eigenfinanzierungsanteils von einem Drittel
1307 wurden die Kommunen weiter stranguliert und in ihrer dringend notwendigen Investitionstätigkeit
1308 behindert. Darüber hinaus wurde die grundsätzliche Problematik nicht ausreichender Zuweisungen zur
1309 Erfüllung sozialer Pflichtaufgaben nicht gelöst, denn in jedem Jahr bauten sich weitere Defizite im
1310 Sozialhaushalt der Städte und Gemeinden auf.

1311 Im Schuldenschnittmodell der LINKEN ausgenommen bleiben Verbindlichkeiten, die nicht auf staatlich
1312 übertragenen Pflichtaufgaben beruhen. Konkret: Haben sich vor Ort die politisch Verantwortlichen
1313 „Denkmäler“ auf Kosten der Allgemeinheit gesetzt, kann nicht erwartet werden, dass Bund und Land
1314 dafür die Schuldentilgung übernehmen. Diese Schulden müssen durch eigene Einnahmen der
1315 Kommunen bzw. durch Sparmaßnahmen abgetragen werden, die natürlich sozial verträglich gestaltet
1316 und nicht zu Lasten der Bürger*innen gehen dürfen. Grundvoraussetzung für eine nachhaltige
1317 Entschuldung der Kommunen ist selbstverständlich, dass zukünftig alle Pflichtaufgaben vollständig
1318 durch Land und Bund nach dem Konnexitätsprinzip gegenfinanziert sind. Und es gilt für DIE LINKE
1319 unabdingbar der Gleichheitsgrundsatz und eine gerechte Behandlung aller: Dieser „Schutzschirm“ für
1320 Kommunen gilt für jedes Dorf und jede Stadt bundesweit, niemand bleibt im Regen stehen! Gerade die

1321 neusten Vorschläge des Bundesfinanzministeriums sind abenteuerlich: Eine Entschuldung lediglich für
1322 die 2500 rechnerisch am höchsten verschuldeten Kommunen ist weder mit dem Gleichheitsgrundsatz
1323 des Grundgesetzes vereinbar noch fair oder nachhaltig. Völlig außer Acht bleiben in diesem Modell die
1324 Ursachen der Verschuldung und die Tatsache, dass auch weniger verschuldete Kommunen in der Regel
1325 nur deshalb verschuldet sind, weil ihnen Pflichtaufgaben übertragen wurden. Diese und die daraus
1326 entstandenen Verbindlichkeiten sind zu finanzieren, weil es das Grundgesetz der Bundesrepublik
1327 Deutschland und die Landesverfassung vorschreiben. Gerechtigkeit ist nicht verhandelbar.

1328 Um die Einnahmeseite des Landes und der Kommunen zu stärken, muss Reichtum stärker besteuert
1329 werden. Wir brauchen einen deutlich höheren Spitzensteuersatz, die Wiedereinführung der
1330 Vermögensteuer und eine Erbschaftsbesteuerung, die ihren Namen verdient. Kapitalerträge müssen
1331 wieder mit dem individuellen Steuersatz belegt werden. Dafür sind entsprechende Bundesratsinitiativen
1332 notwendig. Das Land selbst muss endlich mehr Steuerprüfer*innen einstellen und dadurch
1333 gewährleisten, dass die seit Jahren bestehende Lücke zwischen Steuerveranlagung und realen
1334 Steuereinnahmen geschlossen wird.

1335 Die teure, aber kontraproduktive Konkurrenz der Kommunen um Gewerbeansiedlungen und das Werben
1336 um die Niederlassung reicher Steuerbürger*innen muss aufhören. Diese über die Hebesätze der
1337 Kommunalsteuern und künstlich verbilligte Gewerbeimmobilien ausgetragene Konkurrenz führt häufig
1338 zur Entstehung sogenannter „Speckgürtel“ außerhalb der Regionalzentren. Wir schlagen einen
1339 horizontalen, interkommunalen Finanzausgleich vor, landesgesetzlich gerechter gestaltete und
1340 angegliche Hebesätze für die Kommunalsteuern sowie staatliche Preiskontrollen für die Bereitstellung
1341 kommunaler Flächen als gewerbliche Immobilien auf der Basis realer Erschließungskosten.
1342 Steuerdumping auf Kosten anderer Kommunen ist ein grundsätzlich falscher Weg, denn er führt zu
1343 einem ruinösen Konkurrenzkampf zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften. Die Gewerbe- und
1344 Grundsteuer unterliegen der kommunalen Selbstverwaltung und gehören zu den wichtigsten
1345 Einnahmequellen der Städte und Kreise. Es spricht nichts dagegen und ist eine Frage der sozialen
1346 Gerechtigkeit, wenn Gewerbetreibende und Hausbesitzer angemessen an der Finanzierung des
1347 Gemeinwesens beteiligt werden. Die Hebesätze sollten sich an den Durchschnittswerten orientieren.
1348 Jede Abweichung von diesem Prinzip führt zur Entsolidarisierung und politischen Zerrsplitterung der
1349 kommunalen Landschaft.

1350 Die erpresserischen Methoden der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) und des
1351 Landesrechnungshofs, mit denen Kommunen gezwungen werden sollen, zwecks Schuldenabbau die
1352 Umlagen und die Hebesätze der Grundsteuer und Gewerbesteuer exorbitant zu erhöhen, müssen
1353 umgehend eingestellt werden. Unverhohlen wurde im Jahr 2019 verschiedenen Kommunen und dem
1354 Bezirksverband Pfalz damit gedroht, die Genehmigung der Kommunalhaushalte zu verweigern, falls
1355 Hebesätze bzw. die Verbandsumlage des Bezirksverbandes nicht drastisch erhöht würden. In Worms
1356 wurde der Oberbürgermeister von der Kommunalaufsicht genötigt, einen demokratisch gefassten
1357 Beschluss des Stadtrates aufzuheben und gegen den erklärten Willen der gewählten
1358 Mandatsträger*innen eine Erhöhung der Grundsteuer durchzusetzen. Nach dem Willen des
1359 Landesrechnungshofs sollte eine Erhöhung der Verbandsumlage um 6 Millionen Euro im Bezirkstag
1360 durchgedrückt werden, nicht etwa um Defizite bei den kommunalen Aufgaben zu decken, die es nicht
1361 gibt, sondern zum Ausgleich der Pensionsrückstellungen für Landesbeamte, für die sich die
1362 Landesregierung beharrlich weigert, aufzukommen. Dem Wormser Oberbürgermeister wurde bei
1363 Zuwiderhandlung die persönliche Haftung angedroht, dem Bezirksverband Pfalz die Auflösung als
1364 Ausweg angeboten.

1365 DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:

- 1366 - ein Gemeindefinanzierungsgesetz, das eine bedarfsgerechte Finanzierung der Kommunen
1367 gewährleistet, wie es die rheinland-pfälzische Verfassung vorschreibt.
- 1368 - einen Schuldenschnitt für die kommunalen Sozialhaushalte und Verbindlichkeiten aus
1369 Pflichtaufgaben durch Bund und Land. Ab sofort gilt „Wer bestellt, bezahlt“, d.h. kostendeckende
1370 Gegenfinanzierung aller übertragenen Pflichtaufgaben der Kommunen.
- 1371 - einen horizontalen, interkommunalen Finanzausgleich, landesgesetzlich gerechter gestaltete und
1372 angegliche Hebesätze für die Kommunalsteuern sowie staatliche Preiskontrollen für die
1373 Bereitstellung kommunaler Flächen.
- 1374 - eine Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz zur Abschaffung der Schuldenbremse
- 1375 - die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage auf Bundesebene
- 1376 - eine kommunale Investitionspauschale des Bundes für überschuldete und strukturschwache
1377 Kommunen
- 1378 - eine deutliche Erhöhung des kommunalen Anteils an den Gemeinschaftssteuern
- 1379 - den Ausbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer
- 1380 - deutlich mehr Steuerprüfer*innen auf Landesebene und die jährliche Prüfung aller
1381 steuerpflichtigen Unternehmen. Restriktive Eintreibung von Steuerrückständen, restriktive
1382 strafrechtliche Verfolgung von Steuerhinterziehung
- 1383 - die kommunale Trägerschaft der Sparkassen zu erhalten und demokratische Kontrollinstrumente
1384 auszubauen. Es muss darauf hingewirkt werden, dass sich öffentlich-rechtliche Kreditinstitute
1385 wieder verstärkt ihrem Kerngeschäft, der Kreditierung der lokalen Wirtschaft und der
1386 Kleinanleger, widmen. Insbesondere die Dispozinsen müssen deshalb flächendeckend gesenkt
1387 und langfristig gedeckelt werden. Dies dient auch dem Verbraucherschutz und dämmt den
1388 Anstieg der Verschuldung von Privathaushalten ein.
- 1389

1390 Kinder, Jugend, Bildung und Wissenschaft

1391 Jugend als eigenständige Lebensphase anerkennen

1392 Unter der neoliberalen Beschleunigung des Alltags, die sich in zunehmendem Stress, Leistungsdruck und
1393 fremdbestimmter Arbeitsbelastung äußert, leiden Jugendliche besonders. Die für die
1394 Persönlichkeitsentwicklung so wichtige Jugendzeit zwischen Kindheit und Erwachsensein wird immer
1395 stärker verdichtet und verkürzt. Nicht nur der Leistungsdruck in der Schule, sondern auch die durch
1396 Massenmedien vermittelten Leistungsansprüche an junge Menschen schüren Zukunfts- und
1397 Versagensängste und fördern eine unsolidarische Ellenbogenkultur.

1398 - Die LINKE setzt sich für eine eigenständige Jugendpolitik ein, die der Situation junger Menschen
1399 sowohl im Alltag als auch in Schule und Beruf entspricht. Bildung ist mehr als Schule.

1400 - Wir fordern im Rahmen von „Eine Schule für Alle“ die gesetzlich verankerte Ganztagschule für
1401 alle Schüler*innen, die zusätzlich Kultur- und Sportangebote, kreative Freizeitgestaltung sowie
1402 qualifizierte pädagogische Betreuung bei der Vertiefung von Lernzielen (Hausaufgabenhilfe)
1403 anbietet. In diesem Rahmen muss Jugendlichen Verantwortung übertragen werden, damit sie den
1404 souveränen Umgang mit Entscheidungen nicht nur für ihr späteres Leben erlernen, sondern
1405 schon frühzeitig praktizieren.

1406 Viele junge Menschen haben bereits großes Interesse daran, ihr direktes Lebensumfeld aktiv
1407 mitzugestalten. Jedoch haben sie nur wenig Möglichkeiten, sich aktiv an politischen
1408 Entscheidungsprozessen sowie am allgemeinen politischen und kulturellen Leben zu beteiligen. Damit
1409 Jugendliche mehr mitbestimmen können:

1410 - setzen wir uns ein für die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre und

1411 - die Einführung flächendeckender Jugendbeiräte sowie mehr Befugnisse für
1412 Schüler*innenvertretungen durch Änderungen im Schulgesetz.

1413 Jugendlichen müssen auch jenseits der Schule Kultur-, Sport- und Freizeitangebote zur Selbstentfaltung
1414 und Selbstfindung bereitgestellt werden, das ist eine öffentliche Aufgabe. Wir sprechen uns entschieden
1415 gegen jede Form von Kürzungen im Jugend-, Kultur- und Bildungsbereich aus.

1416 DIE LINKE setzt sich auch für eine Reform im Jugendstrafvollzug ein. Die Rückfallquote bei jugendlichen
1417 Straftätern kann durch gezielte Maßnahmen verringert werden.

1418 Wir setzen uns ein für:

1419 - ein Programm für Schulabbrecher*innen (59% im Strafvollzug ohne Abschluss, 9,9% in der
1420 Gesamtpopulation) zum Erwerb eines Schulabschlusses

1421 - das Verbot der Abschiebung von jugendlichen Straffälligen.

1422 - eine qualifizierte und engagierte Nachsorge (mehr als die Hälfte wird in den ersten beiden Jahren
1423 rückfällig. Durch die zusätzliche Einstellung von Streetworkern könnte dem entgegen gewirkt
1424 werden.

- 1425 - Evaluation von Maßnahmen im Strafvollzug gemäß dem BVG-Urteil vom 30.Mai 2006.
- 1426 Jedes Kind vor Armut schützen
- 1427 Mehr als jedes fünfte Kind in Rheinland-Pfalz ist von Armut betroffen. Dies hat sich in den letzten zehn
1428 Jahren sogar noch verschlimmert. Waren es im Jahr 2008 noch 18,2 Prozent der Kinder und Jugendlichen
1429 unter 18 Jahren von Armut bedroht, ist die Zahl im Jahr 2018 schon auf 20,8 Prozent gestiegen.
- 1430 Besonders betroffen von Armut sind Alleinerziehende. In Rheinland-Pfalz waren im Jahr 2018 mit 46,9 %
1431 fast die Hälfte aller Alleinerziehenden-Haushalte von Armut betroffen. Hinter Mecklenburg-Vorpommern
1432 und Sachsen-Anhalt war Rheinland-Pfalz damit an dritter Stelle der Länder, in denen die meisten
1433 Alleinerziehenden von Armut betroffen sind.
- 1434 Armut hat ganz konkrete Auswirkungen auf das Leben von Kindern. Ob Kinobesuche, gesunde Ernährung,
1435 ein Musikinstrument, gute Schuhe, der Schwimmbadbesuch oder anderes, es ist viel, auf was sie
1436 dauerhaft verzichten müssen. Sie haben schlechtere Chancen auf Bildung und eine gute Zukunft. Die
1437 Chancen, dass sie eine Hochschule besuchen werden, sind um ein Vielfaches geringer. Arme Kinder
1438 werden oftmals die armen Jugendlichen von Morgen und die armen Eltern von Übermorgen. Dieser
1439 Kreislauf muss dringend durchbrochen werden.
- 1440 Durch die Corona-Krise hat sich die soziale und finanzielle Situation vieler Familien und ihrer Kinder
1441 verschlechtert. Wir wollen dem mit einem Ausbau des Sozialstaats und der sozialen Infrastruktur
1442 entgegenwirken. Die Vertiefung der sozialen Spaltung in Deutschland wollen wir verhindern und die
1443 soziale Ungleichheit bekämpfen.
- 1444 DIE LINKE. Rheinland-Pfalz kämpft für eine Kindergrundsicherung, die alle Kinder wirksam vor Armut
1445 schützt. Wir wollen die soziale Infrastruktur ausbauen und kostenlos ausgestalten, um allen Kindern
1446 gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Öffentlicher Nahverkehr, Kinder- und
1447 Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken und vieles mehr müssen flächendeckend auch
1448 im ländlichen Raum vorhanden sein. Sie müssen erreichbar, barrierefrei und für Kinder und Jugendliche
1449 kostenlos zur Verfügung stehen.
- 1450
- 1451 Ausbau und Verbesserung der Kinderbetreuung
- 1452 Gute Kinderbetreuung entlastet Familien, fördert die Entwicklung von Sozialkompetenz und bereitet den
1453 Eintritt ins Schulleben vor. Kinder brauchen hier ein sicheres Umfeld, in dem sie das Zusammenleben
1454 lernen und ihre Erfahrungen und Eindrücke verarbeiten können. Kinderbetreuung muss inklusiv und
1455 wohnortnah gestaltet sein sowie dem sozialen Hintergrund der Familien Rechnung tragen. Die
1456 Bedürfnisse aller Kinder müssen berücksichtigt und erfüllt werden. Die Wege zu Kita und (Grund-)Schule
1457 müssen kurz und sicher sein. Wenn Kinder nicht zu Fuß oder mit dem Rad dorthin kommen können, muss
1458 es einen kostenlosen, freigestellten Transport mit dem ÖPNV geben. Dabei müssen Sicherheitsstandards
1459 wie eine Anschnallpflicht gelten. Kitas können soziale Ungleichheit nicht beseitigen, aber sie sind
1460 entscheidend für die Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder. Gerade die Corona-Krise hat
1461 gezeigt, dass es eine extreme Belastung für Familien ist, wenn die Kinderbetreuung weitgehend
1462 wegbricht. Die Krisenbewältigung wurde privatisiert und die Familien wurden mit den Folgen viel zu lange

- 1463 allein gelassen. Für die kindliche Entwicklung ist es verheerend, wenn Entwicklungsmöglichkeiten und
1464 ein sozialer Bezugsrahmen entfallen.
- 1465 Erzieher*innen leisten wichtige Arbeit. Dabei haben sie neben der unmittelbar pädagogischen Arbeit mit
1466 den Kindern umfangreiche weitere Aufgaben. So sind Dokumentation oder die Vor- und Nachbereitung
1467 pädagogischer Angebote wichtig. Auch anspruchsvolle Leitungsaufgaben müssen bewältigt werden. Hohe
1468 pädagogische Qualität erfordert die Arbeit in multiprofessionellen Teams. Das stellt an die Qualifikation
1469 und an die Zusammenarbeit der Erzieher*innen zusätzliche Ansprüche und erfordert mehr Zeit zur
1470 Koordination und Konzeption der Arbeit. Während die Anforderungen steigen ist Personal knapp. Das
1471 führt zu Stress und Überlastung. Zugleich ist die Bezahlung gering und in vielen Einrichtungen gilt das
1472 kirchliche Arbeitsrecht, das massive Eingriffe in Arbeitnehmer*innenrechte und ins Privatleben zulässt.
- 1473 Die Kinderbetreuung ist unterfinanziert. Das Land gibt Zuschüsse zu den Kosten, ein Großteil muss jedoch
1474 von Kommunen und Trägern gestemmt werden. Viele Einrichtungen stehen damit bei Ausbau und
1475 Instandhaltung von Gebäuden und Anlagen vor erheblichen Schwierigkeiten.
- 1476 DIE LINKE fordert mehr Geld für Kitas und andere Betreuungseinrichtungen. Wir wollen vollständige
1477 Beitragsfreiheit, auch für unter Zweijährige in Horten. Ausbau und Instandhaltung der Einrichtungen
1478 müssen Aufgabe des Landes sein und ausreichend finanziert werden. Träger und überschuldete
1479 Kommunen dürfen damit nicht allein gelassen werden. Das Konnexitätsprinzip muss hier gelten. Auch der
1480 Bund muss sich dauerhaft an der Finanzierung beteiligen.
- 1481 Um mehr Menschen für den Erzieher*innenberuf zu gewinnen und so den Personalmangel zu beheben,
1482 müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Dazu gehört eine angemessene Berücksichtigung
1483 nicht-pädagogischer Tätigkeiten bei der Personalplanung, mehr Gehalt und eine flächendeckende
1484 Tarifbindung.
- 1485 Eine krisensichere Betreuung erfordert kleinere Gruppen, also auch mehr Personal, sowie mehr Räume
1486 und größere Außenflächen. In den kommenden Jahren wollen wir bestehende Kitas dahingehend
1487 ausbauen und neue Kitas in kommunaler Trägerschaft einrichten.
- 1488
- 1489 Bildung ist Zukunft - eine Schule für Alle
- 1490 Bildung ist ein Menschenrecht und die Zukunft unserer Kinder. Die Landesregierung hat bessere
1491 Bildungszugänge versprochen, aber in den letzten 20 Jahren viel zu wenig dafür getan. Das beweisen nicht
1492 zuletzt die Auswertungen des Statistischen Bundesamtes über die Bildungsausgaben der Länder. Und: im
1493 bundesweiten Vergleich belegt das rheinland-pfälzische Bildungssystem regelmäßig hintere Plätze.
- 1494 Deswegen fordert DIE LINKE:
- 1495 - Eine Schule für Alle statt des mehrgliedrigen Schulsystems
- 1496 - Kostenloses und gesundes Schulessen
- 1497 - Lernmittelfreiheit
- 1498 - Kleine Klassen

- 1499 - Kurze Schulwege
- 1500 - Mehr Lehrer*innen
- 1501 - Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeiter*innen an allen Schulen
- 1502 - Mehr Geld für Bildung und Forschung, mindestens in Höhe des Bundesdurchschnitts
- 1503 - Sozial- oder Bürger*innenkunde
- 1504 Das gegliederte rheinland-pfälzische Schulsystem zementiert soziale Ungleichheiten schon im Kindesalter
 1505 und verbaut die Zukunftschancen vieler Kinder. Die Reform des überholten mehrgliedrigen Schulsystems
 1506 hat das derzeitige chaotische Nebeneinander von Gymnasium, Integrierter Gesamtschule, Realschule
 1507 plus, Förderschule sowie diverser privater Bildungseinrichtungen zur Folge.
- 1508 DIE LINKE fordert „Eine Schule für Alle“ nach skandinavischem Vorbild als Regelschule. Weil sie für alle
 1509 Schüler*innen ein hohes Bildungsniveau garantiert, trägt die Gemeinschaftsschule dazu bei,
 1510 Ungleichheiten abzubauen und allen Kindern eine gute Zukunft zu ermöglichen. Unser Schulkonzept sieht
 1511 längeres gemeinsames Lernen vor, bietet verschiedene Abschlüsse an, führt Kinder unterschiedlicher
 1512 sozialer und ethnischer Herkunft zusammen und integriert Menschen mit Behinderung. Wir wollen, dass
 1513 alle Kinder bis zum Abschluss der Sekundarstufe I gemeinsam lernen und Bildung auf dem höchsten
 1514 Niveau für alle kostenlos zugänglich wird.
- 1515 Rheinland-Pfalz gibt im Vergleich der Bundesländer am wenigsten Geld für Bildung aus. Wer an Bildung
 1516 spart, spart an den Zukunftschancen unserer Kinder. DIE LINKE fordert, die Bildungsausgaben deutlich
 1517 zu steigern, um kurzfristig wenigstens das bundesweite Durchschnittsniveau zu erreichen und langfristig
 1518 die Bildungsausgaben am tatsächlichen Bedarf zu orientieren. Wir sprechen uns gegen jede Form von
 1519 Privatisierung und Eliten-Erziehung im Bildungswesen aus.
- 1520 - Sozial- oder Bürger*innenkunde bereits in der Grundschule. Schule soll nicht nur dazu dienen
 1521 Menschen für das Arbeitsleben vorzubereiten, sondern Kinder und Jugendliche zu sozialen, frei
 1522 und kritisch denkenden Bürger*innen zu erziehen. Dafür müssen die entsprechenden Werte und
 1523 Inhalte vermittelt werden.
- 1524 - Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Lehrplänen
- 1525 - Ersatz des konfessionellen Religionsunterrichts durch einen konfessionsübergreifenden Ethik-,
 1526 Religions- und Werteunterricht
- 1527 - DIE LINKE setzt sich für die Schaffung kleiner Klassen und Lerngruppen ein. Das Lehrer-Schüler-
 1528 Verhältnis in Rheinland-Pfalz entspricht nicht den OECD-Standards und liegt im bundesweiten
 1529 Vergleich im unteren Drittel. Wir brauchen deutlich kleinere Klassen und individuelle Förderung,
 1530 um den unterschiedlichen Neigungen, Stärken und Schwächen der Schüler*innen gerecht
 1531 werden zu können.
- 1532 - DIE LINKE setzt sich für eine kostenlose Beförderung für Schüler*innen zwischen Wohnort und
 1533 Schule ein.

- 1534 - Wir fordern mehr Personal an rheinland-pfälzischen Schulen, um mittelfristig internationalen und
1535 nationalen Standards gerecht zu werden. Die Ungleichbehandlung der Lehrkräfte ist
1536 abzuschaffen. Neben den Lehrer*innen soll sozialpädagogisch und psychologisch ausgebildetes
1537 Personal eingesetzt werden.
- 1538 - Alle Jugendlichen müssen dabei unterstützt werden, einen qualifizierten Schulabschluss zu
1539 erreichen. Schulsozialarbeit trägt erheblich dazu bei, Jugendliche zu motivieren und sie zu
1540 befähigen, die Herausforderungen in Schule und Gesellschaft anzunehmen und zu bestehen.
- 1541 - Die Gemeinschaftsschule ist eine Ganztagschule, die den Schüler*innen
1542 Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe sowie kulturelle und sportliche Aktivitäten nach der
1543 Unterrichtsphase anbietet. Ein kostenloses und gesundes Mittagessen für alle ist für uns
1544 selbstverständlich.
- 1545 - Die LINKE setzt sich für die Rücknahme des Kooperationsvertrags ein, den die Landesregierung
1546 für die staatlichen Schulen mit der Bundeswehr geschlossen hat. Schule ist kein Ort für einseitige
1547 Werbemaßnahmen der Bundeswehr, sondern soll jungen Menschen eine umfassende, kritische
1548 und differenzierte Sicht auf die Welt ermöglichen, Möglichkeiten der zivilen, nicht-militärischen
1549 Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung ausdrücklich einbeziehen und den Einsatz
1550 militärischer Mittel kritisch hinterfragen.
- 1551 - Wir treten für die Abschaffung des G8 Gymnasiums ein, weil Geschwindigkeit und Qualität in der
1552 Ausbildung einen Gegensatz darstellen, der für die Schüler*innen nicht zu überwinden ist.
- 1553 Langfristig fordern wir eine bildungspolitische Initiative für Rheinland-Pfalz, die Elternverbände,
1554 Gewerkschaften, Schülervvertretungen und Experten einbezieht.
- 1555 Eine bildungspolitische Initiative sollte zwingend zu einer Demokratisierung der Schulen führen. Eine
1556 Verlagerung von Aufgaben von der Ebene Ministerium/ADD auf die Ebene der Schulen, im
1557 Landesschulgesetz verankert, könnte den Schulen mehr Autonomie geben.
- 1558 - Die Schulleitung einer Schule soll in Zukunft von der Schulgemeinschaft (Lehrer*innen, Eltern
1559 und Schüler*innen) gewählt, anstatt durch Ministerium/ ADD bestimmt werden.
- 1560 - Schulleitungen sollen in Zukunft mit einer Doppelspitze besetzt sein, einer schulpädagogischen
1561 Fachkraft und einer Geschäftsführung für die Verwaltungsaufgaben. Dabei ist darauf zu achten,
1562 dass die pädagogische Leitung weiterhin zeitanteilig im Schulbetrieb als Lehrkraft verbleibt, um
1563 den Kontakt nicht zu verlieren.
- 1564 - Einstellung von Lehrer*innen durch die Schulleitungen.
- 1565 - Angestelltenstatus mit Streikrecht für alle Lehrer*innen.
- 1566 Die rheinland-pfälzische Schullandschaft ist nicht nur durch ein chaotisches Nebeneinander von
1567 unterschiedlichen Schulformen und schlechten Schüler-Lehrer-Relationen gekennzeichnet, sondern
1568 reproduziert und verschärft bestehende soziale Ungleichheiten. Menschen aus sogenannten
1569 bildungsfernen Schichten, mit Behinderung und mit Migrationshintergrund sind davon besonders
1570 betroffen.

1571 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass in rheinland-pfälzischen Schulen für die, über die Integration
1572 hinausgehende, Inklusion die Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit alle Kinder Chancen auf ein
1573 selbstbestimmtes Leben haben.

1574

1575 Ausbildung – wichtiger denn je

1576 Die betriebliche Ausbildung muss verbessert werden, um jungen Menschen einen erfolgreichen Start in
1577 ein gutes und erfülltes Berufsleben zu ermöglichen. Es ist ein Skandal, dass immer mehr Jugendliche ihre
1578 wichtigste Lebensphase in Maßnahmen und Warteschleifen verbringen. Betriebe, die ausbilden können,
1579 aber dies nicht tun, sollen sich zumindest mit einer Ausbildungsplatzumlage an der Finanzierung der
1580 Ausbildung beteiligen. Damit werden vor allem kleinere und mittlere Betriebe entlastet, die ihrer
1581 Verantwortung gerecht werden. Jeder junge Mensch hat ein Recht auf einen Ausbildungsplatz.

1582 - Wir fordern die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage für alle Unternehmen, die nicht
1583 ausbilden.

1584 - Die öffentliche Hand kann durch eine Ausweitung der Ausbildungsplatzangebote im öffentlichen
1585 Bereich mit gutem Beispiel vorangehen.

1586 - Wir kämpfen für die Verankerung des Rechts auf Ausbildung im Grundgesetz und der
1587 Landesverfassung sowie das Recht auf fachbezogene, unbefristete Übernahme für alle
1588 Auszubildenden.

1589 Die Situation in den Berufsschulen in Rheinland-Pfalz ist katastrophal. Mit 6,7 Prozent temporärem
1590 Unterrichtsausfall liegen die beruflichen Schulen weit abgeschlagen auf dem schlechtesten Platz im
1591 gesamten Schulgefüge. Sie sind das Stiefkind in der Schullandschaft.

1592 - Wir fordern die Einstellung von mehr Lehrer*innen. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass in
1593 den beruflichen Schulen wieder mehr Unterricht stattfindet, um eine zeitgemäße und gute
1594 Ausbildung sicherzustellen.

1595

1596 Kinder- und Jugendhilfe stärken und ausbauen

1597 Die Coronakrise hat verdeutlicht, dass gerade in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zu
1598 wenig Personal vorhanden ist. Viele Erzieher*innen fühlten sich überfordert und alleine gelassen. Es fehlte
1599 an Schutzausrüstung oder auch an Beschäftigungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Zudem
1600 mangelt es an Mitteln für die digitale Infrastruktur (u.a. Breitbandverbindung, funktionierendes WLAN)
1601 sowie an Endgeräten. Die Bearbeitung von Schulaufgaben während des Homeschoolings und
1602 Videotelefonate mit Angehörigen sind so fast unmöglich. Es fehlen ausreichend Mittel, um jeden jungen
1603 Menschen bedarfsgerecht zu fördern. Dazu gehören Freizeitangebote, sozial und psychologische
1604 Betreuung und vieles mehr.

1605 Auch die zuständigen Gerichte und Jugendämter sind oft überlastet. Für Richter*innen fehlt es an
1606 entsprechenden Weiterbildungen und das Familiengericht ist für viele kein attraktives Karriereziel.

1607 Dadurch, dass viele Jurist*innen andere Positionen anstreben, wechseln die Richter*innen häufig.
1608 Verfahren ziehen sich so in die Länge. Die Jugendämter sind zugleich mit hohen Fallzahlen konfrontiert.
1609 Das erschwert es, im Einzelfall genau hinzuschauen und trägt zu einer Fluktuation beim Personal bei. Eine
1610 längerfristige verlässliche Begleitung von Familien ist so kaum zu realisieren. Die Corona-Krise hat den
1611 Zugang zu Hilfsangeboten zusätzlich erschwert.

1612 Kinder müssen gestärkt und ihre Rechte besser geschützt werden. Darum tritt DIE LINKE. Rheinland-Pfalz
1613 dafür ein, die Kinderrechte ins Grundgesetz und in die Landesverfassung aufzunehmen. Um die Situation
1614 in der Kinder- und Jugendhilfe zu verbessern wollen wir an vielen Punkten ansetzen: so fordern wir eine
1615 rasche Digitalisierung der Kinder- und Jugendhilfe. Stationäre Einrichtungen brauchen einen
1616 angemessenen Zugang zum Internet sowie Endgeräte, die Homeschooling zulassen. Der Zugang zu
1617 sozialpsychologischen Angeboten muss auch in Krisenzeiten gewährleistet sein. Die Budgets für
1618 Freizeitangebote müssen aufgestockt werden. In den Einrichtungen, aber auch in Jugendämtern und an
1619 Familiengerichten müssen mehr Stellen geschaffen und besetzt werden. Erzieher*innen,
1620 Mitarbeiter*innen der Jugendämter und Richter*innen müssen angemessen weitergebildet und gut
1621 bezahlt werden.

1622

1623 Schule und Wirtschaft

1624 Unter dem Druck von Wirtschaftsverbänden soll Schule immer stärker ökonomischen Zielen dienen.
1625 Bildung ist aber mehr als ökonomische Verwertbarkeit und Vorbereitung auf ein Berufsleben. Bildung
1626 fördert den ganzen Menschen und seine Fähigkeit, sich mit anderen Menschen und seiner Lebensumwelt
1627 auseinander zusetzen, rational begründete Entscheidungen zu treffen und solidarisches Verhalten
1628 einzuüben.

1629 Die LINKE fordert

1630 - die Überarbeitung der für die Schulen verbindlichen „Richtlinien für ökonomische Bildung“ und
1631 der dazugehörigen „Handreichungen“.

1632 - den Einbezug von Vertretern von Sozialverbänden, Gewerkschaften, Kirchen,
1633 Betroffenenverbänden, von Schüler*innen, Lehrer*innen, Elternschaft mindestens im gleichen
1634 Maße, in dem Vertreter*innen von Wirtschaftsverbänden und der Bertelsmann-Stiftung
1635 herangezogen werden.

1636

1637 Studium: Für eine selbst bestimmte Bildung

1638 Gute Wissenschaft, freie Forschung und umfangreiche Bildung sind die Grundlagen für eine erfolgreiche
1639 Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Eine zukunftsorientierte Hochschule muss demokratisch
1640 verfasst und organisiert sein, jedem und jeder offenstehen, Freiheit in Forschung und Lehre garantieren
1641 und von der öffentlichen Hand getragen und finanziert werden. Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind
1642 davon weit entfernt. Überfüllte Hörsäle und baufällige Gebäude, überzogene Mieten für Studierende und
1643 ein unterbezahlter und in der Regel befristet eingestellter wissenschaftlicher Mittelbau, eine
1644 unambitionierte Novelle des Hochschulgesetzes und ein vom Ministerium angeheizter Wettbewerb um

- 1645 Drittmittel legen Zeugnis vom Versagen der Landesregierung ab. Dies zeigt sich auch im bundesweiten
 1646 Vergleich, wo Rheinland-Pfalz bei den „Bildungsausgaben je Einwohner“ im unteren Drittel zu finden ist
 1647 und bei den „laufenden Ausgaben je Studierenden“ sogar auf den letzten Platz abstürzt.
- 1648 DIE LINKE fordert einen sofortigen Richtungswechsel in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik.
- 1649 - Wir fordern integrierte Bachelor-Master-Studiengänge und eine Masterplatzgarantie bei
 1650 erfolgreich absolviertem Bachelor.
- 1651 - Deswegen fordern wir eine Reform des Studiums hin zu mehr Eigenständigkeit und individueller
 1652 Flexibilität.
- 1653 - Dafür ist deutlich mehr Personal für eine bessere Betreuung der Studierenden notwendig.
- 1654 - Wir sprechen uns gegen Eliteförderung und soziale Auslese aus.
- 1655 - Anwesenheitspflichten müssen – außer in begründeten Einzelfällen wie beispielsweise
 1656 Laborpraktika – ebenso verboten werden wie das Offenlegen von Krankheitsbildern in Attesten
 1657 bei mehrmaliger Krankmeldung zu Klausuren
- 1658 Weil wir langfristig eine deutlich höhere Studienquote benötigen und die flexible Verzahnung des
 1659 Hochschulbildungssystems mit der betrieblichen Ausbildung anzustreben ist, muss das Bachelor-Master-
 1660 System weiterentwickelt und an die Erfordernisse einer Lebens- und Arbeitswelt ausgerichtet werden, wo
 1661 Bildung eine bedeutende Rolle für Arbeit, Kultur und Persönlichkeitsentwicklung einnehmen wird.
- 1662 - Damit Erwerbsarbeit neben dem Studium der Vergangenheit angehört, ist ein sozial gerechtes
 1663 BAföG einzuführen.
- 1664 - Die Drittelparität in den Gremien an den Hochschulen muss hergestellt werden.
- 1665 - Ergebnisse und weitere Publikationen aus durch Landesmittel finanzierten Forschungsprojekten
 1666 müssen über Open-Access verfügen
- 1667 - Die Lehre sollte gleichberechtigt neben der Forschung stehen und deutlich aufgewertet werden.
- 1668 DIE LINKE fordert eine demokratische, ausfinanzierte und autonome Hochschule, in der die Lehre
 1669 gleichberechtigt neben der Forschung steht, in der Studierende gleichberechtigt in den Gremien der
 1670 Hochschule vertreten sind.
- 1671 Seit nunmehr 40 Jahren erlebt das deutsche Hochschulsystem eine Verschiebung von der
 1672 Grundfinanzierung zur Drittmittelfinanzierung. DIE LINKE fordert eine Umkehrung dieser Entwicklung.
 1673 Drittmittel dürfen nicht länger zur Finanzierung des Grundbedarfs dienen, sondern der Förderung von
 1674 punktuellen zusätzlichen Aktivitäten wie dem wissenschaftlichen Austausch oder der zeitweiligen
 1675 Freistellung für besondere Aufgaben.
- 1676 Eine Wissenschaftskarriere ist in Deutschland ein steiniger Weg, der für viele in einem fortgeschrittenen
 1677 Lebensalter in einer aussichtslosen beruflichen Situation endet. Familiäre Lebensplanungen und -
 1678 entwürfe bleiben dabei fast vollkommen auf der Strecke. Insbesondere Frauen werden aus diesem Grund
 1679 weithin aus der Wissenschaft ausgeschlossen. Deshalb fordert die LINKE in Rheinland-Pfalz

- 1680 - die Einrichtung unbefristeter Assistent*innenstellen.
- 1681 - eine Frauenquote von 50 Prozent bei Stellenbesetzungen im Hochschulbereich.
- 1682 - Studierendenwerke müssen auch öffentlich verstärkt finanziert werden, um Mensaessen,
1683 Studierendenwohnheime etc. bezahlbar zu halten sowie Hilfefonds für Studierende in Not zu
1684 bewahren und auszubauen.
- 1685

1686 Demokratie und Bürgerrechte

1687 Mehr direkte Demokratie für Rheinland-Pfalz

1688 In der Geschichte unseres Landes gab es ein einziges Volksbegehren und noch nie einen Volksentscheid.
1689 Eine traurige Bilanz einer jahrzehntelang andauernden Verhinderungspolitik gegenüber der direkten
1690 Demokratie.

1691 In der rheinland-pfälzischen Verfassung wurden hierfür schier unüberwindliche Hürden geschaffen. Eine
1692 Volksinitiative muss 30.000 Unterschriften wahlberechtigter Bürger*innen sammeln, nur um den Landtag
1693 zu verpflichten über ein politisches Thema ergebnisoffen zu diskutieren. Will die Initiative ein
1694 Volksbegehren initiieren, so muss sie sogar 300.000 Unterschriften in nur 2 Monaten sammeln. Dies sind
1695 fast dreimal so viele Unterschriften wie Wählerstimmen benötigt würden, damit eine Partei in den Landtag
1696 einziehen kann.

1697 Doch damit noch nicht genug. Selbst wenn es trotz der extremen Hürden zu einem Volksentscheid käme,
1698 so wäre dieser erst bei einer Mindestbeteiligung von 25% der Wahlberechtigten gültig.

1699 DIE LINKE will diese Verhinderung des Bürgerwillens beenden. Deswegen fordern wir:

1700 - Reduzierung der Unterschriften auf 10.000, um als Volksinitiative parlamentarisch anerkannt zu
1701 werden.

1702 - freie Sammlung von 100.000 Unterschriften in 4 Monaten, damit ein Volksbegehren durchgeführt
1703 werden kann.

1704 - Unterschriftsberechtigt soll jede und jeder sein, die/der das 16. Lebensjahr vollendet, und
1705 mindestens für die Dauer von 6 Monaten ihren/seinen 1. Wohnsitz in Rheinland-Pfalz hat.

1706 - ersatzlose Streichung der undemokratischen Beteiligungshürde von 25%.

1707 - das gesamte Verfahren zur Einleitung eines Volksbegehrens muss transparenter und
1708 bürgerfreundlicher gestaltet sein. Die direkte Demokratie soll vom Gesetzgeber gefördert und
1709 nicht behindert werden.

1710

1711 Mehr direkte Demokratie auch in den Kommunen

1712 Die rheinland-pfälzische Gemeinde- und Landkreisordnungen sind durch Misstrauen gegenüber den
1713 Menschen, die Angst vor direkter Bürgerbeteiligung und blindem Vertrauen in die Träger
1714 parlamentarischer Macht bestimmt. Deutlich wird dies in den nahezu unüberwindlichen Hürden für
1715 Bürger*innenbegehren. Demnach müssen bis zu 10 Prozent der Bürger*innen ein Begehren
1716 unterschreiben, ansonsten findet keine Abstimmung statt. Gleichzeitig sind Bürger*innenbegehren
1717 inhaltlich in vielen Punkten begrenzt: Über Geld darf nicht abgestimmt werden, Baupläne sind
1718 ausgenommen. Von der Chance auf direkte Demokratie kann somit keine Rede sein. Eine moderne und
1719 demokratische Bürger*innenbeteiligung in der Kommune sieht anders aus. Deswegen fordert DIE LINKE:

- 1720 - die Absenkung der Unterschriftsquoren auf 4 Prozent der Wahlberechtigten.
- 1721 - die ersatzlose Streichung der Beteiligungshürde von 20 Prozent.
- 1722 - Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide, auch über Finanzen und die Aufstellung,
1723 Änderung und Aufhebung von Bauleitanträgen.
- 1724 - kommunales Wahlrecht für Alle ab 16 Jahren.
- 1725 - Verbindliche Mitspracherechte für Jugendparlamente bei Entscheidungen, die Jugendliche
1726 betreffen.
- 1727 - aktives Wahlrecht ab 12 und passives Wahlrecht ab 14 Jahren für Jugendparlamente, wo nicht
1728 schon weitergehendes Wahlrecht besteht.
- 1729 - kommunales Wahlrecht für alle Mitbürger*innen ausländischer Herkunft, die mindestens 6
1730 Monate ihren Erstwohnsitz in der Kommune haben.
- 1731 - die Wiederherstellung des vollen Konnexitätsprinzips: Die politische Ebene, die Entscheidungen
1732 trifft, muss auch für die Finanzierung sorgen.

1733

1734 Bürgerschaftliches Engagement stärken

1735 Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement trägt unser gesellschaftliches Zusammenleben. Ob
1736 im Verein, der freiwilligen Feuerwehr, beim Technischen Hilfswerk oder der lokalen Initiative in der
1737 Geflüchtetenhilfe: Wir wollen, dass jedes Engagement Anerkennung und Dank erhält. Politische
1738 Entwicklungen der vergangenen Jahre haben bewirkt, dass sich der Staat immer mehr aus seiner
1739 Verantwortung im sozialen Bereich, im Gesundheitssystem und in der Bildung zurückgezogen hat.
1740 Vielerorts wird diese Arbeit nun ehrenamtlich und unbezahlt verrichtet. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz
1741 wendet sich gegen diese Politik und setzt sich dafür ein, dass der Staat in diesen Bereichen wieder mehr
1742 Verantwortung übernimmt. Wir wollen jedes ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement fördern,
1743 das ein vielfältiges, demokratisches, solidarisches und friedliches Miteinander unterstützt und fördert.

1744 Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement in Rheinland-Pfalz stärken und bei der
1745 Nachwuchsgewinnung unterstützen. Dazu wollen wir einen echten Freiwilligenpass, der kostenlose
1746 Nutzung aller öffentlichen Einrichtungen der Bildung, Kultur, Freizeit und des Verkehrs ermöglicht. Die
1747 bestehende Ehrenamtskarte in Rheinland-Pfalz gilt nicht in allen Kommunen, die Vergünstigungen sind zu
1748 gering und unübersichtlich. Wir wollen diesen Flickenteppich beenden und echte Anerkennung für
1749 Engagierte schaffen. Die Förderung von Vereinen und Verbänden muss ausgebaut werden. Wir wollen
1750 eine verlässliche Regelförderung, die den Organisationen Gestaltungsspielräume eröffnet und sinnvolle
1751 Projekte dauerhaft ermöglicht.

1752 Die Corona-Krise hat viele Vereine und Initiativen hart getroffen. Veranstaltungen konnten nicht
1753 stattfinden und Spendeneinnahmen sind ausgefallen. Der Rettungsschirm der Landesregierung greift
1754 nicht für alle Vereine. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz will dafür sorgen, dass alle Vereine in Rheinland-Pfalz

1755 auch nach der Corona-Krise erhalten bleiben. Wir wollen einen Rettungsschirm schaffen, bei dem kein
1756 Verein durchs Raster fällt.

1757

1758 Demokratie braucht Meinungsfreiheit und Vielfalt

1759 Demokratie lebt von lebendiger Diskussion, konstruktivem Diskurs und freiem Meinungs-
1760 Informationsfreiheit in Deutschland ist jedoch durch fortschreitende Kommerzialisierung und eine
1761 anhaltende Medienkonzentration weniger Verleger und Konzerne massiv beeinträchtigt.
1762 Rentabilitätsdruck, Rationalisierungen und die Entfaltung wirtschaftlicher Macht gefährden die Fähigkeit
1763 zu einer unabhängigen Meinungs- und Willensbildung in Presse, Rundfunk und elektronischen Medien.

1764 - DIE LINKE steht für den Erhalt des gebührenfinanzierten Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks und
1765 seine Ausweitung auf digitale Angebotsformen im Internet. Digitale Medien und Plattformen
1766 dürfen nicht nur privaten Anbietern vorbehalten sein

1767 - Öffentlich-rechtliche Medienangebote sind Teil der Öffentlichen Daseinsvorsorge und gehören zu
1768 den Länderaufgaben nach Grundgesetz. Die für den SWR und das ZDF durchzusetzende
1769 „Staatsferne“, ihre Unabhängigkeit von politischen Parteien, von kommerziellen Interessen und
1770 von weltanschaulich bestimmten „Pressure Groups“ und Organisationen darf nicht länger
1771 unterlaufen werden. Die Sender dürfen nicht in die Abhängigkeit von Werbeeinnahmen und
1772 anderer kommerzieller Quellen geraten. Deshalb muss auch die Aushöhlung des öffentlich-
1773 rechtlichen Programmauftrags durch Werbung und sogenanntes Sponsoring beendet werden.

1774 - DIE LINKE fordert eine Reform der Medienregulierung für Rheinland-Pfalz. Dazu zählen eine
1775 demokratische und basisnahe Neugestaltung der Aufsichts- und Verwaltungsgremien des
1776 Rundfunks sowie der Versammlung der Landeszentrale für Medien und Kommunikation und ihrer
1777 Organe.

1778 - Künftig sollen aus Gebührengeldern finanzierte Inhalte auch im Internet jederzeit und dauerhaft
1779 für die Öffentlichkeit verfügbar sein.

1780 - DIE LINKE fordert eine auskömmliche Entlohnung für alle Medienschaffenden, Tarifverträge sind
1781 einzuhalten und gleichermaßen für Festangestellte und freie Mitarbeiter*innen anzuwenden. Alle
1782 Medienanbieter müssen sich an der Berufsausbildung beteiligen.

1783 - DIE LINKE setzt sich für die Medienvielfalt, für eine kritische Öffentlichkeit und für einen
1784 allgemeinen, freien Zugang zu den Medien ein. Deren Nutzung muss unabhängig von Herkunft
1785 und Einkommen erfolgen können. Mitbestimmung durch Redaktionsstatute und öffentlich
1786 tagende Gremien, Bildungsangebote zur Stärkung der Vernetzungs- und Medienkompetenz und
1787 eine Kultur der informationellen Selbstbestimmung sind zentrale Ziele unserer Medienpolitik.

1788 In der digitalen Welt sind die Freiheit des Wissens und der Forschung ebenso wie in der analogen Welt zu
1789 verteidigen. Offene und freie Systeme wie das Internet, Open Source und freie Software, aber auch freie
1790 Medien wie Bürgerfunk, Offene Kanäle und drahtlose Bürgernetze, können als Plattformen zur freien
1791 Selbstorganisation, zur Umgehung von Konzernzwängen und Meinungsmacht genutzt werden. Wir lehnen
1792 Internetsperren durch Zugangsanbieter und staatliche Stellen grundsätzlich ab. Zudem wollen wir dafür

1793 sorgen, dass alle Regionen von Rheinland-Pfalz schnellstmöglich mit finanziell erschwinglichen, schnellen
1794 Online-Zugängen versorgt werden.

1795 DIE LINKE fordert die Einrichtung einer Landesstelle zur anonymen und geschützten Entgegennahme von
1796 sogenannten Whistleblowing-Informationen. Menschen, die illegales Handeln, Missstände oder Gefahren
1797 für Mensch und Umwelt in Unternehmen, Dienststellen oder Organisationen nicht länger schweigend
1798 hinnehmen, sondern aufdecken, müssen unterstützt und wirksam geschützt werden.

1799

1800 Selbstbestimmung statt Überwachungsstaat

1801 Auf öffentlichen Plätzen, im Internet, beim Einkaufen, bei der Arbeit: Beinahe überall und rund um die Uhr
1802 werden wir überwacht. Sicherheitsansprüche des Staates und das Profitstreben der Wirtschaft greifen so
1803 umfassend unsere Freiheit an und schränken jedes Individuum in seiner freien Entfaltung ein. Der
1804 Überblick über die über uns gesammelten und gespeicherten Daten fehlt, obwohl es das Grundrecht auf
1805 informationelle Selbstbestimmung gibt. Jede und jeder muss Kenntnis über die über ihn/ sie erhobenen
1806 Daten haben.

1807 - Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung muss verwirklicht und in die rheinland-
1808 pfälzische Landesverfassung aufgenommen werden.

1809 - DIE LINKE setzt sich für das Verbot aller rein präventiven Überwachungsmaßnahmen ein. Dies
1810 beinhaltet die Forderung nach der sofortigen Löschung aller ohne fundierten Tatverdacht
1811 gesammelten und gespeicherten Datenbestände.

1812 - Überwachung hat am Arbeitsplatz nichts zu suchen. Der Datenschutz für Arbeitnehmer*innen
1813 muss umfassend ausgebaut werden.

1814 - Das Internet wird für unser Leben immer wichtiger. Gerade deshalb setzt sich DIE LINKE dafür
1815 ein, dass die staatliche und kommerzielle Nutzung unserer Nutzungsdaten so weit wie möglich
1816 begrenzt, transparent gemacht und praktikable Widerspruchslösungen inklusive
1817 frühestmöglicher, verbindlicher Lösungsfristen eingeführt werden.

1818

1819 Verhältnismäßigkeit bei der Polizei

1820 Trotz sinkender Zahl von Straftaten und Gewaltverbrechen wird die Polizei immer mehr militärähnlich
1821 aus- und aufgerüstet. Es werden Wasserwerfer und Räumpanzer bestellt und die Kampf- und
1822 Schutzausrüstungen wirken angsteinflößend auf Personen, die bisher wenig oder keinen Kontakt mit der
1823 Staatsgewalt hatten. Pfefferspray wird nicht als reine defensive Waffe eingesetzt, sondern ohne Anlass
1824 auch offensiv und ohne den Mindestabstand zu wahren, Taser werden als „nicht-tödliche
1825 Waffe“ eingesetzt, ohne dass dabei auf körperliche Probleme von betroffenen Personen Rücksicht
1826 genommen wird. Wenn schon Bodycams eingesetzt werden, muss das Videomaterial so wie alle
1827 anderen relevanten Beweismittel auch an Anwälte herausgegeben werden, um eine erfolgreiche
1828 Verteidigung zu ermöglichen. Die Skandale der letzten Jahrzehnte bestätigen unsere Forderung nach
1829 einer von der Polizei unabhängigen Institution, die Polizeigewalt und andere Vorwürfe in Zusammenhang
1830 mit Beamt*innen der Polizei und Justiz untersucht. Dies fordert auch amnesty international und weist

- 1831 hier seit vielen Jahren auf ein demokratiegefährdendes Problem in Deutschland hin. Eine mögliche Form
1832 der Umsetzung ist das in Berlin verabschiedete Landes-Antidiskriminierungsgesetz, welches Menschen
1833 in dem Bundesland vor Diskriminierung, etwa wegen der Herkunft, durch Behörden schützt. Des
1834 Weiteren setzen wir vermehrt auf eine gute und bürger*innennahe Ausbildung, demokratische
1835 Ausbildungsstrukturen und -inhalte und wesentlich mehr Kontaktpolizist*innen. Polizist*innen, die
1836 durch ihre Präsenz im Dorf oder der Stadt mit den Bürger*innen in Kontakt stehen, erarbeiten so eine
1837 neue und vertrauensvoller Beziehung, die beidseitigen Respekt hervorbringen kann. Natürlich müssen
1838 die Beamt*innen angemessen bezahlt und Überstunden abgebaut werden, dafür muss die
1839 Landesregierung endlich das notwendige Geld bereitstellen.
- 1840 Wir lehnen das neue Polizeiaufgabengesetz ab, dass Beamt*innen und normale Bürger*innen mit zwei
1841 verschiedenen Maßen misst und das dazu führen wird, dass sich – aus Angst vor Repression - weniger
1842 Menschen mit politischen Themen auseinander setzen.
- 1843
- 1844 Gleichstellung aller Geschlechter: Für ein gleichberechtigtes Miteinander
- 1845 Frauen werden für gleiche und gleichwertige Arbeit immer noch schlechter bezahlt als Männer. In vielen
1846 Bereichen sind ihre Aufstiegschancen schlechter. Sie leisten darüber hinaus mehr Sorge-, Erziehungs-
1847 und Hausarbeit und erfahren immer noch sexualisierte Gewalt und Übergriffe in der Beziehung, der
1848 Öffentlichkeit oder am Arbeitsplatz. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz kämpft für eine Gesellschaft ohne
1849 geschlechtsspezifische Diskriminierung und Sexismus.
- 1850 DIE LINKE. Rheinland-Pfalz setzt sich für die Abschaffung der ungleichen Bezahlung von Frauen und
1851 Männern ein. Dazu ist es notwendig, dass Berufe, in denen vorwiegend Frauen beschäftigt sind,
1852 gesellschaftlich aufgewertet und besser bezahlt werden. Dazu zählen u.a. Pflege- und
1853 Krankenpflegeberufe, Erzieher*innen und Angestellte im Einzelhandel.
- 1854 Die Corona-Krise hat gezeigt, welche Berufe wirklich wichtig sind, um die Gesellschaft am Laufen zu
1855 halten. In diesen Bereichen sind vor allem Frauen tätig. Sie haben die Hauptlast der Krise getragen. Jetzt
1856 ist es an der Zeit diese Tätigkeiten aufzuwerten und besser zu bezahlen und zwar dauerhaft. Dafür setzt
1857 sich DIE LINKE. Rheinland-Pfalz ein.
- 1858 Gewalt gegen Frauen ist leider immer noch an der Tagesordnung. Die Situation hat sich durch die Corona-
1859 Krise für viele Frauen verschärft. Familien waren wochenlang auf sich alleine gestellt. Die Krise wurde
1860 privatisiert und das hat in vielen Haushalten zu Konflikten und teils zu Gewalt geführt. Der Gewaltschutz
1861 für Frauen und die Frauenhäuser sind seit Jahren in Rheinland-Pfalz unterfinanziert. Es fehlt an Plätzen
1862 und vielerorts an barrierefreien Zugängen. Diese Lage hat sich in der Krise weiter zugespitzt. DIE LINKE.
1863 Rheinland-Pfalz setzt sich für eine bessere Finanzierung der Frauenhäuser und des Gewaltschutzes ein.
1864 Der Zugang zu Gewaltschutzeinrichtungen muss jederzeit und für alle zugänglich sein.
- 1865 Die Anzahl der Kliniken und Praxen, die Schwangerschaftsabbrüche in Rheinland-Pfalz vornehmen, ist in
1866 den vergangenen Jahren dramatisch zurückgegangen. Dies bedeutet eine Einschränkung des
1867 Selbstbestimmungsrechts von Frauen. Ein Grund ist, dass Schwangerschaftsabbrüche kein Teil der
1868 frauenärztlichen Ausbildung sind. Viele Ärzt*innen sind in den Ruhestand gegangen und es fehlt der
1869 Nachwuchs. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz setzt sich für, dass ein flächendeckender Zugang sichergestellt
1870 wird. Wir kämpfen dafür, dass das sogenannte Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche aus dem

- 1871 Strafrechtsgesetzbuch gestrichen wird. Zudem müssen Abbrüche in die Lehrpläne des Landes aufgenommen
1872 werden.
- 1873 Die Situation in der Geburtshilfe hat sich in Rheinland-Pfalz drastisch zugespitzt. Viele Kreißsäle wurden
1874 geschlossen und die Versorgung in vielen ländlichen Regionen ist für werdende Mütter und Familien nicht
1875 mehr sichergestellt, sodass sie kilometerweit zur Entbindung anreisen müssen. Zudem haben sich die
1876 Arbeitsbedingungen von Hebammen und Geburtshelfern verschlechtert. Eine angemessene Begleitung
1877 ist oft nicht mehr möglich. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz möchte das ändern und setzt sich für eine
1878 flächendeckende Versorgung in der Geburtshilfe auch in ländlichen Regionen ein. Zusammen mit
1879 Hebammen und Geburtshelfern kämpfen wir für bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessenen
1880 Personalschlüssel.
- 1881 Lediglich knapp ein Drittel der Abgeordneten im rheinland-pfälzischen Landtag sind Frauen. DIE LINKE.
1882 Rheinland-Pfalz kämpft für ein Gesetz, dass Parität im Landesparlament herstellt und dazu eine
1883 paritätische Besetzung der Landeslisten vorgibt.
- 1884 DIE LINKE fordert:
- 1885 - gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, sozialversicherungspflichtige, unbefristete und
1886 gut bezahlte Beschäftigung, Abschaffung der geschlechtsspezifischen Lohndiskriminierung.
 - 1887 - die Förderung von Projekten für eine Veränderung des geschlechtsspezifischen
1888 Berufswahlverhaltens von Frauen und Männern.
 - 1889 - verbindliche Vorgaben zur Durchsetzung von Gleichstellungsprogrammen.
 - 1890 - Landesprogramme zur beruflichen Förderung von Frauen, besonders von Frauen mit
1891 Migrationshintergrund, nach der Familienphase oder von Frauen mit Behinderung.
 - 1892 - Die Einführung eines landesweiten Haushaltes, der sich am Gender Budgeting orientiert. Gender
1893 Budgeting ist ein Konzept, dass öffentliche Ausgaben an der Vereinbarkeit mit
1894 Gleichstellungszielen misst
 - 1895 - DIE LINKE setzt sich für eine Frauenquote in Leitungspositionen ein. Die Landesregierung ist
1896 aufgefordert, Leitungspositionen im Öffentlichen Dienst mindestens zur Hälfte mit Frauen zu
1897 besetzen.
 - 1898 - auskömmliche Renten für Frauen, unabhängig von Ansprüchen der/s Lebenspartner*in.
 - 1899 - Sicherheit vor Gewalt und sexistischen Übergriffen – gesicherte Finanzierung von Frauenhäusern
1900 sowie die Aufstockung der Mittel für Einrichtungen gegen Gewalt an Frauen.
 - 1901 - Stärkung der Opferrechte sowie die Gewährleistung von Opferschutz.
 - 1902 - flächendeckende Einstellung von hauptamtlichen Frauenbeauftragten und Erhöhung ihrer
1903 Kompetenzen.
 - 1904

- 1905 Gleiche Rechte für alle Lebensweisen
- 1906 DIE LINKE setzt sich gegen jede Form der Diskriminierung und Benachteiligung ein. Homo-, Bi-,Trans-
 1907 (Menschen deren biologisches Geschlecht vom psychischen Geschlecht abweicht) und Intersexuelle
 1908 (Menschen mit beiden biologischen Geschlechtern) werden in Rheinland-Pfalz immer noch diskriminiert
 1909 und gesetzlich benachteiligt.
- 1910 Gegen diese Benachteiligung setzen wir ein umfangreiches Bildungs- und Aufklärungsprogramm:
- 1911 - in den Schulen müssen Aufklärung und moderne Sexualkunde im Lehrplan verankert sein.
 1912 Sexualkunde gehört in den Biologieunterricht und nicht in den Religionsunterricht. Lehrer*innen
 1913 sollen dafür sensibilisiert werden, bei Schüler*innen gegenüber Homo-, Bi-, Trans- und
 1914 Intersexualität um Toleranz zu werben.
- 1915 - In öffentlichen Einrichtungen, der Verwaltung, Bundeswehr und Polizei sollen Programme initiiert
 1916 werden, die sich gegen die Diskriminierung auf Grund der Sexualität einsetzen.
- 1917 - Wir wollen Initiativen und Vereine, die für die Anerkennung von diversen Lebensweisen kämpfen,
 1918 stärker fördern und gemeinsam Bildungs- und Aufklärungsmaterialien gegen die Diskriminierung
 1919 sexueller Identitäten entwickeln.
- 1920 Wir wollen die Anti-Diskriminierungspolitik politisch mitgestalten und Homophobie (Diskriminierung von
 1921 Homosexuellen) und Transphobie (Diskriminierung von Trans- und Intersexuellen) erfolgreich
 1922 entgegentreten:
- 1923 - Artikel 4 der Landesverfassung zum „Schutz der persönlichen Ehre“ soll um den Zusatz der
 1924 „sexuellen Identität“ ergänzt werden. Mit Hilfe einer Bundesratsinitiative soll auch eine Änderung
 1925 des Grundgesetzes angegangen werden, die den „Schutz der sexuellen Identität“ in Artikel 3 des
 1926 Grundgesetzes festschreiben soll.
- 1927 - Bundesratsinitiativen zum Schutz der Rechte von Transsexuellen und von Intersexuellen sollen
 1928 von Rheinland-Pfalz ausgehen. Wir wollen endlich Anerkennung des Unrechts und
 1929 Entschädigungen für Transsexuelle, die sich für Geschlechtsumwandlung und Namensänderung
 1930 (Personenstandsänderung) zwangssterilisieren lassen mussten, Intersexuelle sollen das Recht
 1931 haben, ihr eigenes Geschlecht zu wählen.
- 1932 Homo-, Bi-, Trans- und Intersexuelle werden durch verschiedene Gesetze in der Arbeitswelt und durch die
 1933 Steuer- und Familienpolitik stark benachteiligt und ausgegrenzt. Deshalb will DIE LINKE in Rheinland-
 1934 Pfalz:
 1935
- 1936 - Sexuelle Identität darf nicht zur Benachteiligung in der Arbeitswelt führen. Hierfür sollen
 1937 Programme für Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen initiiert werden, die sich Anti-
 1938 Diskriminierung zum Ziel setzen.
- 1939 - Wir fordern die Ausweitung des Anti-Diskriminierungsgesetzes auf kirchliche und religiöse
 1940 Arbeitgeber.
- 1941 - Wir fordern die Öffnung der Ehe für alle Lebensweisen.

- 1942 - Alle Lebensweisen sollen gleichbehandelt werden. Dies beinhaltet auch die gleichen Rechte für
 1943 sogenannte Regenbogenfamilien (gleichgeschlechtliche Familien); für sie sollen die gleichen
 1944 Regelungen bei Adoption, Unterhalt und Sorgerecht wie für Ehen von Männern und Frauen gelten.
- 1945 - In der Steuerpolitik setzen wir uns für die Abschaffung des Ehegattensplittings ein. Das
 1946 Ehegattensplitting bevorzugt nur die Ehe und benachteiligt alternative Lebens- und
 1947 Familienformen.
- 1948
- 1949 Vielfältige Familienformen respektieren und anerkennen
- 1950 Die gelebten Familienformen und -bilder werden immer vielfältiger. Ob Regenbogen-, Patchwork- oder
 1951 Ein-Eltern-Familien. Familie ist dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Die
 1952 Familienpolitik der DIE LINKE. Rheinland-Pfalz orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen. Wir
 1953 kämpfen dafür, dass alle Familienformen gleichbehandelt und bestehende Diskriminierungen abgebaut
 1954 werden.
- 1955 DIE LINKE Rheinland-Pfalz steht für eine vielfältige Gesellschaft und für die Anerkennung und Akzeptanz
 1956 unterschiedlicher Lebensweisen, geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen. Der Kampf
 1957 gegen Diskriminierung und für gesellschaftliche Anerkennung ist auch nach der Einführung der Ehe für
 1958 alle noch nicht vorbei. Wir setzen uns dafür ein, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Trans*-
 1959 und Intersexuelle Menschen (LSBTTIQ*) selbstbestimmt Leben und ohne Diskriminierung am
 1960 gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die Anerkennung vielfältiger Lebensformen muss in Kitas und
 1961 Schulen vermittelt und vorgelebt werden.
- 1962 Wir unterstützen die Forderung nach einer Änderung des Abstammungsrechts, um bestehende rechtliche
 1963 Diskriminierungen, die auch nach der Einführung der Ehe für alle weiter bestehen, abzuschaffen. DIE
 1964 LINKE. Rheinland-Pfalz setzt sich für eine flächendeckende Schaffung und Unterstützung von queeren
 1965 Orten zur Begegnung und zur psychosozialen Beratung von LSBTTIQ*-Jugendlichen ein. Den Gewaltschutz
 1966 für queere Menschen wollen wir ausbauen, denn Gewalt gegen LSBTTIQ* ist leider immer noch an der
 1967 Tagesordnung. Wir kämpfen für einen Abbau der Diskriminierungen bei der Blutspende.
- 1968
- 1969 Behindertenpolitik - Barrierefreiheit auf allen Ebenen
- 1970 DIE LINKE hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Belange aller Bürger*innen zu vertreten. Dazu gehört
 1971 insbesondere die Politik für Menschen mit Behinderungen. Wir wollen, dass das Land Rheinland-Pfalz
 1972 mehr auf die Belange von Menschen mit Behinderung eingeht. Behindertenpolitik kann nicht isoliert
 1973 betrachtet werden, vielmehr ist es eine Querschnittsaufgabe für alle Politikfelder, u.a. die Schul-,
 1974 Verkehrs-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik.
- 1975 Integration von Menschen mit Behinderung beginnt bereits in den Kindergärten und Schulen. Deshalb
 1976 fordert DIE LINKE Inklusionsschulen. Inklusionsschulen lassen alle Kinder, mit oder ohne Behinderung,
 1977 gemeinsam lernen. Ausgrenzung wird hier von der Grundschule an entgegengewirkt.
- 1978 DIE LINKE fordert in der Behindertenpolitik:

- 1979 - Stärkere Betreuungs- und Beratungsangebote vom Land für Eltern von Kindern mit Behinderung.
 1980 Eltern brauchen in dieser Situation Unterstützungsangebote durch geschulte Pädagog*innen.
 1981 Hier muss das Land Versorgungsstrukturen aufbauen.
- 1982 - Komplette Barrierefreiheit auf allen Ebenen muss für alle Behinderten gelten: Zugang zu Bildung
 1983 auf der einen Seite und Zugang zu öffentlichen Gebäuden auf der anderen Seite sind wichtige
 1984 Grundpfeiler einer emanzipierten Behindertenpolitik.
- 1985 - Eine landesweite Strategie zur Inklusion von Behinderten in allen gesellschaftlichen Bereichen
 1986 und damit zur Umsetzung der UN-Konventionen.
- 1987 - Zugang zu Arbeit für Behinderte.
- 1988
- 1989 Integration statt Ausgrenzung und Diskriminierung
- 1990 Menschen aus aller Welt prägen das tägliche Leben in Rheinland-Pfalz. 18,5 % der Rheinland-
 1991 Pfälzer*innen haben einen Migrationshintergrund. Bei den unter 6-Jährigen sind es bereits 35 % Prozent.
- 1992 Migrant*innen sind auf vielfache Weise benachteiligt. Sie sind häufiger erwerbslos und gehen niedrig bzw.
 1993 schlecht bezahlten Tätigkeiten nach. Das Risiko zu verarmen oder erwerbslos zu werden, ist besonders
 1994 hoch. Kinder mit Migrationshintergrund haben deutlich schlechtere Chancen in Schule und Ausbildung.
- 1995 Migrantische Frauen, die in der Familie von Gewalt bedroht sind oder Opfer von Menschenhandel wurden,
 1996 finden auch in Rheinland-Pfalz nur selten die Unterstützung, die sie benötigen.
- 1997 DIE LINKE will diese Entwicklungen stoppen und setzt sich für volle politische Rechte für alle Menschen
 1998 ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Rheinland-Pfalz haben. Sie streitet für eine rechtliche, politische und
 1999 wirtschaftliche Gleichstellung der Migrant*innen. Integration heißt nicht Assimilation, sondern kulturelle
 2000 Vielfalt. Konsequente Integrationspolitik ist ein wichtiger Schritt, um der Spaltung der Gesellschaft
 2001 entgegenzutreten.
- 2002 Der freie Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit ist eine wichtige Voraussetzung für Chancengleichheit
 2003 in unserer Gesellschaft. DIE LINKE fordert grundlegende Veränderungen im Bildungs- und
 2004 Ausbildungssystem:
- 2005 - Angebot von Ausbildungsplätzen, das die Bedürfnisse und Interessen von Migrant*innen
 2006 berücksichtigt.
- 2007 - Einheitliche, erleichterte und beschleunigte Anerkennung von im Ausland erworbenen
 2008 Qualifikationen und Abschlüssen.
- 2009 - Förderung der Sprachkompetenz, d.h. muttersprachlicher Unterricht und die Vermittlung von
 2010 Deutschkenntnissen.
- 2011
- 2012 Gleiche Rechte und gleichberechtigte Teilhabe muss in allen Lebensbereichen gegeben sein. Um dies zu
 2013 gewährleisten, werden wir für folgende Punkte streiten:

- 2014 - Stärkung der Integrationsbeauftragten durch den Ausbau ihrer Befugnisse und eine ihren
2015 Aufgaben entsprechende finanzielle Ausstattung,
- 2016 - vermehrte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung, in
2017 Bildungseinrichtungen und bei der Polizei.
- 2018
- 2019 Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete
- 2020 So lange es Kriege, Verfolgung, Umweltzerstörung und soziale Ungleichheit gibt, werden Menschen die
2021 Flucht ergreifen. Geflüchtete und Asylbewerber*innen kommen auch nach Rheinland-Pfalz. Die Politik in
2022 Rheinland-Pfalz ist aber auf Ausgrenzung und Repression ausgelegt. In Trier werden Flüchtlinge in einer
2023 lagerähnlichen Unterkunft untergebracht. Asylbegehrende und Geduldete unterliegen der
2024 Residenzpflicht, d. h. sie dürfen ihren Landkreis nur nach Genehmigung verlassen. Im Abschiebegefängnis
2025 in Ingelheim werden Geflüchtete wie Schwerverbrecher behandelt.
- 2026 Doch kein Mensch flieht freiwillig. Auch Geflüchtete haben eine Menschenwürde. Nicht die Geflüchteten
2027 müssen bekämpft werden, sondern die Fluchtursachen. DIE LINKE wird sich deshalb für folgende Punkte
2028 stark machen:
- 2029 - Aufhebung der Residenzpflicht,
- 2030 - Schließung des Abschiebegefängnisses in Ingelheim,
- 2031 - Verbot von Abschiebungen und ersatzlose Abschaffung der Abschiebehaft,
- 2032 - ersatzlose Schließung des Ausreisezentrums in Trier,
- 2033 - konkrete Maßnahmen gegen und Kontrolle von Frauenhandel,
- 2034 - Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und Finanzierung eines menschenwürdigen
2035 Lebens der Flüchtlinge,
- 2036 - Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention,
- 2037 - Abschaffung von Kettenduldungen und Ersatz durch dauerhafte Aufenthaltstitel
- 2038
- 2039 Kein Mensch ist illegal!
- 2040 - Menschen ohne Papiere sind in keiner Weise gegen sexuelle und wirtschaftliche Ausbeutung
2041 geschützt. Auch für diese Menschen müssen die Grundrechte gelten. DIE LINKE fordert einen
2042 gesicherten Aufenthaltsstatus für „Illegalisierte“.
- 2043 - DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die UN-Kinderrechtskonvention in unserem
2044 Bundesland auch für Kinder von Migrant*innen umfassend gilt. Die besondere Schutzwürdigkeit
2045 von Kindern ist demnach auch durch die Härtefallkommission des Landes durchzusetzen.

- 2046 Ebenfalls ist das Handeln aller weiteren behördlichen Stellen mit Hinblick auf die Anwendung der
 2047 Konvention in Rheinland-Pfalz sicherzustellen.
- 2048
- 2049 Faschismus und Nationalismus bekämpfen!
- 2050 Rechtsextremistische Parteien, Organisationen und Gruppen breiten sich auch in Rheinland-Pfalz immer
 2051 stärker aus. Dies geschieht teils auf legalem Weg unter Ausnutzung demokratischer Rechte, aber auch in
 2052 der Illegalität. Diese Entwicklung ist eingebettet in einen gesellschaftlichen Kontext, der durch die
 2053 Verschärfung der sozialen Widersprüche in den kapitalistischen Ländern gekennzeichnet ist, woraus –
 2054 wie häufig in Zeiten ökonomischer und sozialer Krisen – Handlungsmuster erwachsen, die auf
 2055 Ausgrenzung, Irrationalismen und autoritären Politikkonzepten basieren.
- 2056 Arbeitnehmer*innen und arbeitslose Menschen, die ausgespielt durch international agierende Konzerne,
 2057 glauben, ihr in Auflösung begriffenes Recht auf wirtschaftliche und soziale Teilhabe durch Ausgrenzung
 2058 gesellschaftlicher Minderheiten zurückzugewinnen zu können; ein verunsichertes Bürgertum, das sich
 2059 rechtsextremen Weltanschauungen öffnet, sind Beispiele einer besorgniserregenden Akzeptanz
 2060 rückwärtsgewandter oder rechtsextremer Denkmuster und Handlungsweisen in unserer Gesellschaft.
- 2061 So spezifisch der Faschismus in seinen historischen bzw. nationalen Ausprägungen auch ist –
 2062 kennzeichnend für alle seinen Varianten ist der Klassenkampfcharakter – als „Klassenkampf von oben“
 2063 richtet sich seine auch auf physische Vernichtung angelegte Ideologie immer gegen emanzipative
 2064 Bewegungen, die gleiche Rechte auf soziale und wirtschaftliche Teilhabe für alle Menschen einfordern.
- 2065 Antifaschismus stellt deshalb für DIE LINKE nicht nur ein ethisches Postulat dar – er ist existentiell für
 2066 DIE LINKE, will sie sich politische Handlungs- und Gestaltungsspielräume offenhalten.
- 2067 Um den Angriffen auf die Demokratie wirksam begegnen zu können, bedarf es zuallererst eines
 2068 gesellschaftlichen Klimas, welches vor allem von Mitbestimmung und Demokratie, Hinschauen sowie der
 2069 Wahrung von Menschenrechten geprägt ist. Aus Sicht der LINKEN ist es demnach unabdingbar,
 2070 Demokratie und Zivilgesellschaft zu stärken und demokratische Werte und Normen zu verteidigen. DIE
 2071 LINKE in Rheinland-Pfalz appelliert an alle demokratischen Kräfte dieses Landes, die gemeinsame
 2072 Verantwortung im Kampf gegen Rechtsextremismus auch künftig wahrzunehmen und breite
 2073 zivilgesellschaftliche antifaschistische Bündnisse auf allen Ebenen gegen jede Form von
 2074 Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu bilden.
- 2075 Aktionstage und andere Events können Menschen sensibilisieren, informieren und Impulse geben. Die
 2076 dauerhafte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und
 2077 Antisemitismus ist allerdings konkret und geschieht vor Ort – im Sport, in der Schule, im Gemeinderat.
 2078 Und sie ist eine Auseinandersetzung nicht nur mit organisierten Rechtsextremen, sondern auch mit
 2079 Alltagsrassismus und Vorurteilen. In den letzten Jahren ist die Sensibilisierung für diese Probleme
 2080 gestiegen und viele Menschen engagieren sich gegen rechte Umtriebe. Der Beratungsbedarf kommunaler
 2081 Akteure durch Fachkräfte und Expert*innen ist hoch. Das bedeutet letztendlich für DIE LINKE in
 2082 Rheinland-Pfalz, den Strukturen, Vereinen und Organisationen, die sich dieser Aufgabe stellen, dauerhafte
 2083 und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen.
- 2084 So müssen beispielsweise

- 2085 - lokale antifaschistische Initiativen / Netzwerke unterstützt bzw. Initiativen und Netzwerke auf-
2086 und ausgebaut werden,
- 2087 - soll mit landesweiten Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie,
2088 Sexismus, Antisemitismus und antifaschistischen Vereinigungen zusammengearbeitet werden.
- 2089 Die Finanzierung von gewachsenen Strukturen und bewährten zivilgesellschaftlichen Modellen muss
2090 daher langfristig abgesichert werden und darüber hinaus bei der Bildung neuer Netze unterstützend
2091 wirken. Das Ziel antifaschistischer Politik in Rheinland-Pfalz sollte darin bestehen, durch
2092 vorausschauendes Handeln die Handlungsspielräume der rechtsextremen Szene einzuschränken bzw.
2093 aufzulösen, sowie bestehende antifaschistische Strukturen zu initiieren und zu stärken.
- 2094 Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist zugleich eine Herausforderung an alle Demokrat*innen, die
2095 der Antifaschismus als Lehre aus der deutschen Geschichte verbindet. DIE LINKE in Rheinland-Pfalz tritt
2096 für die Aufnahme einer antifaschistischen Klausel in die Verfassung des Landes von Rheinland-Pfalz ein,
2097 wonach die Wiederbelebung faschistischen Gedankenguts für verfassungswidrig erklärt werden soll. Eine
2098 solche Klausel wäre ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus.
- 2099 - DIE LINKE setzt sich für ein Verbot der NPD sowie aller anderen rechtsextremistischen und
2100 faschistischen Organisationen ein.
- 2101 - Verbrechen auf Grund faschistischer Ideologie müssen stärker geahndet werden. Besondere
2102 Trainings für Polizisten halten wir hier für erforderlich.
- 2103 - Bedrohte Minderheiten und Opfer müssen besser beraten und geschützt werden vor rechten
2104 Übergriffen.
- 2105 - Die Landespolizei muss personell und strukturell so ausgestattet werden, dass Hasskriminalität
2106 im Internet wirksam verfolgt werden kann
- 2107 - Die Landesregierung muss unabhängige Forschung zu rechtsextremistischen Aktivitäten in
2108 Polizei und öffentlicher Verwaltung fördern und aufbauen auf diesen Ergebnissen Handeln.
- 2109 - Das Landesamt für Verfassungsschutz hat im Kampf gegen Rechts versagt. Es muss aufgelöst
2110 und die Mitarbeiter*innen in andere Landesämter und -behörden versetzt werden
- 2111
- 2112 Zugang zu Medien und Kultur für Alle ermöglichen
- 2113 Kulturpolitik in Rheinland-Pfalz muss dafür Sorge tragen, dass die großen Kultureinrichtungen wie Staats-
2114 und Landesorchester, Schauspielhäuser, Theater und Museen erhalten bleiben. Kommunen neigen
2115 notgedrungen dazu, bei angesichts der strukturellen Unterfinanzierung durch das Land kulturelle
2116 Einrichtungen und Institutionen zu schließen. Der kulturelle Kahlschlag muss gestoppt werden. Die
2117 großen Einrichtungen müssen erhalten, aber auch ehrenamtliche Kulturvereine und -initiativen vernetzt
2118 und unterstützt werden. Sie alle tragen zum kulturellen Reichtum bei.

2119 Kulturpolitik ist für uns auch Gesellschaftspolitik. Sie umfasst alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens,
2120 die Freizeit ebenso wie die Arbeitswelt. Kulturpolitik ist auch Friedenspolitik, da durch interkulturelle
2121 Aktivitäten Vorurteile abgebaut und gegenseitiges Verständnis aufgebaut werden kann. Kultur- und
2122 Sportvereine leisten wie viele andere Vereine und Vereinigungen einen unverzichtbaren
2123 Integrationsbeitrag und fördern das gesellschaftliche Miteinander.

2124 Das heißt für unsere praktische Arbeit im Landtag:

2125 - DIE LINKE wird sich dafür stark machen, dass auf Landesebene alle Mittel zur Förderung von
2126 gesellschaftlich integrativ arbeitenden Interessengemeinschaften, Organisationen und Vereinen
2127 ausgeschöpft werden.

2128 Die soziale Situation von Künstler*innen ist nicht erst seit der Corona-Krise oft dramatisch bis ausweglos.
2129 Wenn wir eine vielfältige Landschaft in Kunst und Kultur schaffen und erhalten wollen, muss die
2130 öffentliche Hand unterstützend eingreifen.

2131 - Die bestehende Künstlersozialkasse ist auszubauen. Kürzungen bei der landespolitischen
2132 Filmförderung lehnen wir ab. Insbesondere nicht kommerziell konzipierte Filme können in der
2133 Regel ohne öffentliche Gelder nicht realisiert werden.

2134 - Auch die traditionellen Kurzfilmfestivals in Rheinland – Pfalz müssen weiterhin mit öffentlichen
2135 Geldern gefördert werden. In den Volkshochschulen als auch in den öffentlichen Bibliotheken
2136 sollen verstärkt auch fremdländische Literatur, Filme und Hörspielbücher angeboten werden,
2137 ebenso kostenfreie Selbstlernzentren, insbesondere für das Selbstlernen anderer Sprachen.

2138 Neben der kulturellen Vielfalt liegt uns auch die Förderung des Breiten- und Freizeitsportes als Teil der
2139 Kultur vor Ort und des öffentlichen Lebens in Kommunen und Gemeinden am Herzen. DIE LINKE setzt
2140 sich dafür ein, dass der Breiten- und Freizeitsport in seiner Vielfalt erhalten und zusätzlich gefördert wird.
2141 Dazu gehören u.a. die Reaktivierung kommunaler Trimm-Dich-Pfade, der Erhalt der öffentlichen
2142 Schwimmbäder und Sportstätten und die Förderung gemeinnütziger Sportvereine. DIE LINKE wird sich
2143 für die Erhöhung der Übungsleiterpauschale einsetzen, um das sportliche Ehrenamt in den Vereinen
2144 attraktiver zu gestalten. Darüber hinaus setzen wir uns für verbesserte und nicht kommerzielle Sport- und
2145 Bewegungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung, Senior*innen sowie Kindern und Jugendlichen
2146 ein. Die Kosten für die Verbesserung des öffentlichen Breiten- und Freizeitsportbereichs sollen teilweise
2147 bei der rheinland-pfälzischen, Hochleistungssportförderung zugunsten eines Sports für Alle eingespart
2148 werden.

2149

2150 Internet und digitale Gesellschaft

2151 Zugang zur Wissensproduktion, der Einsatz und die Auswahl von Informationen entscheiden darüber, von
2152 wem und wie die Netzwerke digitaler Kommunikation künftig beherrscht werden. Der Zugang zu
2153 Information sowie deren Aneignungsformen berühren Grundfragen demokratischer Beteiligung.
2154 Transparenz, Partizipation und Chancengleichheit sind für uns unverzichtbare Grundsätze, die Förderung
2155 der Kultur als Ziel des Landes sollte deshalb in die Landesverfassung aufgenommen werden.

- 2156 DIE LINKE fordert einen freien und kostenlosen barrierefreien Internetzugang in Schulen, Universitäten,
2157 Rathäusern und Bibliotheken und allen öffentlich zugänglichen öffentlichen Gebäuden.
- 2158 Die Verfügbarkeit von digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien ist auch in Rheinland-
2159 Pfalz nach Region ungleich verteilt. Dies führt zu einer Spaltung der Gesellschaft, die es in einer
2160 Demokratie nicht geben darf. Sie wird auch zum Standortnachteil für Wirtschaftsunternehmen.
- 2161 DIE LINKE fordert daher,
- 2162 - die Infrastruktur für ein bezahlbares „Breitband-Internet für alle“ in RLP so schnell wie möglich
2163 bereitzustellen,
 - 2164 - die Unterstützung von Initiativen, die sozial- und generationengerechte Zugangsmöglichkeiten
2165 entwickeln.
 - 2166 - Den Ausbau eines flächendeckenden, modernen Mobilfunks
- 2167 Die Bildung eines kritischen Verstandes und die Fähigkeit, Realität und Fiktion zu unterscheiden, ist
2168 Voraussetzung einer zeitgemäßen Mediensozialisation. Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern sind
2169 gefordert, sich in digitalen Medien selbstbestimmt zu orientieren und den Umgang mit Gefahren und
2170 schädlichen Inhalten zu erlernen. Die Vermittlung von Medienkompetenz gehört in die Ausbildungsinhalte
2171 von Erzieher*innen, Lehrer*innen und Sozialpädagog*innen.
- 2172 DIE LINKE fordert daher,
- 2173 - die Förderung und Schulung von Medienkompetenz in Rheinland-Pfalz institutionell zu verankern,
 - 2174 - mehr öffentliche Gelder für die Vermittlung von Medienkompetenzen in Schulen, Universitäten
2175 und Ausbildungseinrichtungen und
 - 2176 - barrierefreie Internetzugänge in allen öffentlichen Einrichtungen.

- 2177 Für Frieden, Abrüstung und Konversion - Für ein Friedensland Rheinland-Pfalz
- 2178 DIE LINKE, die einzige Friedenspartei
- 2179 Für DIE LINKE ist unumstößlich klar: Außenpolitik ist Friedenspolitik! Wir setzen uns für eine friedliche,
2180 auf weltweite politische, soziale und ökonomische Gerechtigkeit gerichtete Außenpolitik ein. Außenpolitik
2181 hat vor allem den Zweck, ein friedliches Zusammenleben der Menschen überall auf der Welt zu
2182 ermöglichen. Krieg darf kein Mittel der Politik sein.
- 2183 Heute werden viele Länder der Welt wieder von deutschem Boden aus angegriffen. Rheinland-Pfalz spielt
2184 dabei eine Schlüsselrolle. So ist Ramstein die größte Militärbasis der US Air Force außerhalb der
2185 Vereinigten Staaten, in der Eifel ist mit Spangdahlem eine weitere Militärbasis in Rheinland-Pfalz
2186 vorhanden und in Büchel werden Atomwaffen gelagert.
- 2187 DIE LINKE lehnt Kriege und Einsätze der Bundeswehr im In- und Ausland ab. Die Bundeswehr darf nicht
2188 als "Hilfspolizei" eingesetzt werden. Aufgaben von Militär und Polizei sowie Militär und zivilem
2189 Katastrophenschutz sind strikt zu trennen. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz wendet sich dagegen, dass die
2190 einschlägigen Verfassungsbestimmungen seit Jahren unterlaufen werden mit dem Ziel, die Präsenz der
2191 Bundeswehr im Inneren schleichend, aber kontinuierlich zum Alltag werden zu lassen.
- 2192 Rheinland-Pfalz ist ein Bundesland mit extrem hoher Dichte an Militärbasen. Über 30000 US-Soldaten
2193 sind hier stationiert. Mit der US-Militärbasis Ramstein befindet sich einer der Dreh- und Angelpunkte für
2194 den Nachschub für die Kriege in Nahen und Mittleren Osten in Rheinland-Pfalz. Am Militärstandort Büchel
2195 lagern 20 taktische Nuklearwaffen der USA und stellen eine große Gefahr für Frieden und Sicherheit dar.
- 2196 DIE LINKE fordert die Auflösung der US-Militärstützpunkte, die für CIA-Folterflüge und
2197 völkerrechtsrechtswidrige, kapitalistische Kriege genutzt werden. Diese Militärstützpunkte sind darüber
2198 hinaus mit hohen Umwelt- und Lärmbelastungen sowie einem erhöhten Gefahrenpotential für die
2199 Menschen in Rheinland-Pfalz verbunden. Dies darf nicht weiter von der rheinland-pfälzischen
2200 Landesregierung subventioniert und unterstützt werden. Zudem stellt die andauernde Stationierung von
2201 US-Atomwaffen in Büchel eine Gefahr für Frieden und Sicherheit dar, die umgehend beendet werden
2202 muss. Abrüstung schafft Frieden und Arbeitsplätze. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass Rheinland-
2203 Pfalz diese Chance nutzt. Atomwaffen sind eine Bedrohung für die gesamte Menschheit. Wir werden uns
2204 ohne wenn und aber für ein atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz einsetzen. Wir lehnen die „nukleare
2205 Teilhabe“ der Bundeswehr kategorisch ab! Atomwaffen haben in unserem Land nichts zu suchen; wir
2206 werden keine Gelegenheit auslassen, dies vorzubringen.
- 2207 Rheinland-Pfalz muss ein Friedensland werden.
- 2208
- 2209 Zivilgesellschaft stärken - Keine Bundeswehr im Inneren
- 2210 Seit Januar 2007 baut die Bundeswehr flächendeckend kleine Kommandos von Reservisten auf. Sie sind
2211 zuständig für „zivil-militärische Zusammenarbeit“ (ZMZ). Bei dieser Zusammenarbeit werden ziviler
2212 Katastrophenschutz und der für den Kriegsfall gedachte militärische Zivilschutz zusammengelegt. Damit
2213 wird die Bundeswehr dauerhaft in die regionale, zivile Verwaltung eingebunden. Unser Grundgesetz sieht

2214 dies nur als verfassungsrechtliche Ausnahme vor. Militär und Katastrophenschutz sind nun untrennbar
2215 miteinander verbunden. Die Bundesregierung behält sich sogar vor, ZMZ zum Einsatz gegen Streikende
2216 und Demonstrierende einzusetzen.

2217 - Die Institutionalisierung der ZMZ zu beenden: Die Landesregierung muss ihre Kooperation mit
2218 dem Landeskommmando der Bundeswehr beenden.

2219 - Statt der Bundeswehr den Zugang in die zivilen Verwaltungen zu gewähren, ist der zivile
2220 Katastrophenschutz auf allen Ebenen zu erhalten und zu stärken: Bessere Ausstattung mit
2221 Personal, Infrastruktur und Finanzen ist unabdingbar. Die Mittel können unter anderem aus dem
2222 Etat der Bundeswehr bereitgestellt werden. Entsprechende Initiativen sollen im Bundesrat
2223 entwickelt werden.

2224 - Keine Inlandseinsätze der Bundeswehr. Wir wehren uns gegen den Einsatz von Soldaten bei
2225 Demonstrationen, Fußballspielen und Großveranstaltungen. Die Vermischung der
2226 Zuständigkeiten von Polizei und Militär stellt einen eklatanten Verfassungsbruch dar.

2227

2228 Bundeswehr raus aus den Schulen und öffentlichen Räumen

2229 Das Bildungsministerium hat mit der Bundeswehr eine Rahmenvereinbarung getroffen. Diese
2230 Rahmenvereinbarung erlaubt es den Jugendoffizier*innen, Schüler*innen im Unterricht, die
2231 Sicherheitspolitik der Bundeswehr zu vermitteln. Dies stellt für DIE LINKE ein Missbrauch der Schule dar,
2232 weil die Sicherheitsdoktrin der Bundeswehr im Unterricht institutionalisiert wird. Bildung ist nicht Aufgabe
2233 des Militärs, sondern der Lehrer*innen, der Schulen, der Hochschulen und der Landeszentrale für Bildung.

2234 Momentan sind Offizier*innen regelmäßig Gäste in Berufsorientierungswochen an Schulen, in den ARGEn
2235 warten sie auf Hartz IV-Empfänger*innen unter 25 und selbst auf der „Games Convention“ haben sie
2236 schon um Nachwuchs geworben. Die Bundeswehr nutzt dabei die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen
2237 für ihre Rekrutierungspolitik aus und militarisiert dabei öffentliche Räume.

2238 - Die rheinlandpfälzische Landesregierung muss sich im Bundesrat gegen Grundgesetzänderungen
2239 zur Militarisierung zur Wehr setzen, und auch die schleichende Militarisierung in Rheinland-Pfalz
2240 muss gestoppt werden.

2241 - Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr sind sofort aufzukündigen: Die Bundeswehr
2242 und ihre Rekrutierungskommandos haben in Schulen und Ämtern genauso wenig verloren wie
2243 auf unseren Straßen und Plätzen.

2244 - Die Bundeswehr muss mit ihrer aggressiven Rekrutierungspolitik gestoppt werden. Öffentliche
2245 Räume dürfen nicht militarisiert werden.

2246

2247 Konversion statt Kriegsvorbereitung: Für ein Friedensland Rheinland-Pfalz

2248 DIE LINKE setzt sich für eine soziale und ökologische Konversion der rheinland-pfälzischen
2249 Militäreinrichtungen ein. Die Regionen, die ökonomisch abhängig von den Militärbasen sind, brauchen

- 2250 attraktive Nutzungsmöglichkeiten der Anlagen, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.
2251 Alternative Nutzungsformen sind u.a.: Entwicklung von Technologiezentren, ökologische Landwirtschaft
2252 und Erneuerbare Energien. Erfolgreiche Konversionsprojekte wie in Mainz sind ermutigend. Gelder für die
2253 soziale und ökologische Konversion militärischer Anlagen können aus finanziellen Mitteln bereitgestellt
2254 werden, die vormalig in Rüstungsprojekte gingen.
- 2255 - Demilitarisierung der Wirtschaftsförderung: Keine Subventionen und Fördergelder an Firmen und
2256 Konzerne in Rheinland-Pfalz, die an Rüstungsforschung und Herstellung von Rüstungsgütern und
2257 Kampfstoffen beteiligt sind.
- 2258 - Die Schließung der US- und NATO-Militärbasen und insbesondere den Abzug der US-Atomwaffen
2259 aus Büchel. Rheinland-Pfalz darf nicht weiter die Basis für völkerrechtswidrige, kapitalistische
2260 Kriege in aller Welt sein. Keine weitere Subventionierung dieser Militärbasen durch die rheinland-
2261 pfälzische Landesregierung.
- 2262 - Die Aufstockung der Mittel für das landesweite öffentliche Konversionsprogramm, um die
2263 militärischen Flächen neu nutzen zu können und Arbeitsplätze, die mit den Militärbasen
2264 verbunden sind, zu ersetzen. Dabei sollen die bisherigen guten Erfahrungen aus anderen
2265 Bundesländern genutzt werden. Die bisherigen PPP-Projekte als Teil einer Privatisierung
2266 öffentlichen Geldes, sollen in öffentliche Hand übergehen. Insbesondere die betroffenen
2267 Kommunen sollen durch das Konversionsprogramm gestärkt werden.
- 2268 - Die Einrichtung eines Landesamtes für Konversion und Abrüstung, das in Zusammenarbeit mit
2269 den betroffenen Kreisen und Städten Konzepte für eine Umwandlung militärischer Flächen und
2270 Liegenschaften sowie für die Schaffung alternativer ziviler Arbeitsplätze erarbeitet und die
2271 Erfahrungen der Konversionsprogramme seit 1992 nutzt. Beschäftigungskonversion und
2272 Kommunalförderung sollen einen höheren Stellenwert erhalten. Die Wirtschaftsförderung für
2273 kommunale Betriebe und Genossenschaften sowie für kleine und mittlere Unternehmen ist zu
2274 verstärken.
- 2275 - Den Ausbau der Friedenswissenschaften an den Hochschulen, die Ausbildung von Fachkräften
2276 für den zivilen Friedensdienst, freiwillige Friedensdienste für Jugendliche und Erwachsene sowie
2277 internationale Begegnungen und Städtepartnerschaften. Die Angebote der rheinland-pfälzischen
2278 Stiftung Natur und Umwelt wollen wir auf friedenspolitische Projekte ausdehnen.

2279 Für den demokratischen Sozialismus!

2280 All unsere Forderungen sind wichtige Schritte zu einer sozialeren, gerechteren und friedlicheren
2281 Gesellschaft. Ausbeutung, Repression, Umweltzerstörung und Krieg werden aber durch Veränderungen,
2282 die in Parlamenten beschlossen werden, bestenfalls gemildert, nie aber überwunden werden. Denn die
2283 Missstände, denen unsere Gesellschaft gegenübersteht, sind dem kapitalistischen Wirtschaftssystem
2284 geschuldet: Alles und jede*r wird zur Ware und unter dem Kriterium seiner bzw. ihrer Profitträchtigkeit
2285 bewertet und behandelt – was dazu führt, dass ein Großteil der Menschen Verlierer*innen in diesem
2286 System sind. Ihnen wird demokratische und soziale Teilhabe verwehrt und somit ein menschenwürdiges
2287 Leben unmöglich gemacht. Profitstreben führt zu Armut und Zerstörung von Mensch und Natur, weil auf
2288 ihre Kosten der Profit gemacht wird.

2289 - Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen friedlich, frei, gesund und gleichberechtigt leben
2290 können. Weil uns der Kapitalismus Menschenwürde, Gerechtigkeit, intakte Natur, Freiheit,
2291 Demokratie und Gleichberechtigung nicht geben kann, ist für uns klar: Dieses System gehört
2292 überwunden. Stattdessen treten wir ein für einen demokratischen Sozialismus, in dem nicht der
2293 Profit, sondern allein die Bedürfnisse von Menschen und Natur im Zentrum stehen. Die
2294 Überwindung des Kapitalismus hin zu einer demokratisch kontrollierten Wirtschaft, die Selbst-
2295 und Mitbestimmung ermöglicht und durch alle Menschen organisiert und reguliert wird, wäre ein
2296 Befreiungsschlag, der es der Gesellschaft endlich erlaubt, frei zu denken und zu handeln.
2297 Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn die Menschen frei von ökonomischen Zwängen sind
2298 – und das Kapital auch in der Politik keinen Einfluss mehr hat.

2299 - Unser Ideal wird im Landtag nicht vollkommen verwirklicht werden können, aber wir werden dort
2300 konkrete Verbesserungen der Lebenssituationen der Menschen bewirken. Gleichzeitig aber
2301 wollen wir außerhalb des Parlaments zusammen mit sozialen Bewegungen und den Menschen für
2302 den Systemwechsel kämpfen. Nur eine lebendige Protestkultur kann dem Kapitalismus Druck
2303 machen und uns in die Lage bringen, ihn zu überwinden. Dadurch schaffen wir eine Alternative,
2304 die Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg ein Ende setzt.

2305 - Die Gesellschaft ist von Menschen gemacht und kann auch von ihnen verändert werden. Es reicht
2306 nicht aus, von einer besseren Welt zu reden. Wir, DIE LINKE, kämpfen auf der Straße wie in den
2307 Parlamenten für eine gerechte und solidarische Gesellschaft, in der menschliche Bedürfnisse im
2308 Mittelpunkt stehen.

2309 Machen Sie mit!